

WAS DENKT INDIEN?

Herausgegeben von François Godement



**EUROPEAN
COUNCIL
ON FOREIGN
RELATIONS**
ecfr.eu

ABOUT ECFR

Der **European Council on Foreign Relations** (ECFR) ist der erste paneuropäische Think-Tank. Er wurde im Oktober 2007 gegründet und hat es sich zum Ziel gesetzt, Forschungsbeiträge zu leisten und europaweit fundierte Debatten zur Entwicklung einer kohärenten, wirksamen und wertorientierten europäischen Außenpolitik zu fördern.

Der EFCR hat eine auf drei differenzierten Elementen basierende Strategie entwickelt, die seine Handlungsfelder definieren:

- **Ein paneuropäischer Rat.** Der EFCR bringt einen angesehenen Rat zusammen, der sich aus mehr als zweihundert Mitgliedern zusammensetzt, zu denen Politiker, Entscheidungsträger, Denker und Geschäftsleute aus EU-Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten gehören, die sich einmal im Jahr zu einem Ratstreffen zusammenfinden. In geografischen und thematischen Arbeitsgruppen arbeiten die Ratsmitglieder eng mit den EFCR-Mitarbeitern zusammen und stehen ihnen mit Rat und Feedback zu politischen Ideen zur Seite und unterstützen die EFCR-Aktivitäten in ihren eigenen Ländern. Vorsitzende des Rats sind Carl Bildt, Emma Bonino und Mabel van Oranje.
- **Eine physische Präsenz in den wichtigsten EU-Mitgliedstaaten.** Der EFCR ist als einziger europäischer Think-Tank in Berlin, London, Madrid, Paris, Rom, Sofia und Warschau vertreten. Unsere Büros sind Plattformen für Forschung, Debatte, Interessenvertretung und Kommunikation.
- **Ein einzigartiger Entwicklungsprozess für Forschung und Politik.** Der EFCR hat es geschafft, ein Team von angesehenen Wissenschaftlern und Fachleuten aus ganz Europa zusammenzubringen, die die Ziele des EFCR durch innovative Projekte mit paneuropäischem Schwerpunkt unterstützen. Zu den Aktivitäten des EFCR gehören Primärforschung, Veröffentlichungen von politischen Berichten, private Gesprächsrunden und öffentliche Debatten, Zusammenkünfte von „Friends of EFCR“ sowie Pressearbeit in Bezug auf strategische Medien.

Der EFCR ist ein eingetragener wohltätiger Verein, der durch Spenden der Open Society Foundations und anderen großzügigen Stiftungen, Privatpersonen und Unternehmen finanziert wird. Diese Spender machen es möglich, unsere Ideen zu verbreiten und für eine wertorientierte europäische Politik einzutreten. Der EFCR arbeitet eng mit anderen Organisationen zusammen, gewährt aber keine Zuwendungen an Einzelpersonen oder Institutionen.

www.ecfr.eu



**EUROPEAN
COUNCIL
ON FOREIGN
RELATIONS**
ecfr.eu

WAS DENKT INDIEN?

**Herausgegeben von
François Godement**

Robert Bosch Stiftung

Der European Council on Foreign Relations nimmt keine kollektiven Positionen ein. Wie alle Veröffentlichungen des European Council on Foreign Relations gibt dieser Band nur die persönlichen Auffassungen seiner Autoren wieder.

Der European Council on Foreign Relations nimmt keine kollektiven Positionen ein. Wie alle Veröffentlichungen des European Council on Foreign Relations gibt dieser Band nur die persönlichen Auffassungen seiner Autoren wieder.

Das Urheberrecht liegt beim European Council on Foreign Relations. Außer für Ihren eigenen persönlichen, nicht gewerblichen Gebrauch darf der Inhalt dieser Veröffentlichung in keiner Weise kopiert, reproduziert, neu veröffentlicht oder verbreitet werden.

Jede andere Art von Gebrauch bedarf der vorhergehenden schriftlichen Zustimmung des European Council on Foreign Relations.

© ECFR November 2015.

ISBN: 978-1-910118-45-0

Veröffentlicht durch den European Council on Foreign Relations (ECFR), 7 Kings Building, 16 Smith Square, SW1P 3HQ London, Vereinigtes Königreich

london@ecfr.eu

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	6	7. INDIENS POLITIK UND DIE ARMEN	67
Karte von Indien	7	<i>Himanshu</i>	
VORWORT	8	8. DIE FALSCHER DEBATE ÜBER INDIENS ENERGIEVERBRAUCH	74
<i>Clemens Spiess & Christian Hänel</i>		<i>Samir Saran & Vivan Sharan</i>	
EINLEITUNG	11	9. INDIENS TRAUM VON „SMARTEN“ STÄDTEN	80
<i>François Godement</i>		<i>Arunabha Ghosh & Mohit Sharma</i>	
<u>INDIENS IDENTITÄT UND POLITIK</u>		<u>INDIENS AUSSENPOLITIK</u>	
1. WAS DENKT INDIEN?	25	10. INDIENS STRATEGISCHE CHANCEN	89
<i>Lord Meghnad Desai</i>		<i>Manish Tewari</i>	
2. INDIENS AUSSENPOLITIK IM GHANDISCHEN SINNE	30	11. INDIENS STRATEGISCHE ZURÜCKHALTUNG	96
<i>Deep K. Datta-Ray</i>		<i>Bharat Karnad</i>	
3. DAS INDIEN, DAS MODI FORMTE	38	12. CHINA, INDIEN, PAKISTAN UND EINE STABILE REGIONALE ORDNUNG	103
<i>Ashok Malik</i>		<i>Happymon Jacob</i>	
4. DIE HERAUSFORDERUNGEN DER GRUNDBILDUNG IN INDIEN	45	13. MODIS EINSTELLUNG ZU CHINA UND PAKISTAN	110
<i>Rukmini Banerji</i>		<i>Rahul Roy-Chaudhury</i>	
<u>INDIENS WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT</u>		14. DAS FREIHANDELSABKOMMEN: EINE STRATEGISCHE FORDERUNG AN DIE EU UND INDIEN?	117
5. WAS WOLLEN INDIENS BÜRGER?	53	<i>Sangeeta Khorana</i>	
<i>Bibek Debroy</i>		SCHLUSSBEMERKUNGEN: EIN NEUANFANG FÜR EUROPA UND INDIEN	124
6. KANN MODI EINE GUTE STAATSFÜHRUNG GEWÄHRLEISTEN?	59	<i>Angela Stanzel & Christian Wagner</i>	
<i>Gurcharan Das</i>		Über die Autoren	131
		Danksagung	135

Abkürzungsverzeichnis

AIIB – Asian Infrastructure Investment Bank (Asiatische Infrastrukturinvestmentbank)

AMRUT – Atal Mission for Rejuvenation and Urban Transformation (Atal Mission für Verjüngung und urbane Umgestaltung)

ASEAN – Association of Southeast Asian Nations (Verband Südostasiatischer Nationen)

BJP – Bharatiya Janata Party oder indische Volkspartei CPEC – China-Pakistan Economic Corridor (Wirtschaftskorridor China-Pakistan)

JeM – Jaish-e-Muhammad, von Pakistan aus operierende militante Gruppe

JnNURM – Jawaharlal Nehru National Urban Renewal Mission (nationales Stadterneuerungsprogramm)

JuD – Jamaat-ud-Dawa, vermeintliche Nachfolgeorganisation der LeT

LAC – Line of Actual Control (tatsächliche Kontrolllinie, trennt das unter indischer Kontrolle stehende Jammu & Kaschmir von dem unter chinesischer Kontrolle stehenden Aksai Chin)

LeT – Lashkar-e-Taiba, von Pakistan aus operierende militante Gruppe

LOC – Line of Control (Kontrolllinie, trennt das unter pakistanischer Kontrolle stehende Kaschmir vom unter indischer Kontrolle stehenden Kaschmir)

NRI – Non-resident Indians (im Ausland lebende Inder)

SAARC – South Asian Association for Regional Cooperation (südasiatische Vereinigung für regionale Kooperation)

TTP – Tehreek-e-Taliban Pakistan, die pakistanischen Taliban

Karte von Indien



- 1 Die Region Kaschmir (einschließlich des unter pakistanischer Kontrolle stehenden Kaschmir und des unter indischer Kontrolle stehenden Jammu & Kaschmir) wird von beiden Ländern beansprucht und ihre Gebiete sind seit dem Simla-Abkommen von 1972 durch die Kontrolllinie (Line of Control) voneinander getrennt.
- 2 Aksai Chin und drei kleinere an Tibet angrenzende Gebiete stehen seit dem Grenzkrieg von 1962 unter chinesischer Kontrolle, werden aber von Indien beansprucht. Jammu & Kaschmir und Aksai Chin sind durch die tatsächliche Kontrolllinie (Line of Actual Control) voneinander getrennt.
- 3 Arunachal Pradesh, ein indischer Bundesstaat, der an Tibet grenzt, wird teilweise von China beansprucht.

Vorwort

„Was denkt Indien?“ – die Kernfrage dieses Sammelbands – hat seit dem Amtsantritt von Narendra Modi im Mai 2014 an neuer Aktualität gewonnen. Indien hat seitdem ein ehrgeiziges Projekt der Neuerfindung bzw. Neuorientierung durch Umsetzung einer administrativen und wirtschaftlichen Reformagenda und eine Neupositionierung in der Weltpolitik gestartet. Doch soziale, institutionelle und infrastrukturbezogene Probleme sind nach wie vor deutlich sichtbar. Es stellt sich auch die Frage nach religionsbedingten Änderungen, die Modis Partei durchsetzen oder stillschweigend dulden kann.

Die Artikel in diesem Band versuchen, eine bessere Vorstellung von Indiens Interessen, Bestrebungen, Chancen und Zwängen im Hinblick auf die Außenpolitik und die Wirtschaft, aber auch in Bezug auf die Innenpolitik und die indische Gesellschaft zu liefern. Sie spiegeln die vielen Diskussionen und Begegnungen wider, die auf einer Studienreise nach Indien im Herbst 2015 stattgefunden haben. Bei dieser Studienreise, an der Ratsmitglieder des European Council on Foreign Relations (ECFR) und andere europäische Entscheidungsträger und Journalisten teilgenommen haben, handelte es sich um die dritte Zusammenarbeit der Robert Bosch Stiftung mit dem ECFR zum Thema Asien. Diese Projekte, die mit China ihren Anfang genommen haben, um dann einen allgemeineren Überblick mit der Veröffentlichung des Essay-Bandes *How Do Asians See Their Future?* zu verschaffen, spiegeln unser Interesse an der Verbesserung der internationalen Verständigung und der Vertiefung der Beziehungen zwischen Asien und Europa wider.

Die Arbeit der Robert Bosch Stiftung, eine der größten mit einem privaten Unternehmen in Verbindung stehenden Stiftungen in Europa, geht auf das Testament von Robert Bosch zurück, der sich durch sein philanthropisches Wirken um die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bemühte. Die Einbindung Indiens in unsere Aktivitäten basiert auf der Idee, dass es für die Förderung der internationalen Verständigung notwendig ist, eine umfassende Kenntnis seines Gegenübers zu erlangen und sich falscher Vorstellungen zu entledigen. Wir wollen, dass Indien in multilateralen Gremien stärkere Präsenz zeigt, um so seine Entwicklung zu einer internationalen Führungsgröße und seine Bedeutung für die globale Ordnungspolitik zu reflektieren.

„Was denkt Indien?“ ist eine Frage, die für Europa zunehmend an Bedeutung gewinnt, wo eine stärkere Anerkennung der Bedeutung Indiens allmählich

zum Grundtenor wird. Wir hoffen, dass die Studienreise und dieser Essay-Band auf europäischer Seite zu mehr Interesse an Indien führen und Europa als einen wertvolleren strategischen Partner für Indien erscheinen lässt. Im Namen der Robert Bosch Stiftung möchten wir uns ganz herzlich beim ECFR und namentlich bei François Godement, Angela Stanzel und Abigaël Vasselier für die Organisation der Reise und die Herausgabe dieses Sammelbands bedanken.

Clemens Spiess & Christian Hänel, Robert Bosch Stiftung

François Godement

Einleitung: Europa und Indien

Indien verändert sich und Europa steht außen vor. Indien ist noch vor China die am schnellsten wachsende Wirtschaft der Welt. Die Europäische Union ist ihr größter Markt und gleichzeitig ihr größter Handelspartner. Beiden Unionen liegen gemeinsame Wertvorstellungen und ein demokratisches politisches System zugrunde. Doch Brüssel hat bislang nicht die Zeit gefunden, Indiens Premierminister Narendra Modi zu treffen und Handelsgespräche stecken in einer Sackgasse.

Die Europäer sind aufgrund der Komplexität und Fragmentierung Indiens und sich verändernder Regeln frustriert. Aber während europäische Unternehmen über die Schwierigkeit klagen, Geschäfte auf dem vielgestaltigen indischen Subkontinent zu tätigen, ist nur wenigen klar, dass die Inder im Hinblick auf Europa genau das Gleiche empfinden. Inder versuchen, sich Europa über bilaterale Beziehungen mit jedem einzelnen Mitgliedsstaat zu nähern, anstatt Europa als Ganzes anzugehen.

Das Nord-Süd-Gefälle lässt Europa gegenüber Indien wie ein Lehrmeister wirken, das die Lehren aber oftmals nicht akzeptieren will – ein Indien, das Nein sagen kann. Wenn dann noch Indiens defensive und antiinterventionistische internationale Haltung und Europas zunehmende zentrifugale Tendenzen hinzukommen, scheinen die Beziehungen zwischen Indien und Europa immer mehr wie an die Wand gefahren.

Zur jüngsten Indienreise des ECFR haben wir die folgenden Kommentare sowohl von indischer als auch von europäischer Seite gehört:

„Europa lässt bei uns eine gähnende Langeweile aufkommen.“

„Behandelt Indien nicht bloß als eine freundlich gestimmte 5.000 Jahre alte Zivilisation.“

„Auf hoher politischer Ebene der EU besteht kein Engagement für eine Zusammenarbeit mit Indien. Alles, was wir von Europa zu hören bekommen, sind Klagen über den Klimawandel und Menschenrechte.“

„Die europäische Verteidigung beginnt am Hindukusch.“

„Indien könnte ein schwieriger Partner sein. Wenn man aber die Haltung der EU der Hartnäckigkeit der USA gegenüberstellt, die sich über ein Jahrzehnt und drei Regierungen erstreckt und zu einem Durchbruch in ihrer Beziehung zu Indien geführt hat, kann man erste Ergebnisse sehen.“

Wir könnten noch viele weitere Aussagen aufführen. Diese Sammlung von Essays führender indischer Denker zur Lage ihres Landes, zu wirtschaftlichen Perspektiven und internationalem Aktivismus ist das Ergebnis einer einwöchigen Reihe von Begegnungen im September und Oktober 2015 zwischen Ratsmitgliedern des ECFR, führenden europäischen Journalisten und einigen indischen Stimmen – aus Regierungskreisen und Politik sowie der Wirtschaft, den Medien und Think-Tanks. Auf dieser Reise haben die Teilnehmer viele weise Einsichten im Verbund mit harschen Einschätzungen zum Status quo und Forderungen nach Veränderungen gehört.

Die EU und Indien: Gemeinsamkeiten

Indien und die EU haben viel gemeinsam. Beide sind Gesellschaften, die sich in ständigen Debatten verwickeln und die sich durch die Schwierigkeit auszeichnen, starke gemeinsame Strategien zu beschließen und umzusetzen. Beide sind sehr stolz auf ihre Demokratien und beide stehen unter dem Druck, der von kompromisslosen autoritären Nachbarn ausgeübt wird.

Indien hat 29 Bundesstaaten und sieben Unionsterritorien, die einen Flickenteppich an Gemeinschaften, Sprachen und Religionen bilden. Indien hält ein empfindliches Gleichgewicht zwischen zentralen und bundesstaatlichen Kompetenzen (das Wort föderal wird wie auch in Europa vermieden) im Streit über Kompetenzübertragungen und ungleiche

Entwicklung. Die Außenpolitik liegt im Spannungsfeld zwischen der „Soft Power“, die ein Erbe der Gandhi-Nehru-Ära ist, und einer realistischen „Hard Power“-Linie. Es besteht eine schwierige Nachbarschaftspolitik, die von einer großen und wiedererstarkenden Macht an seinen Grenzen überschattet wird. All das trifft auf die Europäische Union ebenso zu wie auf die indische Union.

Dass die EU und Indien nicht interagieren, insbesondere in Bezug auf den Handel, kann so nicht gesagt werden. Die EU ist Indiens größter Absatzmarkt und da ein Großteil seines Handels über Dubai abgewickelt wird, wird der Umfang unterbewertet. Europa ist auch die wichtigste Quelle ausländischer Investitionen in Indien – obwohl viele europäische Unternehmen Geschäfte aus steuerlichen Gründen über Mantelfirmen in Mauritius oder Singapur abwickeln.

Wie Europa hat auch Indien große Handelsabkommen verschlafen: Während die Obama-Regierung erfolgreich eine Transpazifische Partnerschaft (TTP) mit elf Nationen geschlossen hat, hat Indien keine wichtigen Initiativen außer dem Beitritt zu einer Freihandelsvereinbarung, der Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP),¹ gestartet. Die EU ihrerseits kann weder mit Indien noch mit Japan eine Vereinbarung vorweisen.²

Europa hat keinen Bezug zu Indien

All diese Gemeinsamkeiten sollten doch eine Basis für gegenseitiges Verständnis und strategische Konvergenz bilden.³ Jedoch lassen sich zwei Schwächen nicht zu einer Stärke verbinden. Obwohl die Notwendigkeit für einen strategischen Dialog stark zugenommen hat, gab es seit 2012 keinen EU-Indien-Gipfel mehr – nach einer Serie von 12 Gipfeltreffen seit 2001. Europa hat sogar einen gemeinsamen Aktionsplan für die strategische Kooperation im Jahr 2005 ausgearbeitet, in dessen ersten zwei Punkten es um eine Stärkung des Dialogs ging.⁴ Dies alles scheint nunmehr vergessen.

Modi ist ein Globetrotter. Bis Ende November 2015 wird er vier europäischen Hauptstädten einen Besuch abgestattet haben. Mit Brüssel aber ist es noch zu keinem Treffen gekommen.⁵ Das lässt sich zum Beispiel durch die lichten

¹ RCEP, die 2011 vom Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) mit sechs Nicht-ASEAN-Partnern lanciert wurde, wird im Allgemeinen als eine „seichte“ Handelsliberalisierung betrachtet.

² Indien mag zwiespältige Gefühle im Hinblick auf ein Freihandelsabkommen haben, da seine Exporte nur 5 % des BIP ausmachen.

³ Pallavi Aiyar, „Multi-ethnic India an answer to EU-skeptics?“, Yale Global Review, 19. November 2014, abrufbar unter <http://www.gatewayhouse.in/multi-ethnic-india-an-answer-to-eu-skeptics/>.

⁴ The India–EU Strategic Partnership Joint Action Plan, 7. September 2005, abrufbar unter http://ceas.europa.eu/delegations/india/documents/eu_india/021_eu_india_res_6th_summit_en.pdf (nachstehend Gemeinsamer Aktionsplan für eine Strategische Partnerschaft EU-Indien). Der Plan wurde 2008 überarbeitet.

⁵ Manu Pabby, „PM Narendra Modi's Brussels visit cancelled as EU fails to respond“, *Economic Times*, 14. März

Reihen an Diplomaten in Indiens riesiger Bürokratie zurückführen oder die Silostruktur der Europäischen Kommission, aber das Klima ist rauer.

Auf europäischer Seite hat die Behauptung, dass „Indien und die EU als die beiden größten Demokratien der Welt gemeinsame Werte und Ansichten teilen“⁶ Angriffen auf Indiens Fehler Platz gemacht. Viele Maßnahmen des Europäischen Parlaments bezüglich Indien betreffen den Bereich der Menschenrechte. Die beiden Unionen haben eine antiterroristische Zusammenarbeit anvisiert, aber, wie ein Kommentator während unseres Besuchs hervorhob, „steht Europas Verurteilung der Todesstrafe mit dem regelmäßigen Lob für Indiens Rechtswesen im Widerspruch“. Seit 2005 wurde in Indien nur dreimal die Todesstrafe vollstreckt (alle drei Fälle standen im Zusammenhang mit den Terroranschlägen 2001 und 2008 in Neu-Delhi und Mumbai). Im gleichen Zeitraum wurden in den Vereinigten Staaten 472 Todesstrafen vollstreckt und schätzungsweise 50.000 bis 80.000 in China – hat sich die EU in diesen Fällen auch so lautstark geäußert? Indien ist störrisch. 2013 hat die Verhaftung eines indischen Diplomaten der Vereinten Nationen aufgrund einer Visaerteilung für ein Hausmädchen zu Krach zwischen Indien und den USA geführt.

Die europäische Indienpolitik ist nicht gut koordiniert. Während sich ein Teil der Europäischen Kommission im Sommer 2015 um die Wiederbelebung der Handelsgespräche bemühte, verhängte ein anderer Teil ein Verbot für indische Generika. Generell sieht sich die EU mit einer Kluft zwischen Mitgliedsstaaten konfrontiert, die einerseits hart um den indischen Markt konkurrieren und andererseits Zurückhaltung aufgrund der Kritik an Religion oder Menschenrechten zeigen.

In Handels- und Investitionsfragen stellen Indiens groß angelegte Projekte der Zentralregierung und die blühenden Initiativen der einzelnen Bundesstaaten eine Herausforderung für die herkömmlichen Geschäftsmethoden der europäischen Mitgliedsstaaten dar, die es einfacher finden würden, sich mit einem „geeinteren“ Partner auseinanderzusetzen.

Modi und das illiberale Indien

Die Amtsübernahme von Modis indischer Volkspartei (Bharatiya Janata Party, BJP) mit der größten Wahlmehrheit seit 30 Jahren hat einige illiberale

2015, abrufbar unter http://articles.economicstimes.indiatimes.com/2015-03-14/news/60111638_1_italian-marines-india-european-union-suggestions.

6 Der gemeinsame Aktionsplan für eine Strategische Partnerschaft EU-Indien, S. 1.

Entwicklungen ausgelöst. Der Hindu-Nationalismus hat zu staatlichen Verboten auf den Verzehr von Rindfleisch geführt und NGOs werden bezüglich ihrer ausländischen Finanzierungsquellen angefochten. Greenpeace wurde ganz besonders ins Visier genommen.⁷

Obwohl Modi im Unterhaus über eine klare Mehrheit verfügt, hat er im Oberhaus nicht die Oberhand – noch nicht. Einige seiner Reformen wurden deshalb von der Regierung mithilfe eines Gesetzes initiiert, das vorübergehende Verkündungen zwischen Parlamentssitzungen ermöglicht. Wir sind jedoch noch weit von Premierministerin Indira Gandhis berühmtem Ausnahmestand entfernt, der 21 Monate dauerte und der es ihr erlaubte, von 1975–1977 per Dekreten zu regieren. Vielmehr hat Modi Abstand von dieser Strategie genommen und hält sich mittlerweile haargenau an das parlamentarische Verfahren. Ironischerweise wird er jetzt beschuldigt, weniger effizient zu sein, als er verkündet. Mit den Worten eines spöttischen Kommentators ist er „ein Schaf im Wolfspelz“.

Modi und die BJP haben kein Monopol auf Intoleranz. Wie wir bei unserem Besuch hören konnten, „zeigen rechte wie linke Parteien deutlich autoritäre Tendenzen“. Und Hindu-Nationalismus oder *hindutva* ist in den beiden größten Parteien anzutreffen – von den insgesamt 54, die auf nationaler Ebene um Aufmerksamkeit buhlen.

Die Gründe für Modis Attraktivität

Wichtiger für unsere Analysen sind die Gründe für die große Popularität Modis.

Der erste Grund besteht in seiner Beherrschung des Nachrichtenwesens und der sozialen Medien, was faktisch die Nationalisierung politischer Kampagnen quer durch Indiens fragmentierte Wahldistrikte sowie die Umgehung der traditionellen Medien, denen er misstraut, bedeutet. Ein markantes Beispiel ist der Erfolg der Bewegung #GiveItUpMovement: Hierbei handelt es sich um eine Kampagne, die diejenigen, die es sich leisten können, dazu auffordert, auf Subventionen für ihr Flüssiggas zu verzichten. Sechs Monate später behauptet die Regierung, dass drei Millionen Menschen Modis Aufruf gefolgt seien und so 4,8 Milliarden ₹ (rund 66 Millionen €) staatlicher Gelder eingespart würden.⁸

7 Samantha Subramanian, „India's war on Greenpeace“, *The Guardian*, 11. August 2015, abrufbar unter <http://www.theguardian.com/world/2015/aug/11/indias-war-on-greenpeace>; Aneasha Mathur, „Centre cancels Greenpeace India's FCRA registration“, *The Indian Express*, 4. September 2015, abrufbar unter <http://indianexpress.com/article/india/india-others/greenpeace-indias-fcra-registration-cancelled-govt/>.

8 „Amitabh Bachchan gives up LPG subsidy“, *Press Trust of India*, 24. September 2015, abrufbar unter <http://timeso-findia.indiatimes.com/entertainment/hindi/bollywood/news/Amitabh-Bachchan-gives-up-LPG-subsidy/>.

Der zweite Grund liegt in Modis Anziehungskraft, die er auf die aufstrebende Mittelschicht und untere Mittelschicht ausübt. Diese Gruppe besteht aus Stadtbewohnern und solchen, die davon träumen, eines Tages in der Stadt zu wohnen. In der letzten Indienumfrage des Pew-Instituts⁹ haben 87 % der Befragten (und 74 % der Anhänger der oppositionellen Kongresspartei) ein positives Bild von Modi. Offiziell beläuft sich Indiens Stadtbevölkerung auf ca. 30 %. Inoffiziell liegt sie bei 50 % – obgleich 17 % dieser Bevölkerung in Slums leben. Rund 40 % der Schulkinder (31 % in ländlichen Gebieten) besuchen kostenpflichtige Privatschulen.

Der dritte Grund für Modis Beliebtheit liegt in seiner Taktik der schrittweisen Veränderung anstelle eines Frontalangriffs auf den Status quo. So sehr er die politische Macht auch auf eine kleine Gruppe von Anhängern konzentriert hat, wendet er sich doch taktisch auch anderen politischen Kräften auf Staatsebene zu. Ein wichtiger Schachzug war die Übertragung bedeutender steuerlicher Einnahmen an die Bundesstaaten selbst, um den Wettbewerb unter ihnen zu steigern.

Viele politische Maßnahmen Modis entziehen sich bislang noch der Beurteilung. Das heikle Problem eines Gesetzes zum Landerwerb an die Bundesstaaten weiterzureichen, wird wie ein Geniestreich erscheinen, sollten die Regierungen der Bundesstaaten dies tatsächlich akzeptieren – aber bisher haben erst fünf angebissen. Er hat von der Umsetzung einer Goods and Services Tax (GST) Abstand genommen, die Handelsschranken zwischen den einzelnen Staaten abbauen würde – verspricht ihre Einführung aber zum April 2016.¹⁰ Offenkundig hängt vieles von den kommenden Wahlen auf bundesstaatlicher Ebene ab, die zu einer Umgestaltung des Oberhauses führen können, sowie von seinem Erfolg, Drittparteien zu umwerben, die oftmals benachteiligte Kasten repräsentieren, die für diese Wahlen entscheidend sind. Grundsätzlich muss Modi, nachdem er für die Beendigung einiger korrupter Praktiken gesorgt hat (Neuverteilung von Lizenzen für Kohlebergwerke, die unter der Vorgängerregierung unter undurchsichtigen Umständen ausgegeben wurden), den Wählern beweisen, dass er eine saubere Politik macht.

Modi versucht einen Neustart mit Indiens Nachbarn, was von den Vorgängerregierungen versäumt wurde. Er hat ein Grenzabkommen mit

Bangladesch unterzeichnet und die Beziehungen mit den Staaten des Indischen Ozeans und Sri Lanka erneuert – obgleich Bemühungen um Anknüpfungen an Nepal erfolglos blieben. Es ist begrüßenswert, dass Indien praktisch seine Rolle bei der Unterstützung der Separatistengruppen in Belutschistan, die Attentate in Pakistan begangen haben, zugegeben hat. Doch den Schlüssel für die schwierige Beziehung zwischen Indien und Pakistan halten trotz Modis erster Annäherung an Pakistans Ministerpräsident Nawaz Sharif das Militär und die Geheimdienste Pakistans in der Hand. Weiter gefasst hat Modi sich nach Osten gewandt – nach Japan, wo gemeinsame Interessen bestehen, China einzugrenzen, und eine Freundschaft Modi mit dem konservativen Politiker Shinzo Abe verbindet. „Ein Besuch des Chief Ministers des Bundesstaates Maharashtra in Japan ist wichtiger als Modis Empfang in der Facebook-Zentrale“, wurde uns gesagt.

Wachstum und Reformen

Nichts davon spielt eine Rolle, wenn Indien sein Hauptziel verfehlt – ein jährliches Wachstum von mindestens 8 %. Wachstum, Arbeitsplätze, Inflation und Korruption sind die Themen, die Wähler bewegen. Der dringende Bedarf des Landes in den Bereichen Abwasserbeseitigung,¹¹ Gesundheit und Bildung erfordert Durchsetzungskraft und Durchhaltevermögen – knappe Güter in Indiens lautstarker politischer Landschaft. Während Modis Slogan „Make in India“ und sein neues außenpolitisches Konzept dem Land die Möglichkeit bieten, sich international Gehör zu verschaffen, sind es wirtschaftliches Wachstum und die Verteilung der daraus erzielten Gewinne, die die Wähler motivieren. Und anders als in entwickelten Demokratien gehen Inder wählen – 67 % von ihnen – eine Zahl, die nach oben tendiert, nicht nach unten.

Indien verändert den Maßstab. Indien hat mehrere Jahre lang ein Wachstum von mehr als 10 % erlebt und seine aktuelle Wachstumsrate von 7 % macht es zur am schnellsten wachsenden Wirtschaft knapp vor China: Und wenn diese Zahlen infrage gestellt werden, dann werden es die von China auch. Indien profitiert von der derzeitigen konjunkturellen Lage mit niedrigen Einfuhrpreisen für Waren- und Energieimporte plus billig zu beschaffendem Kapital – und es baut beim Wachstum weit mehr auf seinen Binnenmarkt als auf Exporte.

Aber Indien muss auch gegen seine eigenen Dämonen kämpfen – Vetternwirtschaft und einen Individualismus, dessen Kehrseite sich in

¹¹ In der Umfrage des Pew-Instituts von 2015 wird von 71 % der Befragten als Modis erster Erfolg ein Programm für den Bau sanitärer Anlagen genannt.

[article-show/49092630.cms](http://www.givitup.in/article-show/49092630.cms). Siehe die Website der GiveItUp-Kampagne unter <http://www.givitup.in/>.
⁹ Bruce Stokes, „The Modi Bounce“, Pew Research Center, 15. September 2015, abrufbar unter <http://www.pewglobal.org/2015/09/17/the-modi-bounce/>.
¹⁰ Siehe die GST India-Website unter <http://www.gstindia.com/about/>.

Gleichgültigkeit gegenüber öffentlichen Gütern ausdrückt. Es überrascht daher nicht, dass Modi in einem System, wo „Ineffizienz eine Bürde für die Demokratie ist“, wie wir auf unserer Reise hören konnten, autoritäre Tendenzen vorgeworfen werden. Diese Probleme gehen der Modi-Administration voraus und bedürfen grundlegender Veränderungen der Führungsstrukturen.

Beispielsweise fallen Indiens Städte weitgehend unter die Kontrolle der Bundesstaaten. Ihre Entwicklung ist größtenteils form- und kontrolllos. Das neue Programm Smart Cities, das auf Technologien setzt, um Indiens Städte besser aufzustellen, könnte ein Weg sein, eine zentrale Kontrolle über manche Stadtentwicklungskonzepte auszuüben. Modis erstes wirkliches Versagen mag die Goods and Services Tax sein, die aufgrund vieler gegensätzlicher Interessen zum Erliegen kam. In den nächsten 16 Monaten die Wahlen in den Bundesstaaten und mehr Handlungsfreiheit gewinnen, das wird die eigentliche Bewährungsprobe für Modi und seine Mitstreiter sein.

Unterdessen stürmt Indien weiter vorwärts und zeigt dabei ein „Leap-Frogging“, indem es einzelne Entwicklungsstufen einfach überspringt. Ein landesweites System für einen biometrischen Personalausweis, das unter der Singh-Regierung an den Start ging, erstreckt sich auf eine 920 Millionen starke Bevölkerung. Die Regierung plant, die Zahlung direkter Zuschüsse über dieses Ausweissystem vorzunehmen, sodass potenzielle Ebenen der Korruption umgangen werden. Dies geht mit der Schaffung von Transaktionsbanken einher, die Direktzahlungen für alle möglich machen, ohne dass die Notwendigkeit eines Bankkontos besteht, sowie mit der Wiederbelebung von Mikrofinanzierungen und Mikrokrediten. Indiens Eisenbahnen – große Immobilieninhaber – sind Teil eines Programms für die Entwicklung von Solarenergie. Indien hat sich gerade das Ziel eines 40%igen Anteils erneuerbarer Energien im Jahr 2030 Ziel gesetzt, während es standhaft billige Kohle verteidigt und Verbrauchsobergrenzen ablehnt.

Nach wie vor steht das Land vor zwei großen Hausforderungen: Erstens kann der globale Niedergang der beschäftigungsintensiven Produktion es davon abhalten, zu einem „zweiten China“ zu werden. Kleine Hightech-Firmen und der Dienstleistungsbereich werden mehr Arbeitsplätze als Standardfertigungsprozesse liefern. Zweitens hängt der Bau von dringend benötigter Infrastruktur sowohl von ausländischen Investitionen als auch von staatlichen Mitteln ab. Machen Sie sich auf mehrere, wirtschaftlich voneinander abweichende indische Gesichter gefasst als auf einen landesweiten Prozess. Modi fördert in der Tat einen „Wettbewerbsföderalismus“. In einem weiteren Anklang an die EU wirft dies das Problem wachsender

Entwicklungsunterschiede zwischen Bundesstaaten auf und stellt das Durchhaltevermögen Indiens als eine erfolgreiche „Transferunion“ infrage.

Multipolarität als Geschäftsmethode

Diese Fragen tragen sehr zur Erklärung der Außenpolitik des heutigen Indiens bei. Indien kehrt der langen Ära den Rücken zu, als es der kolonialen Sicht von einem passiven Staat entsprach – allerdings ohne das Reich oder die Allianzen, über die seine Lehrmeister verfügen. Indien vertraut nun voll und ganz auf seine nicht deklarierte Allianz mit den USA mit alternativen zweckmäßigen Partnern, um die Rechtschaffenheit Washingtons zu bewahren. „Modi ist es egal, woher das Geld kommt“, sagten uns unsere Gesprächspartner. Er hat die chinesische Investition in Infrastrukturen begrüßt, während er gleichzeitig die Beziehung zu Japan verstärkte, dem engsten Partner Indiens im asiatischen Raum. Israel und der Iran – mit denen Indien stets Kontakt gehalten hat, auch während es gezwungen war, Sanktionen zu verhängen – stehen auch in einem besonderen Beziehungsverhältnis zu Indien. Auch Russland ist für ein langfristiges Engagement verfügbar und kann wie andere aufstrebende Machtzentren der multipolaren Welt dazu genutzt werden, den etablierten Mächten eine Absage zu erteilen. Indiens Umgang mit BRICS- oder BASIC-Staaten ist weitgehend defensiver Natur und eine Antwort auf die fehlende Anerkennung seiner Beteiligung an globalen Führungsstrukturen. Die US-Politik – die an Anteilen an Rücklagen und Stimmrechten innerhalb des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank festhält – wird auf höchster Ebene der indischen Regierung kritisiert, während Europas Einsicht zu notwendigen Reformen leider unbeachtet bleibt.

Indiens Annäherung unter Modi ist klar eigennützig – Investitionen und Technologien ergattern und gleichzeitig China in seine Schranken weisen heißt die Devise. Aber ist nicht Indiens Markt mit einer 1,3 Milliarden starken Bevölkerung eine wünschenswerte Option für europäische Firmen? Zu einem Zeitpunkt, an dem die USA den Lohn für lange Jahre beharrlicher Vorarbeiten für eine nun geschlossene Transpazifische Partnerschaft erntet, sollte Europa prioritär das Freihandelsabkommen (FTA) zwischen der EU und Indien vorantreiben, anstatt zuzulassen, dass es an Fragen wie beispielsweise der Arzneimittelzulassungen scheitert.

Auf strategischer und globaler Ebene ist Indien für Europa wichtig. Trotz seiner Rivalität mit Pakistan war Indien eine wichtige Stütze für die Regierungsführung in Afghanistan. Sollten die Taliban (oder das Chaos)

dort den Sieg davontragen, wird der aktuelle Flüchtlingsstrom nach Europa stark zunehmen. Indien hat seine traditionell souveränistische und defensive Haltung aufgegeben und ist zu einem Befürworter der „Freiheit der Schifffahrt“ geworden. Sollte Europa nicht darauf aufbauen, da es doch das gleiche strategische Interesse daran hat, künftige Handelsströme sicherzustellen? Indien wird auch ein wichtiger Partner für einen Iran sein, der wieder in die internationale Gemeinschaft aufgenommen wird.

Diese Ansätze weisen alle auf die Notwendigkeit hin, die europäische Politik neu auszurichten. Hier liegt die größte Herausforderung in Europas Wahrnehmung von Indien. Auf unserer Reise haben diejenigen, mit denen wir wiederholt gesprochen haben, die gängige Meinung niedergedrückt:

„Multilateralismus ist eine Waffe der Schwachen. Wir aber werden stärker und stärker.“ „Die Zeit der Blockfreien Staaten ist zu Ende.“

„Indien hat alle Eigenschaften einer großen Macht – den Preis, der für die Nichtausübung dieser Macht gezahlt werden muss, ist die nachrangige Stellung hinter China.“

„Indien ist eine 2,2 Billionen Dollar schwere Wirtschaft, aber sein informeller Sektor ist doppelt so groß – zusammen macht das eine 6-Billionen-Dollar-Wirtschaft, die deutlich näher an der von China liegt.“

„Vergessen wir einfach die G4-Länder und den Sitz im Sicherheitsrat und lassen Sie uns enger mit unseren Allianzen zusammenstehen. Wir fordern die Welt auf, unsere Entwicklung zu unterstützen und unsere zunehmende Stärke auszubauen.“

Nichts des Vorgenannten sollte ausschließen, dass Indien seinen europäischen Partnern bessere Zugangsmöglichkeiten verschafft. Aber ein Neustart der Beziehungen beider Unionen bedarf einer realistischen Sicht auf Indiens Ziele und seine Aussichten, diese Ziele zu erreichen.

INDIENS IDENTITÄT UND POLITIK

Lord Meghnad Desai
Was denkt Indien?

1

Es gibt nicht ein „Indien“, das denkt. Es gibt mehrere „Indiens“ und jedes davon hat sein eigenes Bewusstsein. Wenn es denn tatsächlich eine Kultur oder Zivilisation gibt, die den Monismus zugunsten des Pluralismus abgeschafft hat, dann ist dies die alte hinduistische Kultur. Der Hinduismus ist keine Religion im abrahamitischen Sinne. Er kennt kein Glaubensbekenntnis, keine Rechtgläubigkeit und auch keine vorgeschriebene Formel, um den religiösen Glauben zu bekräftigen. Es gibt viele Götter und es gibt keinen Gott – nur eine körperlose Wesenheit, *Brahman*, der das Universum durchdringt.

Aber das moderne Indien ist nicht nur eine hinduistische Zivilisation. Es kennt viele Religionen – die vielfältigen Konfessionen des Islams und des Christentums, Judentums, Zoroastrismus, Buddhismus, Jainismus und Sikhismus – und Indiens Menschen hängen häufig mehr als nur einer an. Auch gibt es mehrere Sprachen – vielleicht an die 700, obwohl nur 22 offiziell anerkannt werden –, und einige Tausend Dialekte. Geografisch gesehen ist Indien mit Europa ohne das europäische Russland vergleichbar und viele seiner Regionen sind größer als manche Länder Europas. In der Tat ist Indien gewissermaßen eine Ansammlung von Nationen.

Trotzdem wurde in den letzten 200 Jahren versucht, ein einziges Indien mit nur einer einzigen Identität zu formen. Der Kampf, sich vom britischen Joch zu befreien, hat die Elite zum Spinnen von Geschichten geführt, warum Indien eine Nation sei, um die Sticheleien der Briten zu parieren, dass Indien, wie Winston Churchill es einmal ausdrückte, auch nur eine Fiktion wie der Äquator sei. Deshalb erzählten die Inder eine Geschichte von der nationalen Einheit.

Eigentlich erzählten sie mehr als nur eine Geschichte. Die Idee von Indien als einer einzigen Nationen wurde von der Idee von zwei Nationen durchgekreuzt: einer hinduistischen und einer muslimischen Nation. Dies führte zu

Indiens Spaltung in zwei Nationen, Indien und Pakistan. Eine Konstante der indischen Denkweise besteht in der Vorstellung von Pakistan als dem Fremden, wenn nicht sogar dem Feind. Nach der Teilung kam dank des ersten Premierministers, Jawaharlal Nehru, eine revidierte Idee von Indien auf. Indien sollte eine weltliche Nation sein, in der alle Religionen gleich geachtet würden, wobei ein spezielles Augenmerk auf die Muslime gelegt wurde, die im Land geblieben waren, anstatt nach Pakistan überzusiedeln.

Die Hegemonie der Vorstellung Nehrus von Indien wurde durch die Quasi-Monopolstellung seiner Kongresspartei und der dynastischen Nachfolge der Tochter und des Enkels von Nehru als Premierminister gestützt. Der Witwe seines Enkels wird nun sein Urenkel folgen. Von den 68 Jahren seit der Unabhängigkeit war Kongress 55 Jahre im Amt. Die Dynastie kontrollierte dabei das Geschehen mit Ausnahme von sieben Jahren.

Rivalisierende Vorstellungen von Indien

Nehrus Vorstellung von Indien wird infrage gestellt, was aber nicht allein darauf zurückzuführen ist, dass Kongress 2014 die Macht verloren hat, sondern auch auf einen Rivalen, der indischen Volkspartei (Bharatiya Janata Party, BJP) – die üblicherweise als hindu-nationalistisch etikettiert wird –, die die Mehrheit gewonnen hat und seit 30 Jahren als erste Partei Indiens eine Regierung ohne Koalition bildet. Rivalisierende Vorstellungen von Indien greifen um sich. Die Hegemonie der Vorstellung der Kongresspartei von Säkularismus wird angefochten und die Vorstellung von der indischen Nationalität wird erneut diskutiert. Wenn Pakistan aus der Idee von zwei Nationen entstand und es sich bei Pakistan um die muslimische Nation handelt, warum ist Indien dann nicht die hinduistische Nation?

Die Idee der zwei Nationen hat zwei Nationalstaaten hervorgebracht, wobei beide Nationen auf diese Nationalstaaten verteilt wurden, wenn auch ungleich. Es gab Hindus und Muslime sowohl in Indien als auch in Pakistan. Jedoch wurden die Muslime gleichmäßiger verteilt als die Hindus. Pakistan selbst wurde in die Gebiete des heutigen Pakistan im Westen und in Bangladesch im Osten aufgeteilt – nicht aus religiösen, sondern aus sprachlichen Gründen. Nationen werden nicht allein durch ihre Religion definiert – auch die Sprache zählt sowie eine gemeinsame Geschichte.

Die Spannung zwischen dieser pluralistischen, multireligiösen Gesellschaft und der Suche nach einer einzigen Identität oder dem Nationalitätskonzept

ist seit dem Sieg der BJP wieder in den Vordergrund gerückt. Aber der andere, gleichermaßen dringliche Wunsch gilt dem wirtschaftlichen Wachstum, der Armutsbekämpfung und einer sicheren Lebensgrundlage für alle. Indien konnte in den ersten 30 Jahren nach der Unabhängigkeit ein moderates BIP-Wachstum verzeichnen, das sich in den folgenden zehn Jahren langsam beschleunigte. Doch seitdem Indien in den 1990er-Jahren eine umfassende Reformstrategie auf den Weg brachte, boomt das Wachstum. Trotzdem ist Indien in Bezug auf die menschliche Entwicklung rückständig. Armut ist nach wie vor ein ernstes Problem und die Herausforderung, Indien ökonomisch stark genug für einen annehmbaren Lebensstandard zu machen, ist das andere Problem, das Indien neben der Frage nach der Identität beschäftigt. Die neue Regierung wurde aufgrund des Wahlspruchs „inclusive growth“ („integratives Wachstum“) gewählt.

Die vorherige, von der Kongresspartei geführte Koalitionsregierung erreichte kein hohes Wachstum oder keine niedrige Inflation, und so verloren die Inder ihre Geduld und setzten auf die BJP-Partei. Wachstum ist dringend nötig, da Indien eine junge und wachsende Bevölkerung hat, drei Viertel davon sind unter 30. Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung junger Leute in existenzfähigen Arbeitsplätzen stehen ganz oben auf Indiens Sorgenliste.

Es gibt auch andere Kämpfe, die die Inder beschäftigen. Erst jüngst stand die Sicherheit von Frauen vor sexueller Belästigung und Schlimmerem im Mittelpunkt der Debatte. Junge Inder wollen wie andere auf der ganzen Welt auch die Gleichberechtigung der LGBT-Community. Politisch wesentlich heikler ist die nach Gleichberechtigung strebende Bewegung der *Dalit*-Kasten, die von der hinduistischen Gesellschaft traditionell als „Unberührbare“ behandelt werden. Es bestehen einige gesetzliche Regelungen und Fortschritte wurden erzielt. Nichtsdestoweniger geriet die hierarchische Natur des hinduistischen Kastensystems durch die *Dalits* und „Other Backward Castes“ unter Beschuss. Das wird durch Indiens demokratisches politisches System begünstigt, dessen Wählerschaft sich seiner Verantwortung bewusst ist, regelmäßig zu wählen, und darauf besteht, dass seine Forderungen von seinen gewählten Vertretern erfüllt werden.

Indern wird auch langsam bewusst, dass sie ein ernstes Gesundheitsproblem mit fehlenden sanitären Einrichtungen sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum haben. Die Notwendigkeit, Indien sauber und frei von Müll zu halten, stellt ein großes Problem dar, das von Premierminister Narendra Modi angesprochen wurde. Flüsse sind dreckig, Städte sind schmutzig

und viele Menschen behandeln den öffentlichen Raum wie einen großen Müllimer, obwohl sie ihren Privatbereich sauber halten.

Es gibt ein Bewusstsein der Elite für die Themen Umwelt und Klimawandel, aber dieses Bewusstsein hat die breite Öffentlichkeit noch nicht erreicht. Aufeinander folgende Regierungen haben eher eine distributive als eine ökologische Haltung gegenüber einem Klimaschutzabkommen mit wirtschaftlichem Wachstum als Schwerpunkt eingenommen. Bei der Pro-Kopf-Emission ist Indien ein kleiner Umweltsünder. Der Westen selbst müsse erstmal sauber werden und den Rest der Welt entschädigen, bevor dieser selbst tätig würde, so lautet das Argument. Es ist unwahrscheinlich, dass Indien den Vorreiter spielen und bei der UN-Klimakonferenz in Paris im November 2015 einen Global Compact zu Kohlendioxidemissionen vorlegen wird.

Indien und die Welt

Während Indien mit diesen internen Herausforderungen und Kämpfen zu tun hat, strebt es gleichzeitig nach einer starken Präsenz auf internationaler Ebene und verfolgt das ehrgeizige Ziel, einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu erhalten. Es sieht sich selbst als eine regionale Führungsmacht in Südasien – trotz der Herausforderung seitens Pakistans, das ebenfalls eine Atommacht ist. Die neue Regierung hat Indien nach Osten gewandt und damit begonnen, enge Beziehungen mit Ostasien zu knüpfen. China wird von den Indern sehr bewundert, aber die beiden Länder teilen sich ein umstrittenes Grenzgebiet, in dem es bereits zu Auseinandersetzungen gekommen ist. Im Wirtschaftsbereich herrscht zunehmender Handel zwischen Indien und China, und es existiert auf Chinas Seite ein ehrlicher Wunsch, eher ein freundlicher Rivale denn ein Feind zu sein.

Indien war schon immer eine westlich orientierte Gesellschaft, entweder aufgrund der Idee von einem gemeinsamen indoeuropäischen Erbe verwandter Sprachen oder der 500 Jahre währenden westlichen Präsenz, seit Vasco da Gama Indien im Jahr 1498 „entdeckte“. Obwohl Indien während des Kalten Kriegs zu beiden Blöcken den gleichen Abstand einhielt, tendieren seine natürlichen Affinitäten zur europäischen Zivilisation. Erst kürzlich wurden Beziehungen zwischen Indien und den USA aufgenommen, wobei es um die Kooperation zum Thema der Versorgung mit Kernbrennstoff geht. Die neue Regierung hat diese Zusammenarbeit durch Nutzung der erfolgreichen indischen Diaspora-Gemeinde im Westen vertieft. Indien und die USA sind

ein stillschweigendes „Just-in-case“-Bündnis zur Absicherung gegen das Risiko eingegangen, dass einer von beiden in einen ernsthaften Konflikt mit China gerät.

Es gibt viele Inder und somit auch viele Forderungen, Bestrebungen und Ideen. Aber der größte Erfolg der Inder besteht darin, eine offene, liberale Demokratie geschaffen zu haben, die die Menschenrechte achtet, vor allem das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dies stellt sicher, dass bei allen Herausforderungen, denen Indien sich stellen muss und wie groß die Unterschiede zwischen Indern dabei auch sein mögen, Probleme angepackt werden, indem auf die alte Tradition des Gesprächs statt Gewalt gesetzt wird. In Anbetracht der Größe Indiens sollte dies allein der Welt die Sicherheit geben, dass unabhängig davon, was Indien denken mag, schon alles in Ordnung gehen wird.

Deep K. Datta-Ray

Indiens Außenpolitik im ghandischen Sinne

2

Wiewohl die Außenpolitik die Identität eines Nationalstaats am ehrlichsten zum Ausdruck bringt, so schließt doch die hitzige Debatte um die indische Diplomatie jede Möglichkeit einer Einschätzung des Charakters und der Ziele des indischen Staates aus. Dass dies eher auf intellektuelle Verwirrung als auf Unklarheiten über Indiens Identität zurückzuführen ist, wird durch ein seltsames Paradoxon veranschaulicht.

Es besteht nationaler Konsens darüber, dass Mahatma Gandhi, der Stratege, der die politische Szene Indiens bis zu seiner Ermordung durch einen hinduistischen Extremisten im Jahr 1948 beherrschte, der Mentor Indiens ersten Premierministers, Jawaharlal Nehru, war, der von der Unabhängigkeit 1947 bis zu seinem Tod 1964 im Amt war. Nehru gestaltete eine unverwechselbare Außenpolitik, die Gandhis Ideen ausdrückte. Wie er es ganz am Ende seines Lebens beschrieb: „Die Politik und die Philosophie, die wir versuchen, umzusetzen, sind die Politik und die Philosophie, die uns Gandhiji lehrte“. Aber unerklärlicherweise wird der Rahmen, den Nehru zum Fundament seiner indischen Diplomatie machte, von Akademikern außer Acht gelassen, die unkritisch europäische Kategorien für die Erklärungsversuche der indischen Außenpolitik verwenden.¹ Um Indiens Politik zu verstehen, ist es notwendig, eine von Gandhi geprägte Grundhaltung zu gebrauchen (*satyagraha*), anstatt in Kategorien von Realismus und Liberalismus zu denken.² Diese europäischen Kategorien werden weiterhin von einigen indischen Diplomaten nachgeplappert, obwohl ihre politischen Inhalte von Indiens Führung als Widerspruch zum intellektuellen Gefüge des Nationalstaats abgelehnt werden.

¹ Siehe beispielsweise Srinath Raghavan, *War and Peace in Modern India* (London: Palgrave Macmillan, 2010) und Sumit Ganguly, *Conflict Unending: India–Pakistan Tensions Since 1947* (New York: Columbia University Press, 2001)

² *Satyagraha* oder „Kraft der Wahrheit“ beruht auf der Idee, einen gewalttätigen Menschen zur Gewaltfreiheit zu bekehren (dies ist ein Aspekt der „Wahrheit“, in „Kraft der Wahrheit“) ohne das Verhalten des gewalttätigen Menschen nachzubilden, sprich Gewalt anzuwenden.

Nur indem wir uns von importierten Anschauungen und den konzeptuellen Rahmen, auf denen sie beruhen, befreien, können wir einen flüchtigen Blick auf Indiens wahre Identität und diplomatische Absichten erhaschen. Das Grundprinzip der Außenpolitik kann nur im Lichte der wichtigsten Beziehung in der Geschichte des Landes erfasst werden: die zwischen Jawaharlal Nehru und Mahatma Gandhi.

Dieser Beziehung hat der seit 2014 amtierende Premierminister Narendra Modi der indischen Volkspartei (Bharatiya Janata Party, BJP) einen neuen Impuls gegeben.

Gewaltlosigkeit in der internationalen Politik

Obwohl es paradox erscheinen mag, ist die Handschrift des berühmtesten Führers der rivalisierenden Kongresspartei Gandhi in allem, was Modi tut, erkennbar. Modi hat Statuen von Mahatma überall auf der Welt enthüllt, ihm große Ehrungen zuteilwerden lassen und viele Ideen Gandhis in die Tat umgesetzt, wie beispielsweise die „Clean India“-Kampagne. Egal, welche politische Partei im Amt ist, man kommt um Gandhi nicht herum. Jedoch liegt die wahre Bedeutung seiner Ideen nicht im Bereich des Expliziten, sondern auf Ebene des Intellekts, und zeigt sich insbesondere in der Logik der indischen Außenpolitik. Kurz gesagt, Nehrus „authentische Ära im Sinne Gandhis“ geht weiter. Aber was genau bedeutet das?

Die Antwort liegt in der Lektion, die Nehru von Gandhi gelernt hat – dass das Prinzip der Gewaltfreiheit unbestreitbar ist und dass es nach einer ganz neuen Staatsform verlangt.³ Nach Gandhi leben wir in einem Universum, in dem alles miteinander verbunden ist und in dem jede Form der Gewalt letztlich selbstzerstörerisch sein muss. Für den kosmologisch Gesinnten dient Politik folglich nur einem Ziel: Gewalt auszulöschen. Gandhi verfolgte diesen Grundsatz in den Grenzen des britischen Empire, aber die Bestrebungen seiner Anhänger waren größer. Nehru bemühte sich darum, die Praktiken seines Gurus nicht nur in Indien, sondern auch in der internationalen Politik anzuwenden.

In dem Bemühen, das ererbte politische Gebilde von Gewalt zu säubern, dehnte Nehru das Konzept der Souveränität weit über das alte Konzept des Überlebens um des Überlebens willen aus. Der nehruvianische Staat bemühte sich darum, Gewalt auszumerzen, indem das Kalkül für Handlung jenseits der Geschichte gestellt wurde, was entweder als Wiedererlangung des Goldenen

³ Diese Forderung stützt sich auf die Forschungsarbeiten des Autors im Auftrag des indischen Außenministeriums in *The Making of Indian Diplomacy: A Critique of Eurocentrism* (New York: Oxford University Press, 2015).

Zeitalters oder als Rache für Demütigungen verstanden werden kann. Handlung sollte auf Grundlage der aktuellen Umstände kalkuliert werden, um Gewalt jetzt auszumerzen.

Dieses Ideal jedoch stellte eine große Herausforderung dar: Wie konnte Indien gewaltfrei der Gewalt entgegentreten? Die Lösung liegt in Gandhis Konzept von *satyagraha*. Dies mag selber gewalttätig scheinen, da es Autorität infrage stellt. Entscheidend jedoch ist, dass der Anhänger von *satyagraha* weniger gewalttätig war als seine Widersacher und dass er die meiste Gewalt nach Innen lenkte. Nehru übernahm dieses Konzept für die Außenpolitik und setzte es, obwohl sein Land verarmt war, ohne zu Zögern in die Praxis um. Am spektakulärsten war, dass er in Indiens Grenzregionen versuchte, die Inder von der alltäglichen Gewalt der Armut zu befreien, während er gleichzeitig chinesischen Aggressionen entgegentrat. Diese frühe Anwendung der Prinzipien von *satyagraha* auf die internationale Politik prägt auch weiterhin die militärische Grenzpolitik Indiens.

Modi: in Nehrus Fußstapfen?

Obwohl das Gandhi–Nehru-Grundprinzip weiterhin Bestand hat, haben 15 Jahre der wirtschaftlichen Liberalisierung der Außenpolitik Neu-Delhis einen neuen Impuls verliehen. Modis Wiederaufnahme der Gewaltlosigkeit als Leitprinzip für die Außenpolitik ist bedeutungsschwer und wird auf der ganzen Welt spürbar sein. Er wird damit das globale System neu ordnen, ähnlich wie Indiens vorheriger Premierminister, Manmohan Singh (2004–2014), der durch seine Verhandlungen im Rahmen des US-indischen Atomabkommens die internationale Nukleararchitektur grundlegend veränderte. Obgleich viele Modi beschuldigen, mit der Vergangenheit zu brechen, bleibt er seinen Amtsvorgängern treu. Das beste Beispiel dafür ist, dass Modi persönlich den Mann zu seinem Außenminister ernannte, der für Singh das US-indische Abkommen aushandelte. Politische Engagements, die bereits die ersten Jahre nach Indiens Unabhängigkeit kennzeichneten, werden aufgegriffen und in dem Maße verstärkt vorangetrieben, wie es Wohlstand – verglichen mit Nehrus Tagen – und parlamentarische Mehrheit erlauben.

In der Praxis bedeutet dies, die Definition von Gewalt auszudehnen und ihre Bekämpfung, sowohl im In- als auch im Ausland, mit größerem Selbstbewusstsein anzugehen. Modi tat genau dies, als er über Indiens Mangel an Toiletten sprach. Mit anderen Worten: Es besteht der Glaube,

dass sich das Land verändern kann, wenn sich Indien (erfolgreich) auf den Alltag konzentriert. Indische Diplomatie ist konsequent darauf ausgerichtet, Inder von solch „unspektakulären“, alltäglichen Leiden zu befreien, indem sie Investitionen in die Basisinfrastruktur anzieht – daraus erklären sich auch Neu-Delhis Bemühungen, sich unkonventionelle Investoren wie seinem vermeintlichen Erzrivalen China zu öffnen. Mit einer pragmatischen Allianz mit Peking demonstriert Neu-Delhi, dass es nicht nur seine Ängste vor einem chinesischen Umsturz abgelegt hat, sondern dass es auch dabei ist, die Weltpolitik neu zu gestalten. Erste Früchte dieser Anstrengungen sind in Neu-Delhis Mitgliedschaft, als zweitgrößter Interessenvertreter, in der von China initiierten Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) erkennbar. Neu-Delhi unterstützt dieses Projekt, da es hofft, dass Peking in Projekte investieren wird, die die von Japan und den USA angeführte Asiatische Entwicklungsbank und Bretton-Woods-Institutionen außer Acht lassen. Dazu gehören Steinkohlekraftwerke, die Indien für seine Entwicklung als zentral einstuft, aber zugleich im Widerspruch zu ökologischen Zielen stehen.

Es wäre eine Abkehr von dem Prinzip der Gewaltfreiheit, falls Indien Gewalt aus dem Ausland hinnehmen würde, um sie im Inland zu reduzieren. Von daher verfolgte Singhs nehruvianische Politik streng den Ausbau der Infrastruktur, wie zum Beispiel von Straßen entlang der Grenze zu China, die als Antwort auf Chinas (als solche wahrgenommenen) Aggressionen dienen sollten. Ferner verlieh Modi der „Look East“-Politik des früheren Premierministers P. V. Narasimha Rao (1991–1996) neuen Schwung, indem er Worten Taten folgen ließ. Modis „Act East“-Politik ist mehr als nur die bloße Änderung des Namens. Sie steht für eine neue Entschlossenheit, den Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) wirtschaftlich und militärisch ins Spiel zu bringen. Aktuell werden Verhandlungen geführt, die ökonomischen und strategischen Verbindungen auf verschiedenen Ebenen auszubauen und Indiens Einfluss in Ostasien und darüber hinaus auszuweiten.

Die Prinzipien von *satyagraha* werden, im Vergleich zu China, vor allem durch den Umstand deutlich, dass Indien ein gewaltfreier Staat ist. Dies zeigt sich am besten im Kontext von Indiens Atompolitik, die die Möglichkeit der totalen Vernichtung von einem pazifistischen Standpunkt aus betrachtet. Anstatt der Logik der nuklearen Abschreckung zu folgen und andere im Wettrüsten zu überbieten, wurde Indiens Versprechen, keinen atomaren Erstschlag auszuführen, vom Konzert der Nationen ernst genommen. 2010 ging Indien zum Konzept der „Credible Minimum Deterrence“, der glaubhaften Minimalabschreckung, über, wodurch ihr Versprechen, keinen atomaren

Erstschlag auszuführen, nur noch Nichtkernwaffenstaaten galt.⁴ Die Fähigkeit, sich selbst zu verteidigen, ohne auf Gegengewalt zurückzugreifen, inspiriert andere außenpolitische Initiativen, die ihrerseits die Aufmerksamkeit des Westens auf sich ziehen. Sowohl im Hinblick auf die Möglichkeiten, die sie schaffen, als auch auf die Herausforderungen, die sich aus ihnen ergeben.

Da die chinesisch-indischen Beziehungen neue Facetten entwickeln, ist es für Europa und Nordamerika ein zentrales Anliegen, ihre jeweilige Politik zu überdenken, die letztendlich in beiden Ländern zu einer Abwendung von Indien führte. Westliche Investitionen gehen stetig zurück und obgleich die Verantwortung dafür zweifelsohne primär Neu-Delhi trägt, wo Modi den politischen Willen finden muss, ein unternehmensfreundliches Klima zu schaffen, kann sich der Westen im Angesicht eines erstarkenden Chinas nicht einfach zurückziehen. Indem es China als bedeutenden Handelspartner akzeptiert, spielt Indien ein gefährliches Spiel – eines, das von Europa ausgeglichen gestaltet werden sollte. Der Westen muss ein Zeichen des Vertrauens senden. Dies könnte in Form von Zugeständnissen erfolgen, um das bilaterale Handels- und Investitionsabkommen zwischen Indien und der EU tatsächlich in die Tat umzusetzen. Die Kosten wären im Vergleich zu dem hohen globalen Preis, der zu zahlen wäre, wenn China Indiens wichtigster Partner zur Umsetzung seiner dringenden Entwicklungspläne und Indien dadurch gegenüber China in eine wirtschaftliche Abhängigkeit geraten würde, überschaubar. Modi setzte in seinem Wahlkampf auf das Thema Wachstum, das für mehr als eine Milliarde Inder ein großes Anliegen ist.

Sollte der Westen nicht reagieren, wird er autoritären Tendenzen bei Indien Vorschub leisten, die sich im Hinblick auf die Schwäche der größten Demokratie der Welt über die Wettbewerbsfähigkeit eines nicht demokratischen Chinas wundern.

Auf dem Spiel stehen die Ausrichtung der Entwicklung Indiens, die globale Sicherheit und die dem Westen so wichtigen Werte – die deswegen eine Rolle spielen, da sie den Kurs der Entwicklung beeinflussen. Innovation und Technologie dient der Westen noch immer als Fundament. Nur durch Zusammenarbeit kann er sicherstellen, dass Indien sein primäres Ziel, die Beseitigung von Armut, auf eine „saubere“ Art und Weise verwirklichen kann, die das Überleben der Erde nicht gefährdet. Dies ist besonders im Angesicht der Bedrohung seitens selbst ernannter maoistischer Rebellen wichtig, die

⁴ In der Zwischenzeit wurde die Minimalabschreckung zwar von Peking gutgeheißen, aber nicht übernommen. Siehe Alastair Iain Johnston, „China's New, Old Thinking: The Concept of Limited Deterrence,“ *International Security*, Volume 20, Number 3, 1995.

bereits weite Teile von Gebieten in Indiens Landesinneren kontrollieren. Ihr Terrorismus ist eine Gefahr für das Fortbestehen des indischen Staates selbst und im Gegenzug auch für die regionale und globale Stabilität.

Indiens Außenpolitik basiert auf dem Prinzip der Gewaltfreiheit. Dass dies nicht immer offensichtlich war, liegt nicht etwa an der Heuchelei von Teilen der indischen Politik und Diplomatie, sondern viel mehr an der Tatsache, dass Indiens Taten so oft fehlinterpretiert werden. Aus Indiens Identität wurde niemals ein Hehl gemacht, auch dann nicht, wenn Beobachter sich nicht in der Lage zeigten, zu verstehen, was sie sahen. Von daher ist es notwendig, ein neues Verständnis für Indien zu erlangen. Dabei allerdings hilft es nicht, lediglich und beharrlich neue Fakten und Zahlen zusammenzutragen, falls diese auch weiterhin nicht richtig interpretiert werden können. Der Westen muss einen komplett neuen analytischen Rahmen festlegen, der Gandhis Mission und ihren noch immer spürbaren Einfluss umschließen kann. Dies alleine kann bereits das wahre Wesen der indischen Außenpolitik offenbaren.

Das Indien, das Modi formte

3

Im September 2014, drei Monate nachdem er zu Indiens Premierminister gewählt wurde, reiste Narendra Modi nach Japan. Er kannte das Land bereits von seinen Besuchen als Chef der regionalen Regierung des indischen Bundesstaates Gurajat. Nichtsdestoweniger war die Ankunft in Japan, das in vielerlei Hinsicht ein Vorbild für auf schnelle Modernisierung und Industrialisierung setzende asiatische Gesellschaften ist, für ihn in der Rolle des Premierministers etwas Besonderes.

In konventioneller Hinsicht war sein Besuch ein Erfolg. Viel wurde darüber berichtet, wie gut sich Modi und Premierminister Shinzo Abe auf persönlicher Ebene verstanden. Sie sehen sich als Freunde. Modi ist dabei sogar, zumindest zum damaligen Zeitpunkt, einer von drei Menschen, denen der japanische Regierungschef auf Twitter folgt. Es wurden Abkommen bezüglich wirtschaftlicher Kooperationen und japanischer Investitionen in Indien zur Modernisierung der indischen Eisenbahnen sowie des Exports japanischer Militärausrüstung und ziviler Nukleartechnik getroffen. Besonders aber stach die Choreografie des Zusammentreffens und die heikle und bewusste Wahl von Symbolen sowohl aus der hinduistischen als auch der buddhistischen Tradition heraus.

Es ist leicht, eine solche Semiotik als ein Zugeständnis an die traditionalistische Anhängerschaft, die ein wichtiger Bestandteil von Modis indischer Volkspartei (Bharatiya Janata Party, BJP) ist, zu sehen. Das wäre jedoch nur eine begrenzte, ja vielleicht sogar übermäßig zynische Interpretation der Dinge. Das Zerren um Tradition ist mehr als nur ein Akt. Wie ein japanischer Diplomat er formulierte: „Herr Modi ist ein ökonomischer Modernisierer, der Erbe, Tradition und Glauben als wichtige Aspekte seines politischen Anliegens und seiner Vorstellung von Indien ansieht. Diesbezüglich sind sich er und Premierminister Abe bemerkenswert ähnlich.“

Die doppelte, wenn nicht sogar zugleich paradoxe Eigenschaft als ökonomischer Modernisierer und sozialer Konservativer machen aus Modi einen spannenden Politiker. Nun wäre es einfach, ihn wie so manche zu einer neuen Generation an nationalistischen Führern Asiens zu zählen, die als beinahe demokratisch gewählte „Herrscher“ gelten. Wie Abe steht Modi für die tiefe Besorgnis seiner Gesellschaft, dass Chinas wirtschaftliches Wachstum Asien zu einem „Einmannwettbewerb“ verkümmern lassen könnte. Indien aber erhörte 2014 Modis Aufruf und wählte ihn in einem gleichermaßen wichtigen Kontext von langfristigen gesellschaftlichen Strömungen an die Macht. Heute vertritt Modi diese Strömungen, auch wenn sie unabhängig von ihm existieren und ohne ihn überleben werden. Um Modi und seine vielen Identitäten zu verstehen, ist es wichtig, das Klima, in welchem er gedeiht, zu verstehen.

Jugend, Urbanisierung und Technologie

Modi wurde an der Verbindungsstelle von drei wichtigen Strömungen zu Indiens Regierungschef.

Erstens ist Indien Nutznießer (oder Leidtragender, je nachdem, wie man es sieht) eines noch nie da gewesenen hohen Anteils an Jugendlichen in der Gesellschaft. Das Land wird die größte Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aller Staaten der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts haben. Über die nächsten zwei Jahrzehnte drängen monatlich eine Million Menschen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt. Diese Zahl der Arbeitssuchenden – und ungedulden jungen Wähler – wird 2030 mit 485 Millionen Indern und Inderinnen zwischen 15 und 34 (von insgesamt 1,5 Milliarden) ihren Spitzenwert erreichen. Viele Mitglieder dieser Gruppe sind noch nicht geboren, wenngleich die Ältesten bereits 2014 erstmalig an die Urne gingen. Die Wahl 2014 war ebenso die erste Wahl, für die Menschen, die nach 1991 (als der Wirtschaftsreformprozess begann) geboren wurden, das notwendige Wahlalter aufwiesen.

Die Stimmen der Jugendlichen gaben Modi den entscheidenden Impuls, da er diese selbst in Familien und Gemeinschaften für sich gewinnen konnte, die seiner Partei bis dato eher ablehnend gegenüberstanden. Dies war das Ergebnis von drastisch veränderten Erwartungen, die im Zusammenhang mit einem Jahrzehnt mit extrem hoher BIP-Wachstumsrate standen: Zwischen 2003 und 2011 wuchs die indische Wirtschaft durchschnittlich um 8,3 % pro Jahr an. Die Dynamik und gestiegenen Ansprüche, die die Jugend mit sich bringt, wird die indischen Wahlen bis noch mindestens Ende der 2020er,

wenn nicht sogar noch länger, beeinflussen. In diesem Sinne ist das Mandat Modis nicht *sui generis*, sondern vielmehr als Signal einer neuen Politik in Indien zu bewerten.

Zweitens gibt es in Indien eine Urbanisierung. Offiziell wohnen 32 % der indischen Bevölkerung ganzjährig in städtischen Gebieten, in denen sie ebenso wählen (Zahlen gemäß der Volkszählung von 2011). Allerdings werden etwa 60 % des BIP in Städten generiert, was wiederum eine stark urban geprägte Wirtschaft illustriert. Bis 2030 wird die Zahl sogar noch auf 70 % ansteigen.¹ Der Unterschied zwischen BIP und Bevölkerungszahlen ist frappierend. Er kaschiert die Tatsache, dass ein größerer Teil der Bevölkerung – mehr als 32 % – mit der städtischen Wirtschaft im Zusammenhang steht oder von ihr abhängt. Der Faktor Wanderarbeiter oder Empfänger von Überweisungen beispielsweise, deren Haushaltseinkommen und Familienwohlstand eng mit der Stadt verbunden sind, selbst wenn sie auf dem Land leben, wird nicht berücksichtigt. Dies bedeutet, und dafür gibt es empirische Beweise, dass Wähler lernen, zwischen regionalen und nationalen Wahlen zu unterscheiden, und dass ihnen bewusst wird, dass Probleme mit Stellen in der großen Stadt nicht von lokalen Politikern gelöst werden können. Indien sieht sich deswegen den Anfängen einer größeren Mittelschicht einhergehend mit einem erhöhten Bewusstsein für makroökonomische Fragen gegenüber.

Die dritte Strömung ist Technologie. Indien erlebt gerade einen massiven Kommunikationsboom, der besonders das Fernsehen und das Internet, darunter soziale Medien wie Facebook und Twitter, ergreift. In der Geschäftswelt führt dies zu einer Störung von lokalen Märkten. Regionale Marken werden dank Instrumenten wie E-Commerce zu nationalen Größen. In der Populärkultur überführen Soap-Operas und Reality-Shows Gebräuche und Lebensstile eines Teils des Landes in einen anderen und nehmen so Einfluss auf Gewohnheiten der Konsumenten.

Die Kampagne Modis war der politische Katalysator dieser Trends. Um sich national Gehör zu verschaffen, griff Modi geschickt auf Fernsehen und soziale Medien zurück:² Indem er die Kluft zwischen lokaler und indienweiter Präsenz

¹ „India's urban awakening: Building inclusive cities, sustaining economic growth“, McKinsey Global Institute, April 2010, abrufbar unter https://www.mckinsey.com/~media/McKinsey/dotcom/Insights%20and%20pubs/MGI/Research/Urbanization/Indias%20urban%20awakening%20Building%20inclusive%20cities/MGI_Indias_urban_awakening_full_report.ashx.

² Im März 2013 verkündete das indische Informationsministerium die Verfügbarkeit von 410 TV-Nachrichtensendern in einer Vielzahl von indischen Sprachen. Es wird geschätzt, dass die Zahl nunmehr bei etwa 500 liegt. Laut

schloss, gelang es ihm, sich vom Regierungschef des Bundesstaates Gujarat zu einem von Indien herbeigesehnten Premierminister zu wandeln.

Ein „Bottom-up“-Phänomen

Indien hatte bereits eine Reihe von populären nationalen Regierungschefs, die aber stets etwas von oben herab mit ihrem Volk kommunizierten. Im Gegensatz dazu ist Modis Aufstieg ein „Bottom-up“-Phänomen, die Selbstverwirklichung eines Außenseiters, einer Randerscheinung der nationalen Politik mit bescheidenem familiärem Hintergrund. Für ihn war die Kommunikationstechnik der entscheidende Multiplikator, und nicht etwa ein bekannter Familienname. Sie machte und macht aus Modi den klassischen Underdog des 21. Jahrhunderts. Daraus könnte man schließen, dass Modis größter Trumpf im heutigen Indien nicht Religion oder Kaste oder selbst Hypernationalismus ist, sondern Klasse. Die fesselnde und eindringliche Geschichte eines Selfmademans, dessen Vater Teeverkäufer in einem Bahnhof war und dessen Mutter für andere den Abwasch erledigte, um für die Schulgebühren aufzukommen. Ein *chaiwalla* (Hindi für Teeverkäufer) zu sein, ist für Modi eine Ehre und Auszeichnung zugleich.

Sollte Modis Wahlerfolg von einem Klassenaufstand profitiert haben, muss dieser richtig interpretiert werden. Klasse ist hier nicht im marxistischen Sinne zu verstehen. Vielmehr geht es um vornehmlich junge Menschen aus kleinen Städten bzw. halburbanen Gebieten (oder selbst Leute vom Land, die mit dem Leben in der Stadt und der städtischen Wirtschaft konfrontiert sind oder in Verbindung stehen), die aus einem nicht englischsprachigen Umfeld stammen. Sie wollen die Sprache erlernen. Nicht etwa um Shakespeare zu lesen und Teil der „Anglosphäre“ zu werden, sondern einfach, um eine Arbeit zu finden. Sie sind zu gut situiert, um größeren Gefallen am Programm zur Armuts- und Arbeitslosigkeitsbekämpfung (von der vorherigen Kongress-Regierung favorisiert) zu finden, aber zu arm, um der Mittelschicht anzugehören. Sie sehen sich selbst als sozial benachteiligt. Sie glauben, dass ihr Fortschritt durch unsichtbare soziale Hierarchien behindert würde, die komplizierte, wenn nicht sogar unerfüllbare Zugangskriterien für sowohl beruflichen Aufstieg und als auch politische Ämter festlegen.

Die Motivation von Modis Wählerschaft speist sich aus unterschiedlichen Emotionen. Es gibt den unverkennbaren Ehrgeiz talentierter Menschen, denen einfach nicht die Möglichkeiten gegeben werden, die sie verdienen. Es gibt ebenso ein mitunter recht ausgeprägtes Maß an Unmut und Wut. Diese Gruppe, dieser Querschnitt Indiens, repräsentiert eine viel größere Gruppe der PTI lag die Zahl im Dezember 2014 noch bei etwa 400. Siehe „Number of TV channels rises by 37 in one year“, *Zee News*, 7. Dezember 2014, abrufbar unter http://zeenews.india.com/news/india/number-of-tv-channels-rises-by-37-in-one-year_1510793.html.

der Bevölkerung als die kleine Spitze der Pyramide, die von der älteren Kongresspartei dominiert wird, die die Bezugspunkte vorgibt und die ihre Politik in den Salons von Neu-Delhi festlegt.

Ähnliche binäre Spaltungen haben auch in anderen Gesellschaften für Umbrüche gesorgt. In mehreren Ländern Afrikas und Asiens räumte die erste Generation an vornehmen postkolonialen Führungspersonlichkeiten und Eliten der Marke „Adel verpflichtet“ normalerweise ihren Platz für kantigere einheimische (oder nativistische) Politiker, die die Hoffnungen und Ängste der Menschen besser verstanden, da sie sie ganz einfach selbst durchlebt haben. Indien hatte Glück. Dem Land gelang ein ähnlicher Wandel mithilfe der Wahlurne. Modi ist ein politisches Produkt dieser Kräfte.

Dabei muss erneut darauf hingewiesen werden, dass Modi sich selbst für einen Markt in Position brachte, der bereit für ihn war. Er hat den Markt aber nicht erfunden: Indiens Gesellschaft und politisches System waren auf einen solchen Wechsel vorbereitet. Es erscheint von daher nur logisch, dass sich Indiens grundlegendes Selbstverständnis nicht ändern wird – unabhängig davon, ob Modi als Premierminister erfolgreich ist oder scheitert. Es wird auch weiterhin Politik bestimmen und Wahlausgänge in der nahen Zukunft beeinflussen und all denjenigen als Vorlage dienen, die ihm folgen oder ersetzen. Die Idee Modi hat die Person Modi längst überflügelt.

Rukmini Banerji

Die Herausforderungen der Grundbildung in Indien

4

Ich bin im ländlich geprägten Uttar Pradesh, Indiens größtem Bundesstaat. Es ist früh am Morgen. Die Straße von einem Dorf ins nächste schlängelt sich durch Farmen und Felder. Wenn ich zu dem Dorf, das wir gerade verlassen haben, zurückblicke, sehe ich in der Ferne das tiefe Dach der Schule. Schulen sind hier mit einem grünen Streifen versehen, der um das Gebäude verläuft. Richte ich meinen Blick auf das nächste Dorf, ist durch einen Block an Wohnhäusern die dortige lokale Grundschule erkennbar. Die Straße, auf der wir fahren, ist gesäumt mit Kindern auf dem Weg zur Schule. Die einen sind mit dem Fahrrad unterwegs, die anderen zu Fuß – ihr Ziel ist entweder die Schule, die wir soeben hinter uns gelassen haben, oder die Schule, die vor uns liegt.

Es ist schwer, ein Dorf in Indien zu finden, selbst in den entlegensten Teilen des Landes, in dem es keine Schule gibt. Über die letzten 20 Jahre stellte die Regierung nahezu flächendeckend Schulen, v. a. Grundschulen, für die Bevölkerung bereit. Und selbst wenn diese Schulen nur über eine rudimentäre Infrastruktur verfügen, haben sie in der Regel mehrere Klassenzimmer und einen Spielplatz bzw. Schulhof im Freien. Auch private Schulen schießen wie Pilze aus dem Boden. In ländlichen Gebieten wird der Unterricht unter Bäumen oder in Hütten abgehalten, in städtischen Gebieten in Wohnhäusern. Schulen sind überall und beinahe alle Kinder sind in irgendeiner Form eingeschult.

Dies ist in einem Land von der Größe und Verschiedenartigkeit wie Indien eine beeindruckende Errungenschaft. Zugang zum Schulsystem ist ein anerkannter und nicht verhandelbarer Bestandteil des Rechts von Kindern auf Bildung. Er ist im Gesetz verankert und wird weitläufig in die Praxis

umgesetzt. Im Right to Education Act, der 2009 vom indischen Parlament verabschiedet wurde, werden die Normen, die jede Schule einhalten muss, die Verfahren, die umgesetzt werden müssen, und die Qualifizierungen, die Lehrer vorweisen müssen, festgelegt. Eltern, Politiker, Planer und Entscheidungsträger eint die Überzeugung, dass alle Kinder in die Schule gehen sollen. Indiens erfolgreiche Ausweitung der Zugangsmöglichkeiten zu und Erweiterung der Reichweite von Bildung bringt neue Herausforderungen mit sich, da das Niveau mitunter nicht mehr den gestiegenen Erwartungen gerecht wird.

Indiens Schulen hinken hinterher

Im Zuge von steigenden Schülerzahlen und immer mehr Schülern, die mehrere Schuljahre erfolgreich abschließen, ist auch die Erwartungshaltung heute eine ganz andere. In allen Teilen der Gesellschaft existiert der feste Glaube, dass Bildung diese Generation aus der Armut führen und ihnen eine bessere Lebensgrundlage mit neuen Möglichkeiten bieten wird. Dieser Glaube aber wirft neue Fragen über das Bildungssystem auf. Nun, da generelle Ziele im Hinblick auf das Schulwesen umgesetzt wurden und die meisten Kinder in die Schule gehen, stellt sich die Frage: Lernen die Kinder denn auch? Welcher „Mehrwert“ entsteht mit jedem zusätzlichen Jahr, das ein Kind in der Schule verbringt? Führt dies tatsächlich zu mehr Wissen, mehr Fertigkeiten und insbesondere mehr Möglichkeiten? Was muss verändert werden, um Resultate in Einklang mit den Erwartungen zu bringen?

Schulen liefern nicht die erhofften Ergebnisse. Neue Daten belegen, dass selbst nach fünf Jahren Schule nur etwa die Hälfte aller indischen Kinder das Niveau in Lesen und Rechnen erworben hat, das nach zwei oder drei Jahren zu erwarten ist.¹ (Ganz ähnlich ist die Lage in Ländern wie Pakistan und Teilen von Ost- und Westafrika.²)

Die Hauptursachen dieses Lerndefizits sind in den Familien und den Schulen zu finden. Etwa 50 % aller Kinder, die in ländliche Schulen gehen, haben Mütter mit wenig bis keiner Ausbildung, die somit nur wenig aktiv dazu beitragen können, den Lernprozess zu Hause fortzusetzen. Ferner könnte es Eltern mit niedrigem Bildungsniveau mitunter schwerfallen, zu beurteilen, ob

1 Siehe Annual Status of Education Reports (ASER) von 2005 bis 2014, abrufbar unter www.asercentre.org. Diese Berichte werden für jeden ländlichen Bezirk in Indien erstellt und beinhalten eine Momentaufnahme einer repräsentativen Stichprobe von Kindern (im Alter zwischen 3 und 16) aus dem ganzen Land. Die jährliche ASER-Studie erfasst jedes Jahr im Durchschnitt 560 Bezirke und 650.000 Kinder in mehr als 16.000 Dörfern in Indien.

2 Siehe palnetwork.org für weitere Informationen zum Uwezo-Bericht aus Ostafrika und ähnlichen bürgerorientierten Beurteilungen aus anderen Teilen der Welt. ASER Pakistan liefert ähnliche Informationen wie der ASER-Bericht aus Indien.

ein Kind Fortschritte macht oder nicht. Auch haben sie u. U. nicht das nötige Selbstvertrauen, um mit den Lehrern darüber zu sprechen. Oft nehmen sie an, dass der Schulbesuch automatisch zu Lernerfolgen führen wird, ohne sich dabei bewusst zu sein, dass manchmal zusätzliche Anstrengungen vonnöten sind. Die starre Struktur von Indiens Schulen ermöglicht es Kindern, zurückzufallen. Von den Lehrern wird erwartet, am Lehrplan und an Schulbüchern jeder Jahrgangsstufe festzuhalten, wodurch ihnen nur wenig Zeit bleibt, Kindern zu helfen, die nicht mehr mitkommen.

Bis vor Kurzem gab es in frühen Jahrgangsstufen nur wenige Leistungskontrollen, mithilfe derer überprüft wurde, wer zurückfällt. Auch gab es keine organisierten oder systematischen Abhilfen innerhalb des Schulsystems (weder staatlich noch privat), um ihnen zu helfen. Infolgedessen ist die Grundbildung (Lesen und Rechnen) im Allgemeinen niedrig, selbst dann, wenn die Grundschule komplett durchlaufen wurde. Noch beunruhigender ist die schwache Lernentwicklung – erlernt ein Kind nicht bereits früh grundlegende Fertigkeiten, ist es unwahrscheinlich, dass es sich diese zu einem späteren Zeitpunkt der Schulkarriere aneignet.

Indiens Right to Education Act sichert jedem Kind eine Schulausbildung von acht Jahren zu. Am Ende dieser acht Jahre jedoch ist das Fundament, auf dem weitere Fertigkeiten, weiterführende Ausbildungen und eben auch das eigene Leben aufbauen sollen, noch immer recht schwach.

Indien sieht sich heute der großen Herausforderung gegenüber, seine Bildungspolitik über die Infrastruktur und Vorgaben, Aufnahmen und Aufwendungen hinaus auszuweiten und fundamentale Fragen im Hinblick auf Weitsicht und Implementierung anzugehen. Viele Entscheidungen müssen getroffen und Alternativen abgewogen werden, z. B. ob Indien die Exzellenzförderung einiger weniger auf Kosten der Chancengleichheit für alle vorantreiben soll. Sollte das Bildungssystem akademisch sein und sich nach den wenigen richten, die es an die Universität schaffen, oder sollte es die große Mehrheit auf das wahre Leben vorbereiten? Welche Rolle sollten technische und berufliche Kompetenzen spielen? Wie viel Platz sollte Innovation und Unternehmungsgeist im Rahmen der Grundbildung eingeräumt werden? Sollte das System zentralisiert oder dezentralisiert sein? Wie kann relevante und bezahlbare Bildung schon heute zur Verfügung gestellt und gleichzeitig eine Grundlage für die Bildung von morgen geschaffen werden?

Bildung für die Jugend

Was will Indien? Was braucht Indien? Erstens, ohne ein starkes Fundament, das bereits in den ersten Schuljahren gelegt wird, können Schüler später nur wenige Fortschritte erzielen. Indien muss sicherstellen, dass Kinder nach Beendigung von fünf Jahren Schule grundlegende Texte lesen und verstehen können, darüber sprechen können, was sie gelesen haben, und ihre Meinung dazu ausdrücken können. Sie sollten in der Lage sein, grundlegende Rechnungen auszuführen und grundlegende auf Logik basierende Probleme zu lösen. Noch wichtiger ist, dass Kinder in der Lage sein sollten, Fragen zu stellen, und Vertrauen in ihre Lernfähigkeit haben sollten.

Zweitens, sind dies die obersten Prioritäten des Bildungssystems, muss die Struktur und Funktionsweise von Schulen von Grund auf umgestaltet werden.

Drittens muss rasch und nachhaltig gehandelt werden. Es gibt in Indien viele Diskussionen über das Potenzial des rasant wachsenden Anteils an Jugendlichen in der Bevölkerung und die Möglichkeit, die Vorteile einer „demografischen Dividende“ zu nutzen. Laut der letzter Volkszählung aus dem Jahr 2011 entfallen auf jede einzelne Jahrgangsstufe zwischen 5 und 16 ungefähr 25 Millionen Menschen. Heute gibt es fast 100 Millionen Kinder in den Jahrgangsstufen zwischen drei und sechs. Falls sich Indien nicht schnell darum kümmert, dass diese Gruppe grundlegende Fertigkeiten erlernt, wird sie nicht viel zur Wirtschaft und Gesellschaft des Landes beitragen können, wenn ihre Mitglieder in das Alter kommen, in dem sie auf den Arbeitsmarkt drängen, Familien gründen und Teil der Gemeinschaft werden.

Was Indien möchte, ist, dass jedes Kind eine bessere Zukunft und mehr Möglichkeiten hat als seine Eltern. Was Indien braucht, ist die Fähigkeit, Kindern die notwendigen Fertigkeiten zu vermitteln, damit dieser Traum in den nächsten Jahren Wirklichkeit wird.

Die Schulglocke kann im ganzen Dorf gehört werden. Die Nachzügler, die etwas auf dem Weg trödelten, beginnen zu rennen. Die Kinder drängen in die Klassenzimmer und bereiten sich auf den Schultag vor. Wir hoffen, dass sie jede Unterrichtsstunde näher an ein besseres Leben bringen wird.

**INDIENS
WIRTSCHAFT UND
GESELLSCHAFT**

Bibek Debroy
Was wollen Indiens Bürger?

5

Wie die Parlamentswahlen von 2014 aufzeigten, stehen für den indischen Wähler v. a. die Themen Entwicklung, Regierungsführung und Korruption im Mittelpunkt – obgleich es natürlich in einem solch großen und vielseitigen Land starke Unterschiede gibt. Was Indiens Bürger wollen, ist demnach davon abhängig, wo sie wohnen. Die meisten Teile Indiens sind von Wachstum und Entwicklung nur wenig betroffen. Von 676 Bezirken sind etwa 125 noch immer benachteiligt – ganz gleich, welches Kriterium herangezogen wird. Gleiches gilt für etwa 100.000 der 600.000 Dörfer des Landes.

Um diese Kluft zu verstehen, ist der Gegensatz zwischen Stadt und Land kein ausreichendes Erklärungsmodell. In der Volkszählung 2011 wurden 72 % der Bevölkerung als ländlich und 28 % als städtisch eingestuft. Diese Kategorisierung aber verschleiert, dass zwischen 2001 und 2011 ein Großteil der Urbanisierung in sogenannten „census towns“ stattfand, d. h. der Teil Indiens, der zwischen Land und Stadt liegt. Diese Städte haben die ländliche Verwaltungsstruktur von *panchayats* (Entscheidungsgremien auf Dorfebene) überschritten, sind aber noch keine Gemeinden.

Indien in Hinblick auf die Verwaltungsgrenzen der Bundesstaaten zu unterteilen, ist für die Einschätzung von Entwicklung und Benachteiligung ebenso irreführend. Für gewöhnlich werden manche Bundesstaaten als rückständig angesehen – z. B. Bihar, Jharkhand, Chhattisgarh, Madhya Pradesh, Rajasthan, Uttar Pradesh und Uttarakhand – und andere als relativ fortschrittlich. Seit 2000 aber macht sich auch in einigen dieser historisch rückständigen Bundesstaaten ein schnelleres Wachstum bemerkbar, obgleich das grundlegende Entwicklungsniveau niedrig bleibt. Mit anderen Worten:

Sie haben aufgeholt. Die Grenzen von Bundesstaaten können gleichermaßen irreführend sein, da es Unterschiede innerhalb eines Bundesstaates gibt.

Seitdem 1991 Reformen zur wirtschaftlichen Liberalisierung begannen, zeichnete sich die wirtschaftliche Geografie mehr und mehr durch die zunehmende Integration von Distrikten und Dörfern aus. Auch erweiterte sich der Entwicklungsradius. Viele sprechen von einer „integrativen Entwicklung“, die Gleichheit bei der Verteilung von Erträgen, darunter Einkommensmuster, akzentuiert. (Es sei darauf hingewiesen, dass Indiens Gini-Koeffizient von Ungleichverteilung von Einkommen aufgrund von Datenproblemen mit 0,4 nicht sonderlich hoch ist.)

Doch während Ungleichheit als ein relatives Konzept gilt, wird Armut oftmals als absolut angesehen. Gibt es Wachstum und Entwicklung, sinkt Armut. Auch sind Armut und Ungleichheit dynamische Konzepte: Sie ändern sich mit der Zeit. Gibt es Wachstum und sinkt Armut und herrscht der Gedanke, dass Nachkommen ein besseres Leben haben werden, rücken Ängste vor Ungleichheit in den Hintergrund.

Die Notwendigkeit von Dezentralisierung und Reform

Wichtiger ist die Frage, warum manche Menschen arm sind. Meistens liegt es am fehlenden Zugang zu physischer Infrastruktur (Verkehrsmittel, Wasser, Strom), sozialer Infrastruktur (Bildung, Fertigkeiten, Gesundheit), finanziellen Produkten, natürlichen Ressourcen, Technologie, Informationstechnologie, Märkten und zum Rechtssystem. Etwa 100.000 Dörfer in Indien haben eine Einwohnerzahl von unter 500. Es ist schwer, dort Güter und Dienstleistungen bereitzustellen, da die Lieferkosten sehr viel höher sind.

Für jede Regierung sollte es Priorität haben, die Bereitstellung dieser Güter und Dienstleistungen zu gewährleisten. Dies obliegt der gemeinsamen Verantwortung von subnationalen Regierungen und zentraler Regierung. Indien ist ein föderales Land (aus technischen Gründen allerdings wird das Wort „föderal“ nicht in der Verfassung verwendet). Im Mai 2014 wurde in Neu-Delhi eine neue Zentral- oder Unionsregierung gebildet. Viele Veränderungen können jedoch nur von den Bundesstaaten umgesetzt werden (gemäß der Verfassung sind die meisten Faktormärkte in der State oder Concurrent List – d. h. Bundesstaaten haben die Befugnis, entsprechende Rechtsvorschriften zu erlassen). Die meisten öffentlichen Güter und Dienstleistungen werden von lokalen Gremien bereitgestellt (Dörfer und

Gemeinden). Historisch gesehen ist Indien zu zentralisiert. Dezentralisierung und Befugnisübertragung an die Bundesstaaten, auch im fiskalischen Bereich, sind wünschenswert und haben bereits begonnen. Zum Beispiel werden Boden- und Arbeitsrecht vornehmlich auf Bundesstaatsebene reformiert werden. Soweit die zentralstaatliche Gesetzgebung involviert ist, muss jede Reform ihren Weg durch den demokratischen Prozess des Parlaments bahnen.

Noch wichtiger ist, dass diese Güter und Dienstleistungen finanziert werden müssen. Es gibt einen eindeutigen Bedarf, Befreiungen abzuschaffen und Subventionen zu reformieren – sowohl für den Konsum als auch die Produktion. Indien hat ein weiterhin ausstehendes Programm zur Reformierung der direkten und indirekten Besteuerung. Eine steuerliche Vereinfachung ist in beiden Fällen ohne die Abschaffung von Befreiungen unmöglich. Die Steuerquote im Verhältnis zum BIP liegt bei Berücksichtigung von sowohl der zentralen Regierung als auch der Bundesstaatsregierungen bei etwa 18 %. Explizite und implizite Subventionen machen 14 % des BIP aus. Dies ist nicht aufrechtzuerhalten. Zudem machen Steuerbefreiungen insgesamt mehr als 5 % des BIP aus. Viel wurde bereits über die Goods and Services Tax (GST) geschrieben, die am 1. April 2017 in Kraft treten soll. Dies ist nur der Beginn eines Prozesses, im Zuge dessen die indirekten Steuern reformiert werden sollen. Ein Prozess, der mehr als 10 Jahre dauern wird. Regierungen auf allen Ebenen fehlt es jedoch an Verwaltungs- und Steuerungskapazitäten, um die notwendigen Reformen voranzutreiben.

Indien sollte sich aus diesem Grund drei Dingen widmen. Erstens, wenn es keine klaren Anzeichen von Marktversagen gibt, müssen Regierungen (auf allen drei Ebenen) den Zugang liberalisieren und Märkten ermöglichen, zu gedeihen. Dies bedeutet nicht, Regulierung außen vor zu lassen, aber Regulierung sollte keine Entschuldigung für übermäßige staatliche Kontrolle sein. Diese Liberalisierung könnte so interpretiert werden, dass die unheilvolle Rolle der Regierung reduziert werden soll. Einige Initiativen der neuen Zentralregierung können durchaus in diesem Kontext gesehen werden, obgleich manche Bereiche auch den Bundesstaaten obliegen, sodass es notwendig sein wird, Anreize zu finden, um Bundesstaaten zum Handeln zu bewegen. Dies bedeutet aber nicht, ausschließlich die ausländische Direktinvestition (FDI) zu liberalisieren. Ja, die FDI ist wichtig, aber nur als Instrument für Effizienzsteigerungen, nicht als endgültige Lösung. Die Reformierung der indischen Wirtschaft ist sehr viel vielfältiger. Auch profitiert nicht nur die unternehmerische Fertigungsindustrie von der Liberalisierung.

Minderung von Armut und Schaffung von Arbeitsplätzen ist ebenso von der Art des Wachstums abhängig. Für beides ist eine Reform der ländlichen Wirtschaft unerlässlich.

Zweitens muss die Regierung Subventionen kürzen. Ressourcen, die für Subventionen verwendet werden, können nicht in öffentliche Güter und Dienstleistungen investiert werden. Indien wird oft als junge Gesellschaft beschrieben, jedoch wird sich das Fenster des demografischen Wandels schon bald nach 2035 wieder schließen. Die Jugend, besonders in Dörfern, die in den Mainstream integriert wurden, und in Städten sowie halburbanen Gebieten Indiens, ist sich der Abwägung „Zuwendungen kontra Entwicklung“ bewusst. Auch wenn es nicht zu stark vereinfacht werden sollte und es sicherlich Gegenden gibt, in denen sich die Einstellungen geändert haben, war die Tatsache, dass ökonomische Entwicklung Zuwendungen vorgezogen werden, sicherlich einer der Gründe für den Wahlerfolg der indischen Volkspartei (Bharatiya Janata Party, BJP) 2014.

Drittens kann die Regierung auch eine positive Rolle spielen, da in der Zwischenzeit einige arme Leute, die hinreichend identifiziert wurden, auch weiterhin Subventionen benötigen werden.

Indien muss sich darüber hinaus mit fünf weiteren Themen auseinandersetzen. Erstens kann das Land nicht florieren, solange sich die östlichen und nordöstlichen Regionen nicht entwickeln. Daran knüpft ebenso die wirtschaftliche Anbindung Indiens an seine Nachbarn sowie der notwendige Bau von Verkehrsnetzen an. Zweitens sind Defizite hinsichtlich des Qualifikationsniveaus von Arbeitskräften ein großes Hemmnis, nicht nur für die Löhne, sondern auch für das Unternehmertum. Drittens muss die Erwerbsquote von Frauen, die aufgrund verschiedener Umstände niedrig ist, steigen. Viertens muss eine Entwicklung favorisiert werden, die die Umwelt nicht gefährdet. Umweltschutz ist nicht selten ein Weg, angemessene Preise festzulegen und öffentliche Eigentumsrechte zu dezentralisieren. Fünftens ist Korruption ein zentrales Thema, das sich, wie zu Beginn des Kapitels aufgezeigt, über mehrere Ebenen erstreckt. Einige Arten von Korruption können eingegrenzt werden, indem Engpässe beseitigt werden, der Ermessensspielraum von Beamten reduziert wird und Informationstechnologie für den Austausch mit Übersee verwendet wird.

Wahl fördert Effizienz

Ich habe noch nicht die offensichtlichsten Indikatoren wie Wachstum und Inflation erwähnt, da größeres Wachstum und niedrigere Inflation direkte Folgen der hier erwähnten Reformen sind. Unabhängig davon, ob die neue oder alte BIP-Berechnungsmethode herangezogen wird, haben sich die Wachstumswahlen verbessert. Unabhängig davon, welcher Indikator herangezogen wird, ist die Inflationsrate gesunken. Auch andere Indikatoren beweisen, dass Erwartungen unverhältnismäßig hoch sind. Da das Erbe von mehr als sechs Jahrzehnten zur Debatte steht, kann allerdings nicht davon ausgegangen werden, dass sich alle Erfolge innerhalb nur eines Jahres einstellen – vielmehr wird es länger als 10 Jahre dauern.

Diese Regierung hat ein Projekt lanciert, um Arme ohne zwischengeschaltete Verwaltungsinstanzen individuell zu identifizieren und ihre Einbindung in das Finanzsystem zu garantieren, indem sie ihnen zu Bankkonten verhilft, auf die sie Subventionen direkt überweist. Das heißt, dass selbst bei Notwendigkeit von Subventionen diese staatlich finanziert sind und die Regierung folglich nicht als bloßer Dienstleister fungiert. Diese drei Aspekte sind Teil der Philosophie der neuen Regierung, die mal mehr, mal weniger deutlich zum Ausdruck kommt. Die Idee ist, dass Wahl Effizienz fördert. Warum muss Gesundheitsversorgung durch primäre Gesundheitszentren erfolgen, die nicht gut funktionieren? Warum können Arme keine subventionierte und bargeldlose medizinische Versorgung in einer Einrichtung ihrer Wahl, einschließlich privater Krankenhäuser, erhalten?

Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass politische und wirtschaftliche Faktoren ins Spiel kommen, die sich als Hürden erweisen, und dass Veränderungen oft auf Bundesstaatsebene stattfinden. Von daher liegt ein langer Weg vor Indien. Wandel wird sich nicht von heute auf morgen einstellen. Der Silberstreif am Horizont aber ist, dass viele junge Inder das Gleiche wollen, wie die Regierung in Neu-Delhi.

Gurcharan Das

Kann Modi eine gute Staatsführung gewährleisten?

6

Indiens bemerkenswerter wirtschaftlicher Aufstieg über die letzten Jahrzehnte führte mehrere zehn Millionen Menschen aus der bitteren Armut und schuf eine solide Mittelschicht. Es ist aber auch eine Geschichte von privatem Erfolg und öffentlichen Verfehlungen. In der Tat breitet sich im ganzen Land Wohlstand aus und dies trotz einer zum Teil katastrophalen Staatsführung. Indien verzweifelt an der Unfähigkeit des Staates, selbst grundlegendste öffentliche Dienstleistung zur Verfügung zu stellen: Recht und Ordnung, Bildung, Gesundheit und sauberes Wasser. Indien benötigt dringend ehrliche Polizisten, gewissenhafte Beamte, Richter, die zügig Recht sprechen, funktionierende Schulen und effiziente primäre Gesundheitszentren. Dort, wo er am meisten gebraucht wird, ist der indische Staat quasi komplett abwesend. Dort, wo er nicht gebraucht wird, ist er hyperaktiv und belastet die Bürger mit exzessiver Bürokratie.

Wenn ich so auf die 68-jährige Geschichte seit unserer Unabhängigkeit zurückblicke, kann ich drei große Meilensteine ausmachen: Im August 1947 gewann Indien seine politische Freiheit, im Juli 1991 seine wirtschaftliche Freiheit und mit der Wahl von Narendra Modi im Mai 2014 die aufkommende Mittelschicht an Würde. Der Erdrutschsieg Modis, Selfmademan und Sohn eines *chaiwalla* (Teeverkäufers), brachte uns dazu, unser Konzept von

menschlicher Würde zu erweitern und unsere Vorurteile zu hinterfragen. Modis Erfolg bekräftigte auch, zum ersten Mal in der Geschichte Indiens überhaupt, die Ambitionen von Millionen, die sich selbst in den Jahren nach den Reformen von 1991 in die Mittelschicht hochgearbeitet haben. Er brachte uns dazu, unsere Voreingenommenheit gegenüber Kleinbürgern infrage zu stellen – *kiranawalla* (Ladenbesitzer), *paanwalla* (Paan-Verkäufer), *auto-rickshawalla* (Rikscha-Fahrer) – und anderen Straßenhändlern. Die Idee, dass jeder Teil der Mittelschicht werden kann, ist der neue Leitgedanke unserer Gesellschaft. Aus dieser ungeduldigen Klasse speist sich auch die Hoffnung auf eine Reform der Staatsführung.

Indiens „Bottom-up“-Erfolg

Ich wuchs in der idealistischen Zeit nach der Unabhängigkeit auf, als wir an den Traum Jawaharlal Nehrus von einem modernen, gerechten Indien glaubten. Wir waren damals alle Sozialisten. Im Laufe der Jahre allerdings bemerkten wir, dass Nehrus „Mischwirtschaft“ in eine Sackgasse führte. Anstelle von Sozialismus bekamen wir Etatismus, den wir höhnisch „Lizenz Raj“ nannten. Die Reformen von 1991 setzten den Qualen schließlich ein Ende. Seit diesem Zeitpunkt ging es für Indien nur noch bergauf – angetrieben von zwei Freiheitsidealen: Demokratie und freien Märkten. Auch wenn Nehru die Grundlage für unsere dynamische Demokratie schuf, breitete sich Wohlstand erst aus, als Nehrus übermäßig regulierender Staat zur Seite trat.

Niemand versteht wirklich, wie Indiens laute, chaotische Demokratie mit 1,25 Milliarden Menschen zu einer der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Erde wurde. Schließlich haben etwa 60 Länder die gleichen Reformen wie Indien umgesetzt. Ganz offensichtlich brach nach 1991 aufgestaute Energie heraus. Niemand aber konnte erahnen, dass indische Unternehmer die Reformen so gut aufnehmen und dadurch Dutzende innovative Vollblutunternehmen entstehen würden, die sich dem harten Konkurrenzkampf zu Hause stellen und innerhalb kürzester Zeit auf globaler Bühne tätig sein würden. Der Aufstieg Indiens ist auch ihre Geschichte.

Indien ist ein „Bottom-up“-Erfolg. Ein Erfolg, der sich trotz des Staates einstellte. Anders als Chinas „Top-down“-Triumph, der von der technokratischen Elite eines autoritären Staates inszeniert wurde. Das hartnäckige Festhalten an Demokratie über die letzten 68 Jahre ist

sogar noch merkwürdiger. Immer wieder zeigte sich Indien stabil und ausdauernd – womit es dem alten Vorurteil, Arme wären nicht in der Lage, genügend Selbstdisziplin und Nüchternheit aufzubringen, die für eine Selbstverwaltung notwendig sind, Lügen strafe.

Indiens Aufstieg ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Auch wenn es sich zu einer Volkswirtschaft mit mittlerem Einkommensniveau aufgeschwungen hat, muss das Land über wirtschaftliche Reformen und umgestaltete Regierungsinstitutionen hinausgehen, falls es wirklich zu einem „entwickelten Land“ werden und der von Ökonomen sogenannten „middle-income trap“ entgehen möchte. Während es ein vorhersehbares und transparentes Klima für Geschäfte schafft, wird Indien seine Bürokratie, Polizei und Justiz modernisieren und die Qualität der staatlichen Dienstleistungen – insbesondere braucht es mehr gewissenhafte Lehrer und Gesundheitsfachkräfte – verbessern müssen.

Generell wünschen sich Menschen aus dem linken Spektrum einen großen Staat und Menschen aus dem rechten Spektrum einen kleinen. Indien aber braucht einen effektiven Staat, der eine größere Handlungsfähigkeit verspricht. Wir scheinen vergessen zu haben, dass der Staat dafür geschaffen wurde, zu handeln: Es sollte nicht acht Jahre dauern, eine Straße zu bauen, wenn es woanders drei Jahre dauert; es sollte nicht zwölf Jahre dauern, Recht zu sprechen, wenn es woanders zwei Jahre dauert. Im Herzen kommt es zu einer parlamentarischen Blockade, Gerichte geben der Exekutive den Kurs vor. Eine aggressive Zivilgesellschaft und die Medien haben zwar eine verstärkte Rechenschaftspflicht, allerdings auf Kosten der Schwächung einer bereits schwachen Exekutive mit begrenzter Kapazität.

Ein schwacher Staat, aber eine starke Gesellschaft

Allerdings ist es ein Fehler, zu glauben, dass der indische Staat in letzter Zeit durch Koalitionsregierungen, inkonsequenter Führung und wirtschaftliche Liberalisierung geschwächt wurde. Indien hat historisch gesehen einen schwachen Staat, der allerdings von einer starken Gesellschaft im Gleichgewicht gehalten wird – genau das Gegenteil von China. Indiens Geschichte ist gekennzeichnet von politischer Uneinigkeit gepaart mit kontinuierlichen Konflikten zwischen Königreichen – anders als Chinas von starken Imperien dominierte Geschichte. Die Art von despotischen und intrusiven Regierungen, die China hervorbrachte und die den Menschen ihr Eigentum und ihrer Rechte beraubte, hat in Indien niemals existiert.

Der König war in der indischen Geschichte eine Randfigur und kam selten mit dem Leben eines normalen Bürgers in Kontakt. Das Gesetz, *dharma*, ging dem Staat voraus und beschränkte die Macht des Königs im vormodernen Indien. Anders als in China legte der König auch nicht das Gesetz aus; vielmehr übernahm der *Brahmane* aus der Kaste der Priester und Gelehrten diese Funktion. Die Gewaltenteilung hat zwar u. U. zu einem schwachen indischen Staat bei seiner Geburt beigetragen, verhinderte aber auch Unterdrückung.

Der moderne indische Staat ist ein Produkt der britischen Herrschaft, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts begann und dem Land eine Rechtsstaatlichkeit mit Gesetzbüchern und Bestimmungen auferlegte. Auch wenn der Staat effektiv arbeitete, war er seinen Bürgern keine Rechenschaft schuldig. Dies änderte sich 1947, als das unabhängige Indien auf dem Weg hin zu einer dynamischen, wenngleich auch etwas „unaufgeräumten“ Demokratie die Regierungsinstitutionen in die Pflicht nahm. Im 21. Jahrhundert verfolgt Indien getreu seiner Geschichte einen wirtschaftlichen Aufschwung auf Grundlage des „Bottom-up“-Prinzips. Ein moderner liberaler Staat aber braucht sowohl eine starke Exekutive, um aktiv handeln zu können, als auch eine starke Gesellschaft, die den Staat zur Rechenschaft zieht.

Kann Modi einen effizienteren Staat erschaffen?

Viele Inder hoffen, dass sie mit Modi endlich jemanden haben, der die Handlungsfähigkeit des Staates ausbauen kann. Die Reformierung der Staatsinstitutionen jedoch ist schwerer als die Reformierung der Wirtschaft. Modi hat dieses Problem erkannt und versprach „so wenig Regierung wie möglich, so viel Staatsführung wie möglich“.¹ Er gelobte, ein förderliches Umfeld zu schaffen, in dem der Handel abseits von hinderlicher Bürokratie und des berüchtigten „Inspector Raj“ gedeihen kann.

Bislang ließ er Worten keine Taten folgen. Seine Entscheidung, das Land schrittweise zu erneuern, anstatt einen radikalen Wandel herbeizuführen, hat viele seiner Anhänger enttäuscht. Besonders die Fortführung der nachgelagerten Besteuerung hat sein Ansehen untergraben.

Auf der anderen Seite ist es bereits zu einigen institutionellen Veränderungen gekommen. Natürliche Ressourcen, wie Mineralien und Spektrum, werden

¹ Narendra Modi, „Minimum Government, Maximum Governance“, 14. Mai 2014, abrufbar unter <http://www.naren-dramodi.in/minimum-government-maximum-governance-3162>.

nunmehr transparent online versteigert.² Die Kampagne, das Geschäftsklima zu verbessern, verkürzt Berichten zufolge drastisch Abfertigungszeiten und führt zu einem gesunden Wettbewerb zwischen den Staaten. Der Prozess wird auch durch Digitalisierung aller Daten angekurbelt, die im Anschluss auf öffentlichen Websites zur Verfügung gestellt werden. Somit kann jeder herausfinden, welche Datei wo zu finden ist. Die geplante offizielle Rangliste der Bundesstaaten auf Grundlage unterschiedlicher Aspekte der unternehmerischen Tätigkeit wird schon bald die Nachzügler entlarven. Modi hat die zentrale Bürokratie von ihrer Lethargie und Handlungsunfähigkeit befreit.

Die Regierungsinstitutionen zu reformieren, ist aber eine ungleich schwierigere Aufgabe – wie schon einst Margaret Thatcher in ihrer Zeit als Premierministerin Großbritanniens in den 1980ern befand. Wichtiger als ihre Marktreformen war die institutionelle Reform, die der britischen Regierung eine größere Rechenschaftspflicht auferlegte. In Indien sind politischer Wille und politisches Geschick gefragt, um gegen Interessengruppen vorzugehen. Die Art und Weise, wie Modi besonnen die Kontrolle über seine Partei übernahm, lässt vermuten, dass er über dieses Geschick verfügt. Noch aber hat er nicht bewiesen, dass er auch den nötigen Willen hat, Nägel mit Köpfen zu machen.

Da die Forderung nach einer institutionellen Reform wahrscheinlich nicht aus dem Staat selbst kommen wird, ist die Lösung vielleicht in Indiens neu erwachter Mittelschicht zu suchen. Diese Klasse macht heute fast ein Drittel der indischen Bevölkerung aus; zudem drängt ein weiteres Viertel ebenfalls in sie hinein – Modi nennt sie die „Neo-Mittelschicht“. Letztere wird ihr Ziel wahrscheinlich im nächsten Jahrzehnt erreichen, sobald der Wachstumskurs der Wirtschaft wieder bei 8 % liegt. Der Schwerpunkt Indiens ist dabei sich zu verschieben, was auch direkte Auswirkungen auf die Politik hat. Die Antikorruptionsbewegung, die sich 2011, angeführt von der Aktivistin Anna Hazare, im ganzen Land ausbreitete, bewies, dass diese Klasse nicht mehr länger ein politisches Leben akzeptiert, das von den Mächtigen und Bestechlichen diktiert wird. Auch zeigte sie auf, dass sie in der Lage ist, gekonnt soziale Medien einzusetzen, um Wandel herbeizuführen. Sollte Modi eine zweite Amtszeit erhalten, könnte er vielleicht den Ärger der Mittelschicht aufgreifen, um gegen schlechte Staatsführung vorzugehen und Institutionen zu reformieren.

Im Gegensatz zum Westen ist es für den Osten ein Zeitalter steigender Erwartungen. Ganz gleich, ob es Modi nun gelingt, die Staatsführung zu verbessern oder nicht, bleibt der Aufstieg Indiens das prägende Ereignis in meinem Leben. Indiens Entwicklung hin zu einem Land der Mittelschicht ist nicht nur für Indien eine gute Sache, sondern auch für den Rest der Welt – einschließlich des Westens.

Zu einer Zeit, in der der Westen viele Zweifel am kapitalistischen System hegt, entsteht im Osten auf Grundlage von politischer und wirtschaftlicher Freiheit ein neuer Riese, was wieder einmal beweist, dass offene Gesellschaften, freier Handel und Vernetzung mit der globalen Wirtschaft die idealen Voraussetzungen für anhaltenden Wohlstand und nationalen

² „Spektrum“ bezieht sich hier auf den rechtlichen Anspruch, Signale über festgelegte Bereiche oder Bänder des elektromagnetischen Spektrums zu übertragen.

Himanshu Indiens Politik und die Armen

7

In Indien wählen die armen und benachteiligten Kasten verhältnismäßig mehr als die reichen und oberen Kasten und deutlich öfter als solche in entwickelten Demokratien. Ebenso ist die Wahlbeteiligung in ländlichen Gebieten im Allgemeinen höher als in Städten. Nicht alle gewählten Bundesstaatsregierungen verfolgen eine Politik zugunsten der Armen, aber die Armen haben einfach höhere Erwartungen an den Staat als die Reichen. Dieser Glaube der Armen und Ausgegrenzten Indiens in den demokratischen Prozess leitet sich aus ihren Erwartungen an den Staat ab, der gesetzlich dazu verpflichtet ist, allen Bürgern unabhängig der Kaste, der Überzeugung, der Religion und des wirtschaftlichen Status faire Chancen zu bieten und aktiv daran zu arbeiten, Barrieren zu überwinden.

Der Staat ist aber gleichzeitig durch den politischen Prozess der Staatsführung sowie wirtschaftliche und soziale Institutionen beschränkt. Im Gegensatz zu politischen Institutionen spiegeln diese die existierenden Ungleichheiten wider und hängen von den Märkten ab. Das demokratische System erfordert einen bestimmten Grad an Gleichheit in Form eines allgemeinen, von der wirtschaftlichen Stellung unabhängigen Stimmrechts, das den Armen die Möglichkeit einräumt, sich Gehör zu verschaffen. Dies zieht aber nicht zwangsläufig einen Staat nach sich, der sich für Gerechtigkeit und Gleichheit einsetzt. In der Tat können Demokratien von Entwicklungsländern im Vergleich mit nicht demokratischen Ländern wie China keine gute Bilanz aufweisen, was die Armutsbekämpfung anbetrifft.

Teil des Wesens der indischen Politik ist es allerdings, dass Armutsinderung nicht einfach nur als wirtschaftliches Imperativ angesehen wird, sondern als politische Notwendigkeit, die von Volksvertretern umzusetzen ist. Der Staat muss von daher zwischen den unterschiedlichen Institutionen vermitteln, Fairplay durch effiziente Regulierung der Märkte gewährleisten und eine

Transfer- und Steuerpolitik verfolgen, die die Ressourcen von den Reichen auf die Armen umverteilt.

Armut und Ungleichheit nach 1991

Im Rahmen der Wirtschaftspolitik, die Indien nach der Unabhängigkeit verfolgte, übernahm der Staat die Aufgabe, Ressourcen Sektoren und Bundesstaaten zuzuweisen, wodurch er für die Umverteilung zu einem wichtigen Instrument wurde. Seit dem Beginn der Reformen 1991 entwickelte sich der Staat jedoch zu einem bloßen politischen Instrument, während die Zuweisung von Ressourcen und sogar ihre Umverteilung als unmittelbare Folge marktorientierter Politik angesehen wurden. Der Rückzug des Staates von der wichtigen Funktion, wirtschaftliche Erfolge zu steuern, untergrub seine Rolle als Instrument der sozialen Eingliederung. In den letzten Jahren wurde die Kritik an kapitalistischer Vetternwirtschaft immer größer und die Rolle des Staates, Barrieren für Ergebnisgleichheit zu überwinden, immer kleiner.

Im letzten Jahrzehnt jedoch wurde die Politik zugunsten der Armen durch die Anerkennung verschiedener Rechte gestärkt, darunter das Recht auf Bildung, auf Auskunft, auf Ernährungssicherheit (durch den National Food Security Act), auf Arbeit (durch den Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Act) und auf Land (durch den Right to Fair Compensation and Transparency in Land Acquisition, Rehabilitation and Resettlement Act).¹ Während die rechtliche Anerkennung dieser Rechte aufzeigt, dass die Regierung auf die Bedürfnisse der Armen eingeht, müssen diese Entwicklungen im Kontext von Indiens sich immer mehr an freien Märkten orientierter Wirtschaftspolitik gesehen werden.

Der Umstand, dass beide Erscheinungen – steigende Ungleichheit und mehr rechtliche Ansprüche für die Armen – quasi zum gleichen Zeitpunkt aufkamen, spiegelt gut die Stärke der demokratischen Prozesse Indiens wider. Wie auch in anderen Entwicklungsländern sind die Bürger Indiens nicht alle vor dem Markt gleich. Das ungleiche Wesen von Stiftungen und Möglichkeiten, die den Bürgern zur Verfügung stehen, und die Abhängigkeit der Märkte von bestehenden sozialen und politischen Institutionen halten Ungleichheit

1 Das Right to Information und der Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Act (MGNREGA) wurden 2005, gleich nachdem die United Progressive Alliance (UPA) an die Macht kam, verabschiedet. Der Right to Fair Compensation and Transparency in Land Acquisition, Rehabilitation and Resettlement Act (2013), der Right to Education Act (2009) und der National Food Security Act (2013) wurden während der zweiten Amtszeit der UPA verabschiedet.

aufrecht. Die durch Demokratie erzeugte öffentliche Debatte bedingt jedoch, dass der Staat auch weiterhin auf Forderungen nach Umverteilung eingehen muss.

Der Aufstieg des Populismus

Regierungen, die eine armenfreundliche Politik verfolgten, feierten in Indien in den letzten Jahren immer größere Erfolge.

Als „populistisch“ bezeichnete Parteien konkurrierten nicht nur in der Zentralregierung darum, ärmeren Teilen der Bevölkerung eine Grundversorgung zuzusichern, sondern auch in Bundesstaatsregierungen. Und obgleich dies dazu führte, dass mehr Menschen am Wirtschaftsleben teilnahmen, besonders Benachteiligte, handelt es sich eher um eine politische Reaktion auf die Symptome von Ungleichheit als denn um eine Lösung. Das grundsätzliche Wesen von Indiens Wirtschaftssystem, das Ungleichheit eher verfestigt als abbaut, wurde weder vom Staat noch von den politischen Parteien infrage gestellt.

Umverteilungsprogramme sind nicht genug. Während Ungleichheiten, die auf unterschiedlichen ursprünglichen Stiftungen fußen, sicherlich mitverantwortlich dafür sind, wie Arme an der Wirtschaft teilnehmen, wird die Chancenungleichheit aufgrund von beispielsweise Geschlecht, Kaste und Religion von politischen, sozialen und kulturellen Institutionen befördert, die die Armen marginalisieren und von wirtschaftlichen Prozessen ausschließen. Besonders bedeutend sind Ungleichheiten im Hinblick auf Zugang zu Bildung und Nahrungsmitteln und wie diese von sozialen Strukturen beeinflusst werden.² Die mangelnde soziale Mobilität in Haushalten von benachteiligten vorbestimmten Kasten und vorbestimmten Stämmen sowie Muslimen ist auch weiterhin ein Hindernis für ihre Eingliederung in die Gesellschaft. Um dieses Problem anzugehen, muss die Regierung nicht nur die Märkte regulieren, sondern sich politisch für Säkularismus, Gleichstellung und positive Diskriminierung in den Bereichen Bildung und Besetzung öffentlicher Stellen engagieren.

Aber genau hier ist das Engagement der armen und marginalisierten

² 2011–2012 beispielsweise wiesen in ländlichen Gebieten die vorbestimmten Stämme (Schedule Tribes, STs) (43 %) gefolgt von den vorbestimmten Kasten (Scheduled Castes, SCs) (29 %) die höchste Arbeitslosigkeit auf (für alle Klassen lag die Quote bei 22 %). Dies gilt auch für religiöse Minderheiten, wie der Bericht des Prime Minister's High Level Committee über die sozioökonomischen Lebensbedingungen von Muslimen in Indien aufzeigte (Sachar Committee, PMHLC, 2006). Ebenso ist die Sterblichkeitsquote bei Kindern unter fünf Jahren in STs (96 von 1.000), SCs (88 von 1.000), „Other Backward Castes“ (OBCs) (73 von 1.000) und „Anderen“ (59 von 1.000) am höchsten. Dies bestätigt sich auch im Hinblick auf das Gefälle zwischen Jungen und Mädchen: Die Sterblichkeitsquote von Mädchen unter fünf Jahren liegt bei 79 von 1.000, von Jungen bei 69 von 1.000.

Gemeinschaften innerhalb des politischen Prozesses ein zweischneidiges Schwert. Das Aufkommen von kasten- und religionsorientierter Politik ebnete nicht nur gestiegenen Ansprüchen und Forderungen nach Eingliederung seitens benachteiligter Kasten den Weg, sondern ermöglichte ebenso Interessengruppen, die politischen Prozesse zu instrumentalisieren.³ Der Aufstieg von rückständigen Kastenbewegungen – und ihre zunehmende Repräsentation in politischen Institutionen – hatte keinen Einfluss auf grundlegende Strukturen von Unterdrückung von Kasten und Klassen oder die Organisationsform der wirtschaftlichen Produktion. Gleichzeitig führte die Diskrepanz zwischen dem Prozess der politischen Teilhabe und dem Prozess der wirtschaftlichen Teilhabe zu einer Schwächung des Staates als Vermittler und regulierende Kraft der wirtschaftlichen Institutionen.

Ein bedauerliches Ergebnis, das daraus resultiert, ist die Tatsache, dass der Prozess der wirtschaftlichen Teilhabe nicht nur als marktwirtschaftsfeindlich angesehen wird, sondern zunehmend als „populistisch“ – was wiederum impliziert, dass es auf politischem Opportunismus basiert.⁴ Wirtschaftliche Indikatoren bezüglich Wachstum und Ungleichheit der letzten Jahre deuten stark auf die schwindende Autorität des Staates als Moderator von Wirtschaftswachstum oder als Instrument der Umverteilung hin. Zurückzuführen ist dies nicht nur darauf, dass Themen wie Umverteilung für die Zentralregierung keine Priorität genießen, sondern auch darauf, dass neoliberale Ideologien die Fähigkeit des Staates begrenzen, im Sinne von größeren sozialen Erfolgen einzuschreiten. Obgleich vieles mit den Veränderungen der Innenpolitik zu tun hat, spielt auch das Wesen von Finanzströmen innerhalb einer globalisierten Welt eine Rolle.

Den Staat zurückgewinnen

In Indien, wie auch in Europa, wird die Fähigkeit der nationalen Regierung, marginalisierten und ausgegrenzten Teilen der Gesellschaft Zuschüsse zukommen zu lassen, mehr und mehr durch das Ausmaß an fiskalischer **Disziplin** bestimmt, die sie ihrem Staatshaushalt auferlegt. In Europa

³ Ein interessanter Fall war die Forderung verschiedener Kastengruppen wie *Gujjars*, *Jats* und *Patels* nach Eingliederung in vorbestimmte Kategorien. Die vorherigen UPA-Regierung entschied sich diesbezüglich, sie in die OBC-Gruppen aufzunehmen, was später vom Supreme Court revidiert wurde. Dies hat aber den Staat nicht davon abgehalten, den Quotenstatus als Verhandlungsinstrument einzusetzen, um Missverhältnissen zwischen Kastengruppen zu begegnen.

⁴ Ein gutes Beispiel dafür ist der National Food Security Act, der mit der Begründung kritisiert wurde, er würde Verzerrungen der Agrarmärkte mit sich bringen. Ähnlich verhält es sich mit dem MGNREGA. Das Argument war, dass solche Versuche, Beschäftigung durch öffentliche Mittel zu fördern, den Arbeitsmarkt stören und zu ineffizienten Ergebnissen führen. Beim Widerstand gegen Reservierungen für benachteiligte Kastengruppen wurde moniert, dass Verdienste im Namen von sozialer Gerechtigkeit geopfert würden. Obgleich die kritischen Stimmen nicht dazu führten, die Eingriffe zu verwässern, ließen sie die Eingriffe ineffizient und als Beispiele für politischen Opportunismus erscheinen.

haben nationale Regierungen grundlegende Aufwendungen für den sozialen Sektor gekürzt, um verschwenderisch und unverantwortlich agierende Finanzinstitutionen zu retten. Die indische Regierung behalf sich einer ganz ähnlichen Logik, als sie unverantwortliche private Unternehmen wie Satyam (2009), Kingfisher (2012) und andere zulasten der Staatskasse rettete und dabei versuchte, Kürzungen von öffentlichen Geldern für Gesundheit und Bildung zu erklären. Da sich Regierungen aber noch immer gegenüber dem Volk verantworten müssen, übte die steigende Ungleichheit in beiden Fällen hohen Druck auf die Regierung aus, Umverteilungsmaßnahmen zu initiieren.

In Indien nahm diese Reaktion auf steigende Ungleichheit sowohl demokratische Formen (z. B. durch die landesweite Protestbewegung gegen Korruption 2011) als auch gewaltsame Formen (durch die naxalitische kommunistische Guerilla-Bewegung, die in den meisten Bundesstaaten aktiv ist) an. Nationalregierung und Bundesstaatsregierungen reagierten im Gegenzug ganz unterschiedlich auf die Proteste. Der letzte Schachzug des indischen Staates, grundlegende Rechte und Ansprüche, wie Nahrungsmittel, Bildung, Lebensunterhalt und Gesundheitsfürsorge zu garantieren, wird vielleicht dazu beitragen können, Ungleichheiten, die politische Stabilität und nachhaltiges Wirtschaftswachstum bedrohen, zu reduzieren.

Es gibt jedoch eine wachsende Anhängerschaft der Mittelschicht, die die Durchsetzung dieser Rechte als Zuwendungen, oder „Doles“, sehen und deswegen als nicht nachhaltig. Dies hängt größtenteils damit zusammen, dass Zivilgesellschaft und politische Parteien diese Forderungen auch weiterhin als Teil einer Umverteilungsagenda behandeln, und nicht etwa als eine Veränderung der Struktur der Wirtschaft selbst. Unglücklicherweise führte dies zu einer wachsenden Polarisierung und Fragmentierung der Gesellschaft, die sich durch alle Kasten, Klassen und Religionen ziehen.

Für die Armen und Ausgegrenzten geht es in einer Demokratie nicht nur um unabhängiges Stimmrecht und Teilhabe am Wahlprozess, sondern auch darum, den Staat zurückzugewinnen. Ihre immer größer werdende Beteiligung hat den demokratischen Prozess in Indien selbst gestärkt, obgleich es für eine Bewertung, wie erfolgreich die Bekämpfung von Ungleichheit und Voreingenommenheit von wirtschaftlichen und sozialen Institutionen waren, noch zu früh ist. Für die Armen und Ausgegrenzten wird Demokratie wie „Hobsons Wahl“ präsentiert – entweder diese oder keine.

Samir Saran & Vivan Sharan

Die falsche Debatte über Indiens Energieverbrauch

8

Ogleich Indien über die größten Steinkohlevorkommen der Welt verfügt, liegt das Land mit Blick auf den Konsum weit zurück – bei etwa einem Fünftel des Niveaus des Nachbarn China.¹ Der durchschnittliche Kohleverbrauch eines Inders liegt bei circa 20 % von dem eines US-Bürgers und 34 % von dem eines OECD-Bürgers. Nichtsdestoweniger ist Indien in internationalen Verhandlungen Gegenstand einer schrill geführten binären Debatte, in der Wachstum Klima gegenübergestellt wird. Dies ist eine falsche Debatte, die auf die Unfähigkeit des merkantilistischen Systems, allen Akteuren ihren gerechten Anteil am „carbon space“ – die Menge an Treibhausgasen in Kohlendioxidäquivalenten, die sie in die Erdatmosphäre abgeben dürfen, ohne dabei zum gefährlichen Klimawandel beizutragen – zuzusprechen, zurückzuführen ist.

Indiens Position in Klimaverhandlungen stützt sich auf die Wichtigkeit des Zugangs zu Energie für menschliche Entwicklung. Dies wird durch Daten gestützt, darunter der positive Zusammenhang zwischen Zugang zu Energie und dem Human Development Index (HDI).² Schätzungen, wie viel Energie benötigt wird, um den menschlichen Grundbedarf abzudecken (im Folgenden

¹ 2014 war China für mehr als die Hälfte des weltweiten Kohlenenergieverbrauchs verantwortlich (etwa 3,9 Milliarden Tonnen Öläquivalent), während die Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) etwas mehr als die Hälfte dieser Menge verbrauchten. Chinas Ziel, den Kohleverbrauch bis 2020 auf 4,2 Milliarden Tonnen zu reduzieren, wurde von den OECD-Ländern begrüßt. Siehe Zahlen des BP Statistical Review of World Energy, Juni 2015, abrufbar unter http://www.bp.com/content/dam/bp-country/de_de/PDFs/brochures/bp-statistical-review-of-world-energy-2015-full-report.pdf; „China seeks to cap coal use at 4.2 billion tonnes by 2020“, *Agence France-Presse*, 19. November 2014, abrufbar unter <http://economictimes.indiatimes.com/news/international/business/china-seeks-to-cap-coal-use-at-4-2-billion-tonnes-by-2020/article-show/45205271.cms>.

² UNDP, 2013; The World Bank, o. J.

„lebenswichtige Energie“), schwanken. Die Methodologien hängen davon ab, ob dieser Grundbedarf im Kontext von BIP-Wachstumszielen, HDI-Niveau oder Berechnungen der Energie, die zur Umsetzung von festgelegten Entwicklungszielen benötigt wird, betrachtet werden soll.³

In diesem Essay soll aufgezeigt werden, dass, wenn Klimadebatten ein nominell gerechtes Kohleverbrauchsniveau zur Abdeckung des Bedarfs an lebenswichtiger Energie ermöglichen, Indien aktuell über einen sehr großen Handlungsspielraum verfügt. Die Analyse baut auf einen metrischen Standard: dass 2.000 Watt (W) pro Kopf ein grundsätzliches Niveau an lebenswichtiger Energie ist, das Unterbringung, Transport, Nahrung, Konsum (von Industrieerzeugnissen) und Infrastruktur abdeckt. Dies beruht auf einer Studie von Novatlantis, in der dargelegt wird, dass dieses Verbrauchsniveau der Energie für den Alltag in Westeuropa entspricht.⁴ Aus diesem Grund wird lebenswichtige Energie in dieser Studie großzügig, als hoch genug, um den Mindestbedarf für Bürger in entwickelten Ländern, definiert.

Verbrauch nach der Finanzkrise

Während entwickelte Länder wie OECD- und EU-Mitgliedsstaaten ihren Kohleverbrauch pro Person seit der Finanzkrise reduziert haben, hat der Verbrauch in Entwicklungsländern wie Indien über den gleichen Zeitraum zugenommen. Da die Reduzierung in entwickelten Ländern nicht zwangsläufig mit einem stärkeren „Klimabewusstsein“ in Zusammenhang steht, lässt im Umkehrschluss, wie diese Analyse aufzeigen wird, auch der erhöhte Verbrauch nicht auf die „Unverantwortlichkeit“ von Indien schließen. Tabelle 1 zeigt den globalen Pro-Kopf-Verbrauch in wichtigen Regionen und Ländern, die den Diskurs über Klimawandel prägen, an.

Bei einer genaueren Betrachtung des Kohleverbrauchs vor und nach der Finanzkrise ist offensichtlich, dass Tendenzen nuanciert sind. Zwei vereinzelt Tendenzen werden in der Tabelle 2 erkennbar, die Kohleverbrauch und globalen Verbrauch an Primärenergien gegenüberstellt. Erstere ist, dass entwickelte Länder ihren Gesamtenergieverbrauch reduzierten, während Entwicklungsländer ihren Gesamtenergieverbrauch erhöhten, wenn auch seit der Krise mit leicht rückläufigem Tempo. Die zweite Tendenz ist, dass entwickelte Länder ihren Kohleverbrauch schneller als ihren Gesamtverbrauch an Primärenergie reduzierten, während Entwicklungsländer ihren Kohleverbrauch schneller erhöhten als ihren Gesamtverbrauch an

³ Shripad Dharmadhikary und Rutuja Bhalerao, „How Much Energy Do We Need?“, Prayas Energy Group, Mai 2015, abrufbar unter <http://www.prayasgroup.org/peg/publications/item/298-how-much-energy-do-we-need->

⁴ Novatlantis, „Die 2000-Watt-Gesellschaft“, 2007.

Primärenergie. Daraus lässt sich eindeutig ableiten, dass Kohleverbrauch für Entwicklungsländer sehr wohl Teil der lebenswichtigen Verbrauchsmatrix ist, da sie für von der Industrie getragenen Wirtschaftswachstum (der in Ländern wie Indien Grundvoraussetzung für die Verbesserung des HDI und Schaffung von Arbeitsplätzen ist) Grundlastenergie benötigen.

Die Tabelle 3 schließlich zeigt, dass der durchschnittliche Bürger der USA und Chinas beinahe den gesamten Standardwert für lebenswichtige Energie in Höhe von 2.000 W in Form von Kohle konsumiert. Im Gegensatz dazu werden im Fall Indiens nur etwa 19 % der 2.000-W-Standardwerts in Form von Kohle konsumiert. Tatsächlich beziehen Bürger von OECD-Ländern sehr viel größere Anteile ihres Energiebedarfs aus Kohle als Bürger von Nicht-OECD-Ländern. Dies ist auch von der Diskrepanz des Pro-Kopf-Energieverbrauchs insgesamt zwischen entwickelten und Entwicklungsländern abhängig – während der prozentuale Anteil des Kohleverbrauchs bezogen auf lebenswichtige Energie in entwickelten Ländern abnimmt, bleibt der Abstand zwischen dem globalen Kohleverbrauch pro Kopf in Entwicklungsländern und entwickelten Ländern weiterhin enorm.

Zwei Erfordernisse

Die Sonderbeauftragte der Weltbank für Klimawandel sagte kürzlich, dass „saubere Energie die Lösung im Kampf gegen Armut ist, nicht Kohle“.⁵ Dieser Ansicht sind auch eine Reihe von Entwicklungsfinanzierungseinrichtungen in OECD-Ländern. Die Export-Import Bank of the United States zum Beispiel hat 2013 die Förderung von Greenfield-Projekten für Kohlekraftwerke eingestellt. Auch die Weltbank scheint sich in diese Richtung zu bewegen, auch wenn der Kohleverbrauch in Entwicklungsländern zunimmt und kohlebasierte Energie ganz einfach bei Weitem die praktischste Lösung ist.⁶ Diese Überlegung aber betrachtet Wirtschaftswachstum gesondert von lebenswichtiger Energie und verschleiern die Rolle von Wachstum im Kontext von Entwicklung.

Die vorhergehende Analyse versucht, einigen Mythen im Zusammenhang mit Kohleverbrauch auf den Grund zu gehen. Erstens konsumieren entwickelte Länder pro Kopf tatsächlich sehr viel mehr Kohle als Entwicklungsländer: Der durchschnittliche OECD-Bürger verbraucht in etwa die doppelte Menge

an Kohle wie der durchschnittliche Nicht-OECD-Bürger. China bildet eine beachtenswerte Ausnahme. Und wäre der chinesische Kohleverbrauch pro Kopf eine Richtgröße, wäre die Debatte über Indiens Verbrauch gänzlich überflüssig.

Die Entwicklungstendenzen pro Kopf zeigen, dass Indien einen größeren Anteil seines 2.000-W-Richtwerts durch im Vergleich mit entwickelten Ländern saubere(re) Kraftstoffe abdecken wird. Für Indien gibt es noch genug Spielraum, um seinen Kohleverbrauch zu steigern und gleichzeitig vermehrt auf erneuerbare Energien zu setzen. Indien hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2022 175 Gigawatt Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Dies bedeutet, dass das Land zu einer Handvoll Staaten zählen wird, die einen bedeutenden Teil ihres Bedarfs an lebenswichtiger Energie aus nicht konventionellen Quellen beziehen. Der durchschnittliche Inder gibt (im Verhältnis zu seinem Einkommen) bereits heute mehr für erneuerbare Energien aus als sein Pendant in China und den USA.⁷ Um noch mehr zu investieren, wird die Kaufkraft steigen müssen und somit im Umkehrschluss auch der lebenswichtige Verbrauch.

Dies hat eindeutige Folgen für Indien und andere Entwicklungsländer, die sich in einer ähnlichen Lage befinden. Anders als entwickelte Länder, die bereits Höchststände im Energieverbrauch erreicht haben, sieht sich Indien zwei Erfordernissen gegenüber. Zum einen muss das Land die Werte von lebenswichtiger Energie und sauberer Energie erhöhen. Dies bedeutet, dass es Finanzströme in Richtung lebenswichtiger Energie lenken, Kohleverbrauch effizienter gestalten und sich innerhalb des internationalen Finanzsystems engagieren muss, um sicherzustellen, dass Regulierungen nicht dazu führen, dass Investitionen in saubere Energie kostspieliger werden als sie ohnehin schon sind. Zum anderen müssen sich gleichzeitig sogenannte „Lifestyle-Emissionen“ an das Schweizer Modell anpassen (oder sich zumindest an ihm orientieren), das aufzeigt, dass „der Alltag in Westeuropa mit weniger als einem Drittel der Energie auskommen würde als heute verbraucht wird“.⁸ Die schätzungsweise 20 Millionen Menschen an der Spitze von Indiens sozioökonomischer Pyramide und großen Firmen, die genauso viel Energie verbrauchen wie ihre Pendants in entwickelten Ländern, müssen in das Paradigma „Klimaverantwortung“ mit einbezogen werden.

⁵ Rachel Kyte, „World Bank: clean energy is the solution to poverty, not coal“, *The Guardian*, 10. August 2015, abrufbar unter <http://www.theguardian.com/sustainable-business/2015/aug/07/world-bank-clean-energy-is-the-solution-to-poverty-not-coal>.

⁶ Sunjoy Joshi und Vivan Sharan (Hrsg.), „The Future of Energy“, Observer Research Foundation, 2015, abrufbar unter <https://www.economic-policy-forum.org/wp-content/uploads/2015/02/ORF-EPF-Final-Report-The-Future-of-Energy.pdf>.

⁷ Samir Saran und Vivan Sharan, „Indian leadership on climate change: Punching above its weight“, Planet Policy blog, The Brookings Institution, 6. Mai 2015, abrufbar unter <http://www.brookings.edu/blogs/planetpolicy/posts/2015/05/05-indian-leadership-climate-change-saran-sharan>.

⁸ Dharmadhikary, Shripad and Bhalerao, Rutuja, „How Much Energy Do We Need?“, Prayas (Energy Group), May 2015.

Mohit Sharma & Arunabha Ghosh

Indiens Traum von „smarten“ Städten

9

Der Wachstum in der Mehrheit der indischen Städte erwies sich als nicht nachhaltig. Den meisten Städten fehlt es an Infrastruktur: Beispielsweise haben 18 % aller Haushalte in Delhi keine Trinkwasserversorgung, 30 % von ihnen leiten Abwasser in öffentliche Abflüsse ab oder haben überhaupt keinen Abfluss und 17 % haben keine Toilette. Die rasante Urbanisierung führte zu einem fatalen Ressourcenmanagement wie z. B. von Land und Wasser unter völliger Missachtung der Umwelt. Unkontrollierte Ausdehnung in Form von nicht autorisierten Neubauten, ohne eine Politik für die Zusammenlegung von Flächen, um eine koordinierte Entwicklung zu gewährleisten,¹ ließ nur wenig Raum für städtisches Gemeingut. Das Resultat sind dicht besiedelte Gebiete mit wenigen oder keinen Grünflächen, die den urbanen Wärmeinseleffekt verstärken.

In Indien gibt es mittlerweile 53 Städte mit einer Einwohnerzahl von über einer Million und 468 mit einer Einwohnerzahl von über 100.000. Obwohl nur 31 % der indischen Bevölkerung als städtisch klassifiziert sind, leben 70 % dieser Stadtbewohner in Städten mit über 100.000 Einwohnern und 43 % in Städten mit über einer Million Einwohner.

Im Juni 2015 lancierte Premierminister Narendra Modi zwei Programme zur Steuerung des Städtewachstums: die Atal Mission for Rejuvenation and Urban Transformation (AMRUT), die 500 Städte betrifft, und die Smart City Mission, die 100 Städte abdeckt. Dieser Essay wird der Frage nachgehen, ob diese Projekte das Potenzial haben, nachhaltige Städte in Indien zu schaffen, und dabei zu dem Ergebnis kommen, dass diese Bürgerbeteiligung und

Umsetzungsmechanismen nicht genügend Platz einräumen.

„Smarte“ Städteplanung

Das Ziel der Smart City Mission ist, mithilfe von Technologie und Daten Infrastruktur und Dienstleistungen in der Stadt zu verbessern. Dabei sollen reproduzierbare Modelle entwickelt werden, die auch andere Städten dazu inspirieren können, „smart“ zu werden. Konzepte dafür reichen von innovativen Ideen wie intelligente Zähler für Energie und Wasser, ausgefeilte Verkehrsführungssysteme, elektronische Staatsführung und Bürgerdienste bis hin zu eher bewährten Lösungen wie Umwandlung von Abfall zu Kompost oder Energie, Recycling und Abfallverringerung.

Oft gelingt es indischen Städten nicht, ökologische und soziale Nachhaltigkeit in ihre Planungen und ihr Ressourcenmanagement zu integrieren. Das liegt zum Teil an der fehlenden Nachfrage an umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen oder an der mangelhaften Einschätzung dieser Nachfrage seitens der Behörden. Die Smart City Mission hat das Ziel, die Lücke zu schließen, indem innovative (aber bis jetzt noch nicht genau eingekreiste) Mittel zur vermehrten Interaktion zwischen Bürgern und lokalen Regierungen neben anderen Gruppen zur Verfügung gestellt werden. Vorgeschlagen werden neue Greenfield-Projekte im Umkreis von Städten, die der integrativen Entwicklung dienen sollen, und eine „gebietsbezogene Entwicklung“, zu der gehört, spezifische Gebiete einer Stadt für eine bedarfsbasierte Umwandlung zu sichten, die durch Sanierungsmaßnahmen oder Nachrüstung von Einrichtungen, die ursprünglich nicht installiert waren, vorangetrieben werden könnten.

Während die Smart City Mission darauf abzielt, mithilfe von innovativen Mitteln die Netzwerkeffizienz zu steigern, ist die AMRUT für die zunehmende Verbreitung von stadtweiten Dienstleistungen verantwortlich. Der Fokus liegt dabei auf Wasserversorgung, Kanalisationsnetz, Regenwasserkanalisation, Transport und Grünflächen. Früher musste das Ministerium für Stadtentwicklung (MoUD) jedes einzelne Projekt absegnen, bevor Förderungen bewilligt wurden, wohingegen es heute staatliche Jahresaktionspläne genehmigt. Damit soll die Kooperation zwischen der Zentralregierung und den Bundesstaaten intensiviert werden. Es bleibt abzuwarten, ob die „Bottom-up“-Initiativen zur Steigerung der Netzeffizienz die Konditionen für eine bessere Kooperation zwischen Regierungsstellen und -ebenen verbessern oder ob eine solche Kooperation eine Grundvoraussetzung für die Verbesserung dieser

¹ Unter Programmen zu Zusammenlegung von Flächen legen mehrere Grundeigentümer ihre Grundstücke zusammen und erlauben es der Regierung oder einer anderen Instanz, dort eine Infrastruktur und Dienstleistungen aufzubauen. Dies ermöglicht eine durchdachte und nicht etwa planlose Entwicklung von neuen Städten.

Netzwerkeffizienz ist.

Armut und Beteiligung

Sanierungspläne richten sich v. a. auf Slums. Zu Greenfield-Projekten gehört integrative Zoneneinteilung, mit der Voraussetzung, dass 15 % der Unterbringungen bezahlbar sein müssen. Städtische Armut aber ist komplex. Viele Arme in Städten kommen ursprünglich aus ländlichen Gebieten und können keine Qualifikationen aufweisen, wodurch sie oft nur kleinere Jobs übernehmen können.

„Smarte“ Städte werden nach ihrer Fähigkeit beurteilt, Armen in Städten Zugang zu Bildung zu verschaffen und ihnen Kenntnisse und bezahlbaren Wohnraum zu vermitteln.

Von kommunalen Regierungen wird verlangt, Planungsvorschläge vorzubereiten, die im Einklang mit den Ansprüchen der Bürger, den lokalen Gegebenheiten und der Verfügbarkeit von Ressourcen stehen. Allerdings ist nicht klar, wie durch gebietsbezogene Planung und Entwicklung Spannungen zwischen entgegengesetzten Zielen überwunden werden sollen – z. B. Verbesserung des Lebensstandards kontra begrenzte finanzielle Mittel.

Die Smart Cities Mission spielt die Rolle von Technologie zu sehr hoch und die Rolle von partizipativem Stadtmanagement zu sehr herunter. Eines ihrer Ziele liegt darin, die Bürger und lokale Regierungsbehörden vermehrt über mobile Geräte oder das Internet in Kontakt zu bringen und damit Behördengänge überflüssig zu machen. Beispielsweise werden Cyber-Touren von Baustellen vorgeschlagen, was zu einem gewissen Grad für mehr Transparenz sorgen könnte. Allerdings wird nicht erwähnt, wie Bürger ganz konkret aktiv und kontinuierlich an Entscheidungsprozessen teilnehmen können. Bei der Bürgerbeteiligung spielt die Einbindung der Bürger in die Entscheidungsprozesse eine genauso große Rolle wie die Transparenz in Städteplanung und -management. Diese systemischen Veränderungen können nicht allein durch Technologie erreicht werden.

Die Grenzen von lokal eingegrenzter Entwicklung

Modis Programme für Stadtentwicklung legen nicht fest, wie die tiefen strukturellen Veränderungen auf Stadtebene eingeführt werden würden: Wer würde die Verantwortung tragen, welche Institutionen würden sich um

die Umsetzung kümmern? Sowohl AMRUT als auch die Smart City Mission konzentrieren sich darauf, Städte lebenswerter zu machen, indem offene und grüne Flächen erhalten, begehbare Gemeinden geschaffen und nicht motorisierte Verkehrsmittel gefördert sowie durchschnittliche Fahrzeiten für Pendler reduziert und Abwässer recycelt werden. Die Umsetzung dieser Ziele erfordert Lernen durch Experimentieren und Langzeitstudien (mit Belegdaten) – ohne dies würde lokale begrenzte, gebietsbezogene Entwicklung schnell an ihre Grenzen stoßen. Im günstigsten Fall würde dieser Ansatz die Liste an isolierten „Exzellenzzentren“, die in Indiens ansonsten ungeplanten städtischen Räumen aufkeimen, erweitern, anstatt Städten als Ganzes Auftrieb zu verleihen.

Finanzielle Anreize

Bundesstaats- und Gemeinderegierungen sind in der Smart City Mission gleichberechtigte Partner. Dies bringt finanzielle Verantwortung und gesonderte rechtliche Körperschaften, sogenannte Zweckgesellschaften („special purpose vehicles“, SPV), mit sich. Bundesstaaten und Gemeinden sind zu gleichen Teilen an diesen Körperschaften, die finanziell nachhaltig sein müssen, beteiligt. Eine Zuwendung der Zentralregierung in Höhe von mindestens 1 Milliarde ₹ (ungefähr 14 Millionen €) pro Stadt pro Jahr während der ersten fünf Jahre gehört zum Eigenkapitalanteil der Gemeinden (ein Anteil zu gleichen Teilen kommt von den Bundesstaaten).

Diese Zuwendungen sollen von den SPV genutzt werden, um Finanzierungen durch eigene Quellen der Bundesstaaten/Gemeinden,² öffentlich-private Partnerschaften, andere zentralstaatliche Zuwendungen und Leihen von Finanzinstitutionen, darunter in- und ausländische Quelle, zu mobilisieren.

AMRUT zielt darauf ab, Stadtmanagement durch Anreize zu verbessern. Ihr Budget liegt bei 500 Millionen ₹ (ungefähr 7 Millionen €) für 500 Städte über fünf Jahre, sodass das Budget pro Stadt ein Fünftel des Budgets der Smart City Mission ist. Im vorherigen System allerdings war die Freigabe von Projektmitteln für nachfolgende Phasen leistungsabhängig; wurden Ziele nicht eingehalten, wurden die Zahlungen eingestellt, sodass sich viele Projekte verzögerten. AMRUT kehrte das Prinzip um. Aus Strafen wurden Anreize.

2 Dazu gehört die Erhebung von Benutzergebühren, Gebühren für Begünstigte, Entwicklungsgebühren und Landmonetarisierung.

Wurden Projekte fristgerecht und ordnungsgemäß umgesetzt, konnte der Stadt weitere 10 % des Budgets zugesprochen werden.

Systemweites Denken: ein neues Modell

Kann Indien Städte schaffen, die ihren Verbrauch intelligent steuern ohne dabei zu stark die Umwelt zu belasten? Städte sind komplexe Systeme, zu denen Ökosysteme, physische Infrastruktur und diverse soziale Gruppen gehören. Traditionelle Ansätze zur Planung und Steuerung von komplexen Systemen beruhen auf reduktionistischen Methoden, die das System durch lineare Formulierungen von Ursache und Wirkung in kleinere Komponenten aufgliedert. Ein System wird nur als Summe aller individuellen Elemente angesehen.

Dies mag dafür geeignet sein, ein einfaches System mit schwacher Vernetzung darzustellen. Die Muster, die in einer wachsenden Stadt mit der Zeit auftreten, hängen aber nicht nur von einem zentralen oder „Top-down“-Mechanismus ab, sondern sind das Ergebnis von Interaktionen zwischen verschiedenen Elementen und Subsystemen, die extrem miteinander vernetzt, voneinander abhängig und nicht linear sind. Zum Beispiel ist die Stadtform,³ die dabei hilft, Energieverbrauch in einer Stadt zu ermitteln, ebenso ein Ergebnis des Energieverbrauchs durch den Ausgleich zwischen den Kosten für Unterbringung und Transport. Städte sind komplexe anpassungsfähige Systeme. Einzelne Elemente von urbanen Ökosystemen sind in der Lage, ihr Verhalten anzupassen, und können sich durch Interaktionen innerhalb der Gruppe selbst organisieren, wodurch sie nicht auf einen zentralen oder „Top-down“-Mechanismus angewiesen sind.⁴

Diese neuen Programme für Städtewachstum sind ein Schritt in die richtige Richtung, um dieses traditionelle Paradigma durch einen soliden „Bottom-up“-Ansatz (basierend auf gebietsbezogener Entwicklung und Bürgerbeteiligung) aufzubrechen. Aber weitere Schritte müssen folgen, gemeinsam mit einem besseren Verständnis dafür, wie lokale Interaktionen Muster begründen können, die eine Stadt zu einem lebenswerteren und lebendigeren Ort machen. Wir müssen die richtige Mischung von Lösungen für Indiens Städte finden, wo den konkurrierenden Zielen wie die Bereitstellung von Sozial-

³ Die physischen Merkmale eines städtischen Gebiets, die Struktur, Größe und Gestalt von Gebäuden und ihr Verhältnis zum freien Raum.

⁴ Im Council on Energy, Environment and Water (CEEW) untersuchen wir, wie unterschiedliche Kräfte des Wandels interagieren, um wechselnde Verhaltens- und Partizipationsmuster zu induzieren, und Städte verändern. Der CEEW (<http://ceew.in/>) mit Sitz in Neu-Delhi ist eine unabhängige gemeinnützige Politikforschungseinrichtung und einer der führenden Think-Tanks Südasiens.

und Gesundheitsleistungen, Wirtschaftswachstum, die Wiederherstellung der Ökosysteme und die Minimierung von Umweltschädigung mit einer durchdachten Planung begegnet werden muss.

INDIENS AUSSENPOLITIK

Indiens strategische Chancen

Indiens strategische und außenpolitische Entscheidungen über die kommenden Jahrzehnte werden das Land dazu bringen, seine zentralen Prinzipien zu überdenken. Wofür steht Indien heute und welche Version von Indien sollte sich in seiner Politik ausdrücken? Sollte Indiens Außenpolitik allein durch seine Gebietsgrenzen bestimmt werden oder sollte sie seine Interessen in Bezug auf Erdöl und Erdgas in Afrika, Lateinamerika, Russland und im Nahen Osten mit einbeziehen? Sollte sie sich auf die Verteidigung der indischen Diaspora (einschließlich seines Reichtums und seiner Ressourcen) und die transnationalen Firmenimperien von indischen Oligarchen ausweiten? Wäre Indien bereit, seine „Hard Power“ einzusetzen, um diese Interessen zu schützen und zu wahren?

Auf wen sollte sich Indien in der Welt einlassen, besonders im Hinblick darauf, dass nicht nur Länder Einfluss auf Indiens Interessen haben, sondern auch nicht staatliche Akteure, Schurkenstaaten und private Interessen? Ist es an der Zeit, sich entweder formellen Gesprächen oder Verhandlungen außerhalb der klassischen Diplomatie mit diesen Akteuren zu öffnen – z. B. mit den afghanischen Taliban oder mit den Somali-Völkern, die Piraterie zu einer Staatskunst erkoren haben? Wiederum eine andere Frage ist, ob Indien uneingeschränkte diplomatische Beziehungen mit Taiwan aufnehmen sollte und falls ja, ob innerhalb oder außerhalb der „Ein-China“-Architektur. Ein weiteres Fragezeichen wirft die Beziehung mit dem Iran auf: Bis vor Kurzem verlangten die USA und ihre Verbündeten, dass Indien seinen Import von iranischem Öl auf weniger als 10 % seiner Gesamteinfuhren reduziert. Infolge des Atomdeals aber könnte Indien daran Interesse haben, gemeinsam mit dem Iran gegenüber China als Gegengewicht in der Region aufzutreten. Bestehen seine guten Verbindungen mit dem Iran noch immer?

Verfügt Indien über die institutionelle und intellektuelle Flexibilität, um sich den wechselnden Gegebenheiten von Realpolitik anzupassen? Es gibt mehrere Antworten auf diese Dilemmas, aber keine einzelne mit Allgemeingültigkeit. Leider hat das indische Establishment noch nicht einmal damit begonnen, sich selbst diese Fragen zu stellen. Es existiert keine grundlegende Debatte, weder innerhalb noch außerhalb der Regierung.

Gleichzeitig aber nehmen globale Debatten Einfluss auf Indiens Auslegung von internationalen Beziehungen. Dazu gehören u. a. die Wirksamkeit der neoliberalen Wirtschaftsordnung im Kampf gegen Armut und Benachteiligung, die Folgen von Regimewechsel für den Menschen und die Verantwortung, zu schützen. Ferner enthalten sie ebenso den Ausgleich zwischen Klimagerechtigkeit und weltweitem Klimawandel, die Umstrukturierung von für die Weltordnungspolitik relevanten Einrichtungen gemäß den geopolitischen Realitäten des 21. Jahrhunderts, den Ausgleich zwischen Terrorismusbekämpfung und Schutz von bürgerlichen Freiheiten und den Einsatz für feste Spielregeln im Cyberspace.

Ungeachtet der Herausforderungen, denen sich das Land in strategisch-konzeptioneller Hinsicht stellen muss, ist Indien in der Lage, bei zwei Themen von globaler Bedeutung eine zentrale Rolle zu spielen. Das erste bezieht sich auf die Aggressionen Chinas im Südchinesischen Meer, das zweite auf das Problem im Umgang mit radikalem Islamismus (Indien verfügt über seine ganz eigene Erfahrung und könnte dem Westen in beratender Funktion zur Seite stehen).

Sicherheitskooperation

Für Indien ergeben sich sowohl im Osten als auch im Westen mittelfristige strategische Optionen. Die erste steht im Zusammenhang mit dem Transportkorridor zwischen Pakistan und China (China–Pakistan Economic Corridor, CPEC), der sich auf die Gebietsansprüche Chinas im Südchinesischen Meer auswirken wird. Etwa \$34 Milliarden investiert China in den Bau von Schnellstraßen, Schienen und Pipelines, die durch ganz Pakistan führen, um Öl und Gas aus der pakistanischen Hafenstadt Gwadar ins chinesische Kashgar zu transportieren und sich damit aus dem „Malakka-Dilemma“ zu befreien – Chinas Abhängigkeit von der Straße von Malakka, die als Transportweg für Öl und Gas zwischen dem Pazifischen und Indischen Ozean genutzt wird. Der Transportkorridor könnte zum einen andere Staaten darin einschränken, Malakka als Druckmittel einzusetzen, zum anderen aber auch

Chinas Kampflust im Südchinesischen Meer, seine historischen Ansprüche in der Region geltend zu machen, befeuern. Die Frage wäre dann, wie China zu bändigen wäre.

Genau hier ist Indien für die Länder Ost- und sogar Nordasiens wichtig, da das Land an der Spitze des Indischen Ozeans liegt und dort die für den Handel genutzten Seewege von der Straße von Hormus bis zur Straße von Malakka umspannt. Sein Luftwaffenstützpunkt in Campbell Bay (Nikobaren) liegt gerade einmal 240 km von der Straße von Malakka entfernt. Selbst nach einer Umsetzung des pakistanischen Transportkorridors müsste ein Großteil der von China abgebauten Mineralien und anderweitigen Rohstoffe den Indischen Ozean, das Andamanische Meer und die Bucht von Bengal unmittelbar vor Indien durchqueren, was dem Land die einmalige Gelegenheit bietet, chinesischen Gebärden im Südchinesischen Meer entgegenzuwirken.

Eine kollektive Sicherheitskooperation könnte Indien und den Ländern Südost-, Ost- und Nordasiens den erforderlichen Impuls geben, sich strategisch enger aneinander zu binden, ohne dabei die jeweiligen wirtschaftlichen Beziehungen mit China zu vernachlässigen. Aus indischer Perspektive könnte das Konzept „Indopazifik“, eine Bezeichnung der Region, die beide Ozeane einschließt, zu einer strategischen und wirtschaftlichen Realität werden. Es könnte u. U. den Weg für ein lockeres Bündnis zwischen Indien, den USA, Indonesien, Malaysia, Vietnam, den Philippinen, Taiwan, Südkorea, Japan und sogar Australien ebnen, die vielleicht einzige realistische Option, den Verkehr für globale öffentliche Güter auf dem Indischen und Pazifischen Ozean über die nächsten Jahrzehnte offen zu halten.

Da sich das Südchinesische Meer an der Schnittstelle dieser beiden Ozeane befindet, wäre Indiens primäres strategisches Ziel der nächsten Jahrzehnte, dieses zu stabilisieren und vor chinesischen Aggressionen zu schützen. Ein positiver Nebeneffekt einer engeren Sicherheitskooperation wäre die Vertiefung von Handel und Gewerbe mit den besagten Ländern. Eine ausgeweitete wirtschaftliche und kulturelle Interaktion würde nicht nur Indiens Wohlstand ankurbeln, sondern weitere Möglichkeiten bieten, auch „Soft Power“ auszuüben.

Indien und Islam

Während Indien seinen Blick gen Westen richtet, machen sich in der Region religiöser Fanatismus und unvergleichliche Grausamkeit breit, die

selbst Gebietsgrenzen überschreiten. Der Versuch, den Nahen Osten nach erneutem Zerfall des Osmanischen Reichs neu zu ordnen, scheiterte grandios und überzog die Region mit Bürgerkriegen. Europa zeigt sich gleichzeitig überwältigt von der Schwemme an Flüchtlingen, die zu Millionen den Kriegsgebieten entfliehen.

Diese Tragödie aber bietet Indien eine weitere Chance. Da sich Al-Qaida, der Islamische Staat (IS), die Taliban und viele andere militante islamistische Gruppen von der Türkei bis Pakistan auf eine Großoffensive vorbereiten, ergibt sich für die Länder Europas und den wenigen Demokratien Westasiens die Notwendigkeit, fortan (noch) enger miteinander zu kooperieren.

Indien könnte in diesem Zusammenhang seinen einzigartigen synkretischen Erfahrungsschatz einbringen – seit Jahrhunderten befindet sich das Land an der Schnittstelle zwischen aggressivem Islam und Multireligiosität. Indien ist vielleicht das einzige Land, dem es seit 1000 n. Chr. gelang, den islamischen Einfluss in seine Kultur und Gesellschaft aufzunehmen, ohne dabei hinzunehmen, dass sein soziales Ethos fundamental verändert wird. Trotz Expansionsbewegungen ließ es Indien nicht zu, dass der Islam größere einseitige Veränderungen der Demografie oder der kulturellen Landschaft durchsetzte.

Vielmehr erschuf das Land durch Assimilierung statt Kampf der Kulturen eine aufgeklärte indische Version des Islams, die über Jahrhunderte Seite an Seite mit anderen Glaubensrichtungen existierte.

Indien bot den USA nach den Angriffen des 11. Septembers seine Hilfe an, wie dem Islam langfristig und mit Respekt begegnet werden könnte. Das Angebot aber verpuffte aufgrund der Engstirnigkeit der Bush-Administration. Auch wenn das Office of Net Assessment des Pentagons und außenpolitische Strategen der damaligen indischen Regierungen dennoch Kontakt miteinander aufnahmen, hatten US-Beamte letztendlich nicht die Geduld, sich durch alle Feinheiten und komplexen Sachverhalte durchzuarbeiten.¹

Ohne Rückgriff auf Indiens Erfahrung wird sich die Herausforderung, die Erweckungsbewegung und ihre brutalen Erscheinungsformen zu zügeln, auch weiterhin als Bürde für den Liberalismus erweisen. Auf einer anderen Ebene wird es wohl keine Alternative zu einer trilateralen Achse mit den

USA, die obgleich ihrer desaströsen Nahostpolitik die regulierende Kraft des Weltgeschehens verbleibt, und Israel, dem sehr viel an der Stabilität der Region liegt, geben, auch wenn Indien sich für einen palästinensischen Staat einsetzt. Dies würde ebenso zu einer erweiterten Kooperation auf verschiedenen Gebieten führen, von dem Indien auf ganz unterschiedliche Art und Weise profitieren könnte.

Interne Herausforderungen

Welchen internen Zwängen ist Indien ausgeliefert, wenn es sich diesen Themen stellt und das Land seinen natürlichen Platz in der Weltordnung einnimmt? In den Kopf kommen sicherheitspolitische Herausforderungen, die eher nicht traditioneller Natur sind. Am Weltbevölkerungstag (16. Juli 2015) beispielsweise erreichte Indien offiziell die Marke 1,27 Milliarden. Die sozioökonomischen Daten, die durch den Benachteiligungsindex gemessen werden, sind alarmierend: Trotz massiver staatlicher Eingriffe über 10 Jahre verbleiben weite Teile der Bevölkerung in einer prekären Situation. Indien kämpft nach wie vor darum, ein hochwertiges Bildungssystem auf die Beine zu stellen, genügend Arbeitsplätze zu schaffen (12 Millionen jährlich) und die wachsende Frustration vieler überqualifizierter junger Menschen, die niedrigen Tätigkeiten nachgehen, zu bändigen.

Weite Teile Zentral- und Ostindiens befinden sich weiterhin unter der Kontrolle von linkem Extremismus, auf den der indische Staat nur wenig Einfluss hat. Die Peripherie im Nordosten und Nordwesten ist noch immer nur bedingt wettbewerbsfähig. Was Indien aktuell bräuchte, wären 20 Jahre Zeit, um sich intern zu „konsolidieren“. Dafür allerdings wäre das Land auf Frieden an seinen Grenzen angewiesen, der wohl nur schwer zu planen ist.

Indien müsste seine eigene Version von „Exzeptionalismus“ entwickeln, um im Weltgeschehen bestimmt mitmischen und sich gleichzeitig der internen Konsolidierung widmen zu können. Genau darin liegt aber auch das Dilemma der indischen Entscheidungsträger, da sich strategische Chancen nicht auf unbegrenzte Dauer bieten werden. Dem indischen Staat mangelt es leider an der institutionellen Kapazität, sich der Welt und dem eigenen Land gleichzeitig zu widmen.

¹ Basierend auf Unterhaltungen mit R. K. Mishra, Mitglied des indischen Parlaments und früherer Herausgeber des Patriot (verstorben). Er diente Premierminister Vajpayee in den ersten Jahren seiner Regierung als inoffizieller Unterhändler mit Premierminister Nawaz Sharif.

Bharat Karnad

Indiens strategische Zurückhaltung

11

Indien hatte seit der Zeit vor dem Krieg mit China 1962 keine wirkliche strategische Außenpolitik – falls mit „strategisch“ gemeint ist, dass sich das Land auf international bedeutende Themen konzentriert, die sich mit Asiens Gleichgewicht und globaler Sicherheit beschäftigen. Die militärische Demütigung, die Indien damals erlitt, raubte dem Land sein Selbstbewusstsein und lenkte seine Achtsamkeit verstärkt auf innere Angelegenheiten.

Noch vor dem Krieg hinderte sein Status als „Drittweltland“ Indien nicht daran, zwischen 1947 und 1961 unter Jawaharlal Nehru auf der Weltbühne wie ein Gigant aufzutreten. Indien setzte sich im ersten Komitee der Vereinten Nationen für nukleare Abrüstung ein, kämpfte in internationalen Foren an vorderster Front gegen Kolonialismus und Rassismus (wodurch es sich die Dankbarkeit befreiter Völker in Asien und Afrika sicherte), erleichterte den Rückzug aus Korea, nahm an den Genfer Gesprächen zur Wiederherstellung von Frieden in Indochina teil und etablierte sich als Führer der blockfreien Staaten – als wichtige ausgleichende Kraft des Kalten Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion.

Indien sah sich selbst als so unabkömmlich für das Wohlbefinden der Welt an, dass Nehru (in einem Akt von verblüffender Verzichtsbereitschaft, für die das Land noch immer teuer zahlt) mit fröhlicher Gleichgültigkeit einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat ausschlug, der dem Land von Washington und Moskau angeboten worden war, um Chiang Kai-sheks

chinesische Regierung zu ersetzen.¹ Nehru war der Meinung, dass eine solche Mitgliedschaft Indien weiterhin offenstehen und der Sitz stattdessen an das zu dem Zeitpunkt verfremdete kommunistische China gehen sollte! Es war eine Zeit großer Gesten, maßloser Großspürigkeit und dazu passender Überheblichkeit.

Es war aber auch eine Zeit, in der Nehru – von vielen nicht unbedingt positiv aufgenommen – den Grundstein für Indiens Aufstieg zur Großmacht legte, sowohl im Hinblick auf Kernwaffen als auch auf konventionelle Rüstung. Beispielsweise beauftragte er den bekannten Ingenieur Kurt Tank damit, die HF-24 Marut zu konzipieren und produzieren – den ersten Überschallkampfflieger, der außerhalb Europas und der USA gebaut wurde.

Etwa 50 Jahre später hat sich die Situation zwar stark verbessert, doch mangelt es Indien auch weiterhin an der Überzeugung, eine Führungsmacht sein und Großes vollbringen zu können. Indiens Außenpolitik hatte keine großen Ziele und konnte nicht einmal diese verwirklichen. Es ging v. a. um „kurzfristige Wertmaximierung“, wie es der frühere Premierminister einst in einem anderen Kontext zum Ausdruck brachte. Dies spiegelt sich auch im Fehlen einer nationalen Vision wider, und in der Konfusion um Mittel und Zweck, „Soft Power“ und „Hard Power“ und darum, wie das Land seine Ambitionen umsetzen soll. Aktuell ist sich Indien nicht sicher, wie es mit China umgehen soll. Sich diesem Koloss entgegenzustellen und sich als weitere regionale Macht in Asien zu etablieren, könnte Indien als Großmacht im 21. Jahrhundert verankern.

Dies aber gestaltet sich aufgrund von Zaghaftigkeit und verschobene Fähigkeiten als schwierig. Paradoxerweise ist Indien in Bezug auf strategische Rüstungsgüter autark – Kernwaffen und nukleare Trägersysteme, darunter fortschrittliche und präzise Raketen und Marschflugkörper, und Atom-U-Boote. In den beinahe 50 Jahren seit dem Erstflug der HF-24 aber entwickelte sich Indien zu einem der größten Importeure von konventionellen Waffen der Welt, wodurch seine Außenpolitik stark von den Launen und Interessen der Verkäuferstaaten abhängig ist.

Eine risikoscheue Geisteshaltung

Versuche, die Außenpolitik wagemutiger zu gestalten, führen zu einer

¹ Das Thema wird in dem Buch des Autors *Why India is Not a Great Power (Yet)* (Delhi: Oxford University Press, 2015), S. 50–51, aufgegriffen. Die Quelle ist K. P. Fabian, „Bitter truths“, Frontline, 19. September 2014, abrufbar unter <http://www.frontline.in/books/bitter-truths/article6365018.ece>. Fabian, der als indischer Botschafter in Italien arbeitete, nennt für diese Information eine von Nehru nach einem Besuch der UdSSR 1955 verfasste offizielle Mitteilung an das Auswärtige Amt als Quelle.

institutionellen „mentalen Blockade“ und zu den ideologischen Trümmern der Vergangenheit. Das Außenministerium zum Beispiel setzt militärische Stärke mit Kriegslust gleich und sieht Machtprojektion als „imperialistisch“ und ausländische Stützpunkte in Indiens erweitertem Einzugsgebiet als neokoloniale Gebärden an (Indien hat aktuell u. a. Ainee in Tadschikistan und Nha Trang in Vietnam; mit garantiertem Zugang zur Subic Bay und Clark Air Base in den Philippinen, den zu Mauritius gehörenden Agalega-Inseln, Chabahar im Iran und einem Marinestützpunkt in Nordmosambik). Die indische Armee, die einst für Großbritannien ein Weltreich gewann, kümmert sich heute nur noch um die Sicherung der Grenzen. Der indischen Außenpolitik fehlt es an strategischen Grundlagen. Daraus lässt sich ableiten, dass Indien eine Verteidigung des Landes in der Ferne nicht für wichtig erachtet und dass seine Führung nicht über den Reflex verfügt, Karten genau zu studieren, was gemäß des geopolitischen Theoretikers Halford Mackinder für Staatsmänner unabdingbar ist.

Indem sich Indien militärisch nur auf Pakistan konzentriert und China fast schon ignoriert, schafft das Land nur wenig Vertrauen in sein Urteilsvermögen, seine Entschlossenheit und visionäre Kraft als logische Großmacht und potenzieller *Gendarme* der Region.

Eine risikoscheue Geisteshaltung ist Ausgangspunkt einer zögernden Politik und zugleich Ursache einer schrumpfenden Rolle des Landes. Während Nehru über eine von indischen Waffen unterstützte asiatische Monroe-Doktrin nachdachte, scheint Neu-Delhi heute schon froh über den Vorschlag eines „Sicherheitsdiamanten“ zu sein, der Indien, Japan, die USA und Australien einbezieht und behutsam die „Trialoge“ zwischen Indien, Japan und den USA bzw. Indien, Taiwan und Japan auslotet. Und trotz Chinas provokativer Beanspruchung eines Bundesstaates im Nordosten Indiens, Arunachal Pradesh, hindert Neu-Delhis Wunsch, Peking zu besänftigen, das Land daran, die starke „Tibet-Karte“ auszuspielen und die Unabhängigkeit Tibets als Gegendruckmittel einzusetzen.

Ein starkes Sicherheitsdenken

Ironischerweise ist das aktuelle Klima in Asien und dem Rest der Welt trotz Indiens mangelnden politischen Willens, seine Ambitionen zu verwirklichen, für Indiens Aufstieg förderlich. Die Sicherheitslage ist metastabil, konventionelle Kriege mit China und Pakistan dank nuklearer Abschreckung praktisch ausgeschlossen. Dies ermöglichte Indien, proaktiv

eine auf Asien abgestimmte Sicherheitsarchitektur zu entwerfen, in der die generell unzuverlässigen USA als opportunistische ausgleichende Kraft in der Ferne eine kleinere Rolle spielen. Ein vornehmlich maritimer Sicherheitsplan für den Osten Indiens müsste darauf hoffen, dass die Peripheriestaaten Südostasiens, Japan und Taiwan zusammenarbeiten, um China im Verbund in Schach zu halten. Pekings aggressive Haltung im Südchinesischen Meer und gegenüber den Senkaku/Diaoyu-Inseln hat die Dringlichkeit, die rund um diese Politik existiert, noch verschärft. Als Folge definiert Indien sein regionales Sicherheitssystem durch Sicherheitskooperation, multilaterale Militärübungen und die Stärkung von Partnern, wie z. B. durch die Weitergabe von BrahMos, überschallschnellen Flugkörpern, an Vietnam, die Ausbildung von Crews für die sechs U-Boote der Kilo-Klasse, die Hanoi von Russland erworben hat, die Wartung von malaysischen und indonesischen Su-27/Su-29-Jägern und ein Sicherheitsabkommen mit den Philippinen.

Dieses Abkommen, in dem Indien und Japan die beiden Pole des Sicherheitssystems bilden, wird chinesische Kräfte an den asiatischen Grenzen binden und China beschäftigen bzw. das Land im Unklaren darüber lassen, welche Folgen von ihm initiierte Konflikte haben können. Die Vereinbarung zum Bau einer Schnellstraße zwischen Indien und Thailand via Myanmar – der erste Schritt hin zu einem von Osten nach Westen führenden „Ganges-Mekong“-Gürtels, der von Neu-Delhi bereits in den frühen 2000ern ins Spiel gebracht wurde, um Chinas Nord-Süd-Korridore (durch Myanmar und Indochina) zu durchkreuzen – wurde vor Kurzem unterschrieben.

Ferner hilft, dass ein argwöhnisches Russland ungeachtet seiner finanziellen Abhängigkeit von Peking Maßnahmen ergreift, um einem wachsenden chinesischen Einfluss Chinas in Sibirien vorzukommen und die chinesische Verteidigungsindustrie davon abzuhalten, russische Militärausrüstung nachzukonstruieren. Die „Look East“-Politik wird ergänzt durch Indiens „Look West“-Politik, die aber nur schwerlich Form annimmt, da Neu-Delhi dem Wunsch, mit den USA konform zu gehen, nicht genügend Nachdruck verlieh.² Investitionen in die Entwicklung des Hafens von Chabahar wurden versäumt, ebenso wie die Entwicklung einer Süd-Nord-Verbindung (sowohl Straßen- als auch Schienennetz) mit Afghanistan und Zentralasien (mit einer Umgehung von Pakistan) sowie mit Russlands Nördlichem Verteilernetzwerk zur Stärkung des indischen Handels. Das Tauwetter in den US-iranischen

2 Indien sah davon ab, die Kooperation mit dem Iran voranzutreiben, um die USA zu beschwichtigen. Hätte Neu-Delhi darauf keine Rücksicht genommen, so wie es der Autor immer wieder angeraten hatte, wäre Indien heute in Bezug auf Teheran nicht in einer solch misslichen Lage – postnukleares Abkommen mit Washington und Öffnung der Beziehungen mit dem Westen. Der Iran zeigt sich nunmehr zögerlich, ein Chabahar-Deal zu unterzeichnen und Indien in seine Gasfelder im Süden des Landes investieren zu lassen.

Beziehungen sollte diese Projekte allerdings wiederbeleben.

Indien kann versuchen, zum einen für etwas Entspannung im Verhältnis von Israel und dem Iran zu sorgen, und zum anderen als Vermittler zwischen saudischen und iranischen Interessen auftreten. Sein Abkommen für eine Verteidigungskooperation mit Saudi Arabien und freundliche Beziehungen mit dem Iran können dazu beitragen, die Spaltung von Sunniten und Schiiten zu überwinden. Indiens hat dabei durchaus ein paar Gestaltungsmöglichkeiten, da das Land eine der größten sunnitischen muslimischen Bevölkerungen der Welt und die zweitgrößte schiitische Bevölkerung nach dem Iran hat. Neu-Delhis Verbindungen zu Riad und Teheran ermöglichen Indien, seine Energieversorgungsquellen zu konsolidieren und als potenziell stabilisierende Kraft in einer Region aufzutreten, in der Gewalt und Unruhen um sich greifen. Israels Ausgrenzung durch den Atomdeal zwischen Washington und Teheran bietet Indien eine weitere Möglichkeit, sich als Vermittler in Stellung zu bringen. Indien belebt auch Sicherheits-, Handels- und Wirtschaftspartnerschaften mit Ländern aus Zentralasien wieder, die sich eine starke indische Präsenz als Gegengewicht zu China wünschen.

Die indische Regierung unter Modi hat die Bedeutung von indischen Migranten im Westen, den sogenannten Non-Resident Indians (NRIs), erkannt, die Indiens Interessen über regionale Grenzen hinaus vertreten können. NRIs tragen zu lokalen Wahlkampagnen bei, haben Einfluss auf die Denkweise von lokalen Gesetzgebern und besetzen hohe Posten in Regierungen ihrer Gastgeberländer. Nicht ganz zufällig entwickelte sich ein US-indisches Political Action Committee in eine in Washington einflussreiche Lobbygruppe. Diese Entwicklung baut Indiens bereits große „Soft Power“ weiter aus. Hinzu kommen Erfolge auf den Gebieten Informationstechnologie und „sparsame Innovation“ – der Produktion von weniger komplexen und günstigeren Versionen von Verbrauchsgütern für den indischen Markt – sowie als „Brain Bank“, von der die ganze Welt profitiert.

Indien fehlt es nicht an außenpolitischen Ambitionen oder Mitteln, diese umzusetzen. In der Praxis aber äußert sich dies in einem starken Sicherheitsdenken, das Machtansprüche in den Hintergrund drängt. Indien setzt einfach seine Ressourcen nicht weise und gut genug ein; wie ein Riese mit der Durchschlagskraft eines Zwerges.

Happymon Jacob

China, Indien, Pakistan und eine stabile regionale Ordnung

12

Drei Mächte – China, Indien und Pakistan – bestimmen über die Zukunft von Südasien. Während sich der Westen aus Afghanistan zurückzieht und der amerikanische Einfluss in der Region schwindet, wird diese strategische Dreiecksbeziehung komplizierter werden, es sei denn, China und Indien – den beiden Großmächten – gelingt es, eine neue regionale Ordnung festzulegen.

Die strategische Landschaft der Subregion wird durch komplexe Interaktionen zwischen diesen drei Ländern bestimmt: eine aufstrebende „Supermacht“ mit einem wirtschaftlich orientierten unilateralen Ansatz für die strategischen Trennungslinien der Region; eine neu entstehende Macht, die sich unwillens zeigt, ihre politischen und diplomatischen Ressourcen einzusetzen, um die Region zu stabilisieren oder wenigsten den Status quo zu wahren; und eine zutiefst unzufriedene revisionistische Macht, die mit nicht ganz so expliziter Zustimmung der aufstrebenden Supermacht die regionale Ordnung umgestaltet will.

Chinas Engagement in der Region lässt darauf schließen, wie sein weiterer Aufstieg die Weltordnung verändern wird. Wird das Land eher aus einer normativen und an Konfliktlösung orientierten Perspektive handeln oder wird es sich der Region von seinen unilateralen, egoistischen, wirtschaftlichen

und strategischen Standpunkten aus annähern. Indem es Kontakt mit den Taliban aufnahm, bewies China, dass es der Förderung von konfliktlösenden Prozessen nicht abgeneigt ist, obgleich dieser konkrete Schritt wohl eher darauf abzielte, seine eigenen wirtschaftlichen Interessen im an Mineralressourcen reichen Afghanistan zu wahren. Wird China dem historischen Beispiel anderer aufstrebender Mächte folgen, indem es versucht, Länder in ihrer unmittelbaren Umgebung zu dominieren? Falls ja, wie werden Indien und andere Akteure der Region darauf reagieren?

Indiens Gefühl von (Un)Sicherheit

Seit nunmehr über 30 Jahren ist Indiens größte sicherheitspolitische Sorge, dass Pakistan versuchen könnte, das Land in Kaschmir, Punjab oder anderen Teilen zu destabilisieren. Pakistans ergebnislose und unbefriedigende Prozesse gegen die Verantwortlichen der Terroranschläge von Mumbai 2008 und die regelmäßigen Verletzungen des Waffenstillstands an der Grenze dominieren auch weiterhin Neu-Delhis Wahrnehmung der Sicherheitslage.

Auch eine andere große Sorge steht im Zusammenhang mit Pakistan: Post-NATO-Afghanistan, wo Pakistan versucht, die Regierung in Kabul durch Vertreter zu kontrollieren und wo die Taliban wieder immer mehr an Boden gewinnen. Für Neu-Delhi bringt die quasi sichere Rückkehr der Taliban nach Kabul in der einen oder anderen Form die Erinnerungen an 1999 zurück, als eine pakistanische Gruppe von Islamisten den Flug IC-814 der Indian Airlines entführte und die indische Volkspartei (Bharatiya Janata Party, BJP) gezwungen wurde, im Tausch gegen Passagiere aus der von den Taliban kontrollierten Provinz Kandahar hochrangige Terroristen freizulassen. Heute ist erneut eine BJP-Regierung an der Macht. Die entschlosseneren Spitze um Narendra Modi hat bereits mehrmals betont, dass Neu-Delhi sehr viel entschiedener gegen pakistanische Aggressionen vorgehen werde.

Drittens erzeugen auch die umstrittenen Grenzen mit Pakistan und China noch immer ein Gefühl der Unsicherheit im Land. Es zeichnet sich trotz 18 Runden Grenzverhandlungen mit China keine umfassende Vereinbarung ab. Vereinzelt kam es seitens China zu militärischen Übergriffen in von Indien kontrolliertem Territorium, die die politische Spannung zwischen den beiden Schwergewichten erhöhte. Die Grenze mit Pakistan ist eine sehr viel kompliziertere Angelegenheit, da die Souveränität eines ganzen

Staates (Jammu und Kaschmir, J&K) seit langer Zeit zur Debatte steht. Pakistans Versuche, J&K direkt und indirekt von Indien loszueisen, waren zwar bisher nicht von Erfolg gekrönt, jedoch ist es auch weiterhin unklar, ob die pakistanische Armee seine aggressive Kaschmir-Politik vollständig aufgegeben hat oder nicht. Und schließlich stellt auch der Islamische Staat (IS) eine Bedrohung für Indien da, weil er das Potenzial besitzt, in dem Land ideologisch Fuß zu fassen und unzufriedene, aber auch ungleiche, Elemente zu mobilisieren. Noch ist jedoch nicht vorherzusehen, ob Pakistan und Afghanistan für die Gruppe tatsächlich ein fruchtbarer Nährboden ist, besonders im Hinblick auf die feindliche Haltung der afghanischen Taliban und der pakistanischen Regierung gegenüber dem IS.

Seit vielen Jahrzehnten bringt Indien nun schon seine Besorgnis über die heimliche strategische Zusammenarbeit zwischen China und Pakistan zum Ausdruck, im Rahmen derer Peking Pakistan bei der Entwicklung von Kernwaffen- und Raketenprogrammen tatkräftig zur Seite steht. Es scheint allerdings so, als hätte Neu-Delhi damit in den letzten Jahren seinen Frieden gemacht. Indien zieht es vor, die chinesisch-pakistanische Partnerschaft zu ignorieren und seine eigene strategische Kooperation mit den USA und anderen westlichen Staaten zu intensivieren und zeitgleich seine Wirtschaftsbeziehungen zu China auszubauen.

Was Neu-Delhi heute beunruhigt, ist die zunehmende Präsenz Chinas im pakistanischen Teil J&Ks, darunter Gilgit-Baltistan. Positiv wird von Indien jedoch aufgenommen, dass China nur wenig Unterstützung für Pakistans Kaschmir-Politik aufbringt. Während des indisch-pakistanischen Kargil-Konflikts beispielsweise unterstützte China Pakistan weder materiell noch politisch.

Der dritte Aspekt der heutigen chinesisch-pakistanischen Verbindung, die Indien stört, ist die verstärkte trinationale Zusammenarbeit zwischen Pakistan, Afghanistan und China. China weitet seinen Einfluss in der Region mit seiner innovativen Idee einer „neuen Seidenstraße“ und durch Wirtschafts- und Entwicklungshilfe für Pakistan stetig aus. Auch engagiert sich Peking immer mehr im regionalen „Konfliktmanagement“, indem es zwischen Kabul und den Taliban vermittelt und trilaterale strategische Gespräche mit Afghanistan und Pakistan organisiert. Im November 2014 beispielsweise trafen Vertreter der Taliban aus ihrem Büro in Doha für Gesprächsrunden in Peking ein. Im Februar dieses Jahres initiierten China, Pakistan und Afghanistan einen

neuen trilateralen strategischen Dialog in Kabul. Im Juli schließlich hielt Pakistan als Teil des „Murree-Friedensprozesses“ ein Treffen in Murree ab, auf dem die afghanische Regierung und Vertreter der Tehreek-e-Taliban Pakistan (TPP), der pakistanischen Taliban, im Beisein von Vertretern Chinas und der USA aufeinandertrafen.

Indiens Politik der begrenzten Intervention

Indiens Antworten auf die erwähnten Ereignisse und Entwicklungen waren suboptimal und schwach durchdacht. Neu-Delhi ist es gewohnt, im Umgang mit China nur begrenzt zu intervenieren – ob es nun darum geht, Spannungen an der Grenze zu lösen und gar eine wirkliche Lösung für die umstrittene Grenze zu präsentieren. Während Indien auf der einen Seite danach strebt, die Handelsbeziehungen mit China zu intensivieren, vermeidet das Land auf der anderen Seite, China in größeren regionalen Fragen der Sicherheit zu konfrontieren. Auch hinsichtlich Pakistan zeigt sich Neu-Delhi geneigt, eine Lösung für den schwierigen Kaschmir-Konflikt immer weiter aufzuschieben. Die begrenzte Intervention scheint demnach Neu-Delhis bevorzugte politische Option zu sein, wenn es darum geht, komplexe Angelegenheiten zu regeln.

Neu-Delhi umgeht es darüber hinaus auch, verschiedene neue Bedrohungen politisch anzuerkennen. Zum Beispiel scheinen weder der IS noch die geopolitische Transformation Afghanistans wirkliche strategische Priorität zu genießen.

Diese nach innen gerichtete strategische „Kopf-in-den-Sand“-Haltung ist für Indien eindeutig keine Ausnahme, sondern die Regel.

Politische Entscheidungsträger in Neu-Delhi neigen ferner dazu, sich Dingen nur im Rahmen ihrer vermeintlichen Möglichkeiten zu widmen, und nicht etwa Dingen, die sie wirklich angehen müssten. Neu-Delhis Antwort auf das Problem beispielsweise, das es mit Pakistan und China hat, war und ist, Pakistan in dem Versuch, das Land bloßzustellen und zu isolieren, unverhältnismäßig viel Aufmerksamkeit zu schenken, anstatt sich China nachhaltig und auf höchster politisch-strategischer Ebene zu öffnen, um die strategische Dreiecksbeziehung zu normalisieren. Eine strategisch weise agierende Führung in Neu-Delhi würde sich pakistani-schen Bedenken in Kaschmir annehmen und gleichzeitig größere regionale Fragen angehen anstatt sich auf ein schier endloses „*Tu Tu Main Main*“ (Hindi für permanentes Gezänk) mit Islamabad einzulassen.

Und schließlich ist es der indischen Diplomatie auch nicht gelungen, über das bilaterale Engagement mit ihren Nachbarn oder Großmächten hinauszudenken. Während Indien mit Peking verschiedene bilaterale Fragen diskutiert, ist es dem Land nicht gelungen, mit China und anderen Nachbarn im Kampf gegen den Terror gemeinsame Sache zu machen und somit Afghanistan zu stabilisieren, der Bedrohung durch den IS zu begegnen oder den Iran vernünftig in die Region zu integrieren. Modis Regierung hat bisher noch keine dringenden regionalen Sicherheitsfragen in Verhandlungen mit China zur Sprache gebracht.

Eine erweiterte strategische Perspektive

Indien befindet sich an einer eher unangenehmen Stelle inmitten einer geopolitischen Landschaft, dem strategischen Dreieck der Länder Indien, China und Pakistan, das gleich mehrere strategische Herausforderungen bereithält. Selbst Chinas Versuche, den Aussöhnungsprozess in Afghanistan zu fördern, als zwar wirtschaftlich, aber gutartig motiviert interpretieren zu wollen, würde die indisch-pakistanische Rivalität in Afghanistan und die chinesisch-pakistanische Partnerschaft Indien effektiv aus dem afghanischen Aussöhnungsprozess heraushalten und somit Neu-Delhis regionale Ambitionen dämpfen.

Die Frage ist demnach, ob die chinesische Führung über die falschen Notwendigkeiten, die durch ihre Partnerschaft mit Pakistan entstehen, hinausdenken kann, um die Region als Sicherheitskomplex anzuerkennen (d. h. anzuerkennen, dass die Sicherheit eines Staates nicht gesondert von der Sicherheit der anderen betrachtet werden kann) und ihre Beziehungen mit Indien kooperativ zu gestalten. Pekings stillschweigende Anerkennung der revisionistischen Agenda Pakistans könnte sich für China als kostspielig erweisen und sogar seinen Aufstieg bremsen. Die chinesische Führung kann die Notwendigkeit, zur Durchsetzung ihrer globalen Ziele die Region zu befrieden und das Verhältnis zu Indien zu stabilisieren, nicht ignorieren.

Indien seinerseits muss die Region aus einer erweiterten, langfristigen strategischen Perspektive betrachten und vermeiden, sich in Kleinkriege mit Pakistan zu verzetteln – seiner selbst willen und auch im Sinne einer stabilen regionalen Ordnung. Eine solche Ordnung könnte eine friedliche Koexistenz zwischen Indien und China und eine versöhnliche Handhabung der Probleme der Region fördern. Aus ihr könnte ebenso eine friedliche aufstrebende asiatische Supermacht hervorgehen.

Schließlich muss auch Pakistan angesichts seiner zunehmenden Unfähigkeit, als moderner, funktionierender Staat zu agieren, seine strategischen Prioritäten anpassen. Seine tief verwurzelte Obsession mit Indien und der Einsatz von nicht staatlichen Akteuren als Instrumente der Staatskunst müssen ad acta gelegt werden, falls sich das Land wieder als tragfähiger Nationalstaat beweisen und zur Stabilität der Region beitragen möchte.

Rahul Roy-Chaudhury

Modis Einstellung zu China und Pakistan

13

Narendra Modis Regierung hat Indiens Nachbarschaft zur obersten außenpolitischen Priorität erklärt. Modis erste offizielle Auslandsreise führte ihn in den Nachbarstaat Bhutan. In gerade einmal einem Jahr hat er alle direkten Nachbarn Indiens besucht, mit Ausnahme von Pakistan und den Malediven (wo ein geplanter Besuch aufgrund von politischen Differenzen spontan abgesagt wurde). In einer bis dahin einmaligen Initiative lud er sieben andere Führer der South Asia Association for Regional Cooperation (SAARC) gemeinsam mit Mauritius zu seiner Amtseinführung im Mai 2014 ein. Am darauffolgenden Tag ließ er erste Gesprächsrunden mit seinen Gästen – darunter der pakistanische Premierminister Nawaz Sharif – folgen. Ende 2016 ist im Rahmen des SAARC-Gipfels ein Besuch Pakistans geplant, der erste Besuch eines indischen Premierministers seit über 10 Jahren.

Dass die Nachbarschaft größte Wichtigkeit besitzt, ist für Modi selbstverständlich. Im Gegensatz zu früheren Regierungschefs liegt ihm viel daran, Außenpolitik auch dazu einzusetzen, ausländische Investitionen, Handel und Technologie für Wachstum und Entwicklung des Binnenmarktes zu fördern. Als Pragmatist ist ihm bewusst, dass eine erweiterte regionale Kooperation und Stabilität in Südasien dieses Unterfangen vereinfacht. Die Aufgabe aber wird sich als schwierig und komplex erweisen, insbesondere im Angesicht der beiden großen Atommächte Pakistan und China, deren Beziehungen mit Indien durch Spannungen sowie politische und militärische Pattsituationen gekennzeichnet sind. Modis Politik im Umgang mit beiden Ländern durchlief bereits während seines ersten Jahres im Amt einige bedeutende Veränderungen.

Eine härtere Position gegenüber Pakistan

Seit der Unabhängigkeit vor beinahe 70 Jahren führten Indien und Pakistan drei Kriege um Kaschmir und einen um Bangladesch. Seit 1998, als sich beide Länder mit Kernwaffen ausrüsteten, werden militärische Konfrontationen allerdings mit weniger Intensität ausgefochten. Modi erbte eine schwierige Beziehung mit Pakistan von seinem Vorgänger, der bilaterale Friedensgespräche nach Gewaltausbrüchen und Schüssen Pakistans über die Kontrolllinie (Line of Control, LoC), die die umstrittene Region Kaschmir unterteilt, aussetzte.

Für den indischen Sicherheitsapparat ist die grundsätzliche Gefahr, die von Pakistan ausgeht, ein weiterer spektakulärer Terrorangriff wie die Anschläge von Mumbai 2008, der von in Pakistan operierenden militanten Gruppen wie Lashkar-e-Taiba (LeT) oder Jaish-e-Mohammad (JeM) ausgeführt werden könnte. Der indische Sicherheitsapparat ist der Überzeugung, dass solche Attacken wahrscheinlich von Elementen des pakistanischen Sicherheitsapparats geplant und koordiniert würden, insbesondere dem mächtigen Nachrichtendienst Inter-Services Intelligence (ISI), den die indische Regierung bereits öffentlich beschuldigt hat, an Terrorangriffen beteiligt gewesen zu sein. Jede Mutmaßung, ein Fremdkörper des ISI könnte für die Vorfälle verantwortlich sein, oder die fehlende Autorisierung durch den Chef des ISI, wird von Neu-Delhi zurückgewiesen.

Modi hat Indiens Position gegenüber Pakistan verhärtet. Er sagte geplante Gespräche auf Außenministerebene im August 2014 ab, da sich der pakistanische Hochkommissar in Indien mit der kaschmirischen separatistischen Hurriyat-Gruppe getroffen hatte. Im November 2014 kam es im Rahmen des SAARC-Gipfels in Katmandu zu einer unterkühlten Begegnung zwischen Modi und Sharif. Im August 2015 machte Indien deutlich, dass es für das Land nicht hinnehmbar war, dass der pakistanische Sicherheitsberater während eines Besuchs die Hurriyat-Führung trifft oder mit ihr andere Themen außer Terrorismus bespricht, was dazu führte, dass die geplanten Gespräche zwischen den nationalen Sicherheitsberatern beider Länder wenige Stunden vor Beginn abgesagt wurden. Indien intensivierte ferner das grenzüberschreitende Feuer an der LoC und der internationalen Grenze.

Diese harten Reaktionen erzielten nicht den von der indischen Regierung gewünschten Effekt. In einer Trotzreaktion lehnte es die pakistanische

Regierung ab, den Prozess der sieben vermeintlich in die Terroranschläge von Mumbai 2008 verwickelten Personen schnell über die Bühne zu bringen – eine von Indiens Kernforderungen. Im April 2015 entließ ein pakistanisches Gericht nach sechs Jahren Gefängnis gegen Kautionskaution den Mann aus der Haft, den Indien als Drahtzieher der Anschläge vermutet, das führende Mitglied der LeT Zakiur-Rehman Lakhvi. Im Folgemonat beschuldigte die pakistanische Konferenz der Korpskommandeure erstmalig den indischen Auslandsgeheimdienst, den Research and Analysis Wing (R&AW), Terrorismus in Pakistan „anzustacheln“.

Diese Anschuldigung wurde als Reaktion auf die mehrfach hervorgebrachten und von Indien zurückgewiesenen Behauptungen, Indien sei in den Terrorismus in Baluchistan, Karachi und Stammesgebieten verwickelt, verstanden. Im gleichen Monat sagte der indische Außenminister, dass „Terroristen durch Terroristen neutralisiert werden müssen“, wodurch sich sein pakistanisches Pendant darin bestätigt sah, dass Indien tatsächlich mit dem Terrorismus in Pakistan in Verbindung stand.

Seitdem bei einem brutalen Angriff der Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP), der pakistanischen Taliban, im Dezember 2014 143 Schulkinder und neun weitere in Pashawar ihr Leben verloren, demonstriert Pakistan seinen neuen Willen, gegen Terrorismus vorzugehen. Indienfeindliche Terrorgruppen sind davon allerdings nicht betroffen. Beispielsweise operiert die verbotene militante Organisation JeM auch weiterhin, z. T. selbst bei öffentlichen Kundgebungen. Es gab keine Versuche, die Jamaat-ud-Dawa (JuD), eine Gruppe, von der vermutet wird, dass sie als Deckmantel für die illegale LeT dient und von LeT-Chef Hafiz Saeed angeführt wird, zu verbieten. Als Grund wird aufgeführt, dass es keinen Beweis gäbe, dass die Gruppe in Verbindung mit Terrorismus oder der LeT stünde. Ein offizieller Vorschlag, das Haqqani-Terrornetzwerk zu verbieten, wird aktuell in Erwägung gezogen.

Indien hat ein Dilemma: Das Land steht in Kontakt mit Pakistans Zivilregierung, lehnt es aber ab, die mächtigste pakistanische Institution in ihre Politik einzubinden – die Armee. Zwischen den Armeen beider Länder finden keine Gespräche statt. Es ist allerdings unsicher, ob solche Gespräche für die indische Armee, die sehr viel weniger Einfluss auf die Politik hat als ihr Pendant, tatsächlich Sinn machen würden und ob die pakistanische Armee sich tatsächlich bereit zeigen würde, mit Indien zu sprechen. Schließlich ist ihre *Raison d'Être* ja die existenzielle Bedrohung, die ihrer Meinung nach von ihrem Nachbarn ausgeht.

Modi muss etwas „quer denken“, falls er auf dem Weg zum SAARC-Gipfel 2016 eine regionale Kooperation mit Pakistan erreichen möchte. Anstatt einfach zu versuchen, Pakistans Zivilregierung zu stärken, sollte er sich vielleicht der pakistanischen Armee annähern, um herauszufinden, was sie von Indien möchte. Dies könnte durch einen ersten Austausch zwischen dem R&AW und des ISI geschehen, die beide an dem jährlichen in Oman und Bahrain stattfindenden Treffen des International Institute for Strategic Studies (IISS) zum Thema Sicherheit in Südasien teilnehmen.

Eine überzeugende China-Politik

Für den indischen Sicherheitsapparat ist China eine strategische Herausforderung, keine Bedrohung. Indien ist vor allem über Chinas Bestimmtheit im Grenzstreit, Chinas wachsende Beziehungen zu Indiens südasiatischen Nachbarn im Bereich Handel und Verteidigung und der Ausweitung des chinesischen Einflusses im Indischen Ozean besorgt – Indien fürchtet in Bezug auf Letzteres eine mögliche Einkesselung.

All dies führt zu etwas verhärteten Fronten im Umgang mit Peking. Gleichzeitig aber ist China Indiens größter Handelspartner.

Obgleich nun Modi die Handels- und Investitionsbeziehungen mit China ausbauen möchte, war der Umgangston mit seinem mächtigen Nachbarn eher rau. In seiner Wahlkampagne kritisierte er Chinas „Willen zur Expansion“. Auch fand sich Tibets im Exil lebender Ministerpräsident Lobsang Sangay auf dem offiziellen Foto anlässlich Modis Amtseinführung wieder. Als chinesische Kräfte die tatsächliche Kontrolllinie (Line of Actual Control, LAC) während eines Staatsbesuches von Präsident Xi Jinping in Indien im September 2014 überquerten, war Modis Antwort entschieden. Er schickte umgehend Verstärkungen in das Gebiet und gewährleistete, dass Indiens Truppen ihre Stellung hielten. Er zeigte sich öffentlich besorgt über den Grenzstreit und brachte die Politik Pekings in der Region in den Unterredungen mit seinem Gast zur Sprache.

In der gemeinsamen Erklärung am Ende von Modis Besuch Chinas im Mai 2015 fanden sich im Gegensatz zu ähnlichen Erklärungen acht Monate vorher keine Verweise auf die Zusammenarbeit auf See oder die Sicherheit in Asien-Pazifik mehr. Auch fand sich keine Erwähnung von Chinas Initiative für einen Wirtschaftsgürtel („One Belt, One Road“) oder seiner „maritimen Seidenstraße“, die von Indien misstrauisch beäugt werden. Im Juni 2015

erklärte Indien, dass der Transportkorridor zwischen Pakistan und China (China–Pakistan Economic Corridor, CPEC) „nicht hinnehmbar“ sei, da er sich der Infrastruktur in umstrittenem kaschmirischem Territorium bedienen würde.

Gemeinsame Front mit den USA

In einer signifikanten Abkehr von der Politik der Vorgängerregierung zeigt sich Modi willens, im Hinblick auf asiatisch-pazifische Sicherheitsbelange mit den USA eine gemeinsame Front zu bilden, um dem bestimmten Auftreten Chinas entgegenzuwirken. Während Barack Obamas Besuchs in Neu-Delhi im Januar 2015 veröffentlichten beide Regierungen ein Dokument, in dem sie ihre gemeinsame strategische Vision für die Regionen Asien-Pazifik und Indischer Ozean darlegten. In einem Paragraf wurde dabei „die Bedeutung der Bewahrung der maritimen Sicherheit und die Gewährleistung der freien Schifffahrt und von Überflugrechten in der Region und *insbesondere im Südchinesischen Meer*“ (Kursivschrift dient der Betonung) festgelegt.¹ Dies ließ darauf schließen, dass beide Parteien der Meinung waren, dass Pekings bestimmender Handhabung von kollidierenden regionalen Gebietsansprüchen entgegengetreten werden muss. Ferner wurde ein über 10 Jahre angelegtes Verteidigungsrahmenübereinkommen mit den USA unterschrieben und eine trilaterale Kooperation zwischen den USA, Japan und Indien auf Außenministerebene vereinbart. An der jährlichen indisch-amerikanischen Marineübung in Malabar wird nunmehr auch Japan teilnehmen. Indien strebt ferner danach, die Kooperation mit Vietnam auf den Gebieten Seestreitkräfte und Verteidigung auszubauen.

Die gemeinsame Vision von Indien und den USA greift den komplementären Charakter von Indiens neuer Ostpolitik („Act East“) mit Fokus auf Japan und Australien sowie die „Hinwendung“ zu bzw. „Neuausrichtung“ auf Asien auf. Allerdings gibt es auch Grenzen für die gemeinsame Front von Indien, den USA und anderen Demokratien der Region wie Australien und Japan. Die quadrilaterale Marineübung mit Australien, Indien, Japan und den USA wurde, seitdem China vor sieben Jahren infolge der ersten einen diplomatischen Einspruch einlegte, nicht mehr wiederholt. Unter dem Strich bleibt festzuhalten, dass zwar zwischen Indien und den USA im Hinblick auf die Sicherheit in Asien-Pazifik große Einigkeit herrscht, jedoch keiner von beiden auf Konfrontationskurs mit China gehen möchte.

¹ „U.S.-India Joint Strategic Vision for the Asia-Pacific and Indian Ocean Region“, The White House, Office of the Press Secretary, 25. Januar 2015, abrufbar unter <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/01/25/us-india-joint-strategic-vision-asia-pacific-and-indian-ocean-region>.

Das Freihandelsabkommen: eine strategische Forderung an die EU und Indien?

Neue Impulse von beiden Seiten sind dringend notwendig, um die Handelsgespräche zwischen der EU und Indien wiederzubeleben, die sich nun schon über sieben Jahre und 15 Runden hinziehen. Im September verkündete der indische Handelsminister die Absicht der Regierung, die Gespräche wieder aufzunehmen.¹ Diesem aber wurde im August umgehend wieder der Wind aus den Segeln genommen, als die indische Regierung ein Treffen von Zwischenhändlern aufgrund der „Enttäuschung infolge eines von der EU ausgesprochenen rechtskräftigen Verkaufsverbots von etwa 700 in Indien klinisch getesteten Arzneimitteln“ absagte.² Die indische Regierung stellte das einseitige Verbot der EU von indischen Medikamenten infrage und machte unmissverständlich klar, dass es auf eine Antwort seitens der EU wartete.

Neue Gespräche sollen sich um industrielle Güter, Agrarzölle und landwirtschaftliche Dienstleistungen, den Zugang zu den jeweiligen Märkten für Güter und Dienstleistungen sowie öffentliche Beschaffungsverträge, den Rahmen für Investitionen, Regeln in den Bereichen geistiges Eigentum und Wettbewerb und Verpflichtungen bezüglich nachhaltiger Entwicklung wie Umwelt-, Sozial- und Arbeitsrechte drehen.

Das geplante Abkommen ist für beide Seiten politisch und wirtschaftlich enorm wichtig. Auf politischer Ebene und aus Sicht der EU wird das Freihandelsabkommen (FTA) mit Indien das erste mit einer aufstrebenden Wirtschaft sein, das Ziel der EU unterstützen, FTAs dafür zu nutzen, die Integration von Partnerländern in die Weltwirtschaft voranzutreiben und ihre Rolle in der globalen Handelsordnung festigen.³ Aus Indiens Sicht wird es die Kampag-

1 „India is interested in reviving FTA talks with EU: Nirmala Sitharaman“, *Economic Times*, 9. September 2015, abrufbar unter <http://economictimes.indiatimes.com/news/economy/foreign-trade/india-is-interested-in-reviving-fta-talks-with-eu-nirmala-sitharaman/articleshow/48890728.cms>.

2 Asit Ranjan Mishra, „India cancels EU trade talks over pharma ban“, *Live Mint*, 6. August 2015, abrufbar unter <http://www.livemint.com/Politics/JtJwcvhXDZz4co1D9DGk51/Govt-cancels-trade-negotiator-level-meet-with-EU.html> (im Folgenden, Mishra, „India cancels EU trade talks over pharma ban“).

3 Sangeeta Khorana and Maria Garcia, „Procurement Liberalisation Diffusion in EU Agreements: Signalling Stew-

ne von Premierminister Narendra Modi „Make in India“ und seine Ambition, Indien als regionale Führungsmacht und globalen Produktionsstandort zu etablieren, ankurbeln.

Darüber hinaus wird das FTA Indiens Versuche stärken, seine wachsende Binnenwirtschaft und Mittelschicht in seinen Aufstieg zur globalen Wirtschaftsmacht einzubinden.

Auf ökonomischer Ebene wird ein klug ausgehandeltes Abkommen den Handel und Investitionsströme zwischen beiden Regionen fördern. Die EU ist Indiens größter Handelspartner und Investor sowie sein wichtigster Bezugspunkt für Technologietransfer. Der Handelswert zwischen der EU und Indien lag 2014 bei 72,5 Milliarden €, im Vergleich zu 2003 (28,6 Milliarden €) beinahe eine Verdreifachung. Auch stiegen die Kapitalanlagen der EU in Indien von 0,78 Milliarden € im Jahr 2003 auf 34,7 Milliarden € im Jahr 2013. Ferner wuchs der Handel mit gewerblichen Dienstleistungen seit Beginn der FTA-Gespräche an – von 5,2 Milliarden € im Jahr 2002 auf 23,7 Milliarden € im Jahr 2013. Für Europa ergibt sich die ökonomische Logik eines FTA aus dem Zugang von europäischen Firmen zu einem Markt mit über einer Milliarde Menschen, was ein Weg sein könnte, einer langfristigen wirtschaftlichen Misere zu entfliehen.

Es gibt viele Studien, in denen die wirtschaftlichen Auswirkungen des FTA analysiert werden.⁴ In der Analyse der indischen Regierung wird suggeriert, dass Indien im Hinblick auf den Güterhandel zum Netto-Verlierer des FTA würde, hauptsächlich aufgrund fehlender Einnahmen durch niedrigere und vollständig wegfallende Zölle (auch wenn Gewinne durch die Liberalisierung

ardship?“, *Journal of World Trade*, Volume 48, Issue 3, 2014, S. 481–500, abrufbar unter <https://www.kluweronline.com/abstract.php?area=Journals&id=TRAD2014016>.

4 Siehe zum Beispiel Agence Europe, *Council's Green Light to Launch of Negotiations for Bilateral Free Trade Agreements with ASEAN, South Korea and India*, 2007; Yvan Decreux und Cristina Mitaritonna, „Economic Impact of a Potential Free Trade Agreement (FTA) between the European Union and India“, Bericht der CEPPI/CEMIN für die Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission, Trade Specific Contract No: SI2.434.087, 2007, abrufbar unter <http://trade.ec.europa.eu/doclib/html/134682.htm>; Thom Achterbosch, Marijke Kuiper und Pim Roza, „EU–India Free Trade Agreement: A Quantitative Assessment“, Oktober 2008, Berichtnr.: 2008-059, Projektcode 20824, LEI Wageningen, Den Haag, abrufbar unter http://www.researchgate.net/publication/40095078_EU-India_free_trade_agreement_a_quantitative_assessment; Sangeeta Khorana und Maria Garcia, „European Union–India Trade Negotiations: One Step Forward, One Back?“, *Journal of Common Market Studies*, Volume 51, Issue 4, July 2013, S. 684–700 (im Folgenden, Khorana und Garcia, „One Step Forward, One Back?“); Sangeeta Khorana und A. N. Asthana, „EU's FTA Negotiations with India: The Question of Liberalisation of Public Procurement“, *Asia Europe Journal*, Volume 12, Issue 3, 2014, S. 251–263, DOI 10.1007/s10308-014-0369-7; Sangeeta Khorana und Nicholas Perdikis, „EU–India Free Trade Agreement: Deal or No Deal“, *South Asia Economic Journal*, Volume 11, Number 2, September 2010, S. 182–206 (im Folgenden, Khorana und Perdikis, „Deal or No Deal“); Sangeeta Khorana, Nicholas Perdikis, William A. Kerr und M. Yueng, *The Era of Bilateral Agreements: The EU and India in Search of a Partnership* (Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 2010) (im Folgenden, Khorana et al., *The Era of Bilateral Agreements*); Sangeeta Khorana, William A. Kerr und Nicholas Perdikis, „Global economies of scale in the EU–India trade agreement: are they the key to a return to economic growth?“, *Asia Europe Journal*, 13:41–55 (im Folgenden, Khorana et al., „Global economies of scale“); Sophie Powell, „The EU–FTA: initial observations from a development perspective“, *Traidcraft*, September 2008, S. 1–21, abrufbar unter <http://www.indianet.nl/pdf/EU-IndiaFTAInitialObservations.pdf>.

des Dienstleistungssektors anfallen dürften).⁵ In einem Bericht der Sussex University und einer indischen NGO (CUTS International) wird ferner angedeutet, dass die Liberalisierung des Güterhandels nur zu unklaren Wohlfahrtseffekten führen würde.⁶ Darüber hinaus herrschen Zweifel, wie stark sich das geplante FTA tatsächlich auswirken würde⁷ – d. h. ob es nur den Güterverkehr betreffe oder auch vertieft Einfluss nähme, wie z. B. auf die Investitions- und Wettbewerbspolitik.

Andere Analysten hingegen, die sich auf den Verhandlungsprozess fokussieren, diskutieren, wie die unterschiedlichen Verhandlungsstrategien von Indien und der EU das Vorankommen der Gespräche behindern könnten.⁸

Streitpunkte

Europäische und indische Erwartungen divergieren bei solchen Themen wie Zölle auf aus der EU importierte Autos, Weine und Molkereiprodukte und die Liberalisierung der Visumregelung für Inder, die als Arbeitskräfte in die EU einreisen möchten.⁹ Die EU und Indien stritten sich sogar in der Welthandelsorganisation (WTO) über Wein und Spirituosen sowie Arzneimittel. Als die FTA-Verhandlungen begannen, hatte Indien in Bereichen, die für die EU von großem Interesse waren, hohe Zölle und auf verschiedenen Gebieten Begrenzungen von ausländischen Direktinvestition (FDI), darunter Versicherung und Handel. Auch wenn Regelungen von FDI hinsichtlich Versicherung und Großhandel und von Einzelmarkenhandel seitdem geändert wurden, bleiben Zölle auf Güter wie Weine und Autos auf einem Niveau zwischen 60 % und 100 %.

Sowohl die EU als auch Indien haben ihre Sorge über restriktive Maßnahmen zum Ausdruck gebracht, die sich für ihre Exporteure als Barriere erweisen. Vor Kurzem zeigte sich die EU beispielsweise über die Auflage der indischen

⁵ Handelsabkommen, Regierung von Indien, Handels- und Industrieministerium, Department of Commerce, 2012, abrufbar unter http://commerce.nic.in/trade/international_ta.asp?id=2&trade=1.

⁶ Michael Gasiorek et al., „Qualitative analysis of a potential Free Trade Agreement between the European Union and India“, zusammenfassender Bericht für die Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission, Sussex, University of Sussex, Centre for the Analysis of Regional Integration at Sussex und CUTS International, Jaipur, abrufbar unter <http://www.cuts-citee.org/pdf/EU-IndiaStudyAnnex1May01.pdf> (im Folgenden, Gasiorek et al., „Qualitative analysis of a potential Free Trade Agreement“).

⁷ Siehe Gasiorek et al., „Qualitative analysis of a potential Free Trade Agreement“; Ecorys et al., „Trade Sustainability Impact Assessment for the FTA between the EU and the Republic of India“, Bericht für die Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission, Referenznr.: TRADE07/C1/CO1 – Lot 1, Rotterdam, abrufbar unter http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/june/tradoc_143372.pdf.

⁸ Khorana and Garcia, „One Step Forward, One Back?“, Khorana und Perdakis, „Deal or No Deal“.

⁹ Khorana und Perdakis, „Deal or No Deal“; Khorana und Garcia, „One Step Forward, One Back?“, Khorana et al., *The Era of Bilateral Agreements*; Khorana et al., „Global economies of scale“; Mishra, „India cancels EU trade talks over pharma ban“; Jan Wouters, Idesbald Goddeeris, Bregt Natens und Filip Ciortuz, „Some Critical Issues in the EU–India Free Trade Agreement Negotiations“, *European Law Journal*, 20 (6): 848–69, 2013, abrufbar unter http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2249788.

Regierung beunruhigt, dass 15 Kategorien von IT- und Verbraucherelektronikprodukten in ihrem Land registriert werden müssen. Ein ähnliches Thema ist die obligatorische Prüfung und Zertifizierung von Telekommunikationsnetzkomponenten im Land selbst.¹⁰ Auch Indien ist von EU-Richtlinien und -Normen betroffen, insbesondere im Hinblick auf Agrarexporte. Im Mai 2014 zum Beispiel stoppte die EU den Import von indischen Mangos, da einige Lieferungen von „nicht europäischen Fruchtfliegen“ befallen waren (das Verbot wurde allerdings Anfang 2015 wieder aufgehoben).¹¹

Eines der wichtigsten Ziele Indiens ist es, als Land angesehen zu werden, in dem Daten sicher gespeichert werden. Aktuell ist dies nach EU-Recht nicht der Fall, obwohl Indien 2000 seinen Information Technology Act geändert und 2011 neue Information Technology Rules erlassen hat, die im Einklang mit den von den USA verabschiedeten Datenschutzgrundsätzen stehen. Dies erschwert den Fluss vertraulicher Daten wie Informationen über Patienten und bedeutet, dass indische Firmen nicht in der Lage sind, sich Zugang zu den Märkten in der EU zu verschaffen, wodurch höhere Betriebskosten entstehen.

Ein weiteres wichtiges Ziel Indiens ist eine Reform, durch die es qualifizierten indischen Arbeitskräften ermöglicht werden soll, vorübergehend in EU-Mitgliedsstaaten zu wohnen und zu arbeiten. Würden Regelungen zur Freizügigkeit von Fachkräften liberalisiert werden, könnten indische Unternehmen stark von dem verbesserten Zugang zum EU-Dienstleistungsmarkt profitieren. Die EU jedoch sagt, dass sie nicht in der Lage sei, sich in dieser Angelegenheit einzuschalten, da Arbeitserlaubnisse und Visa unter die Zuständigkeit der jeweiligen Mitgliedsstaaten fallen würden. Damit im Zusammenhang stehen auch die unterschiedlichen Qualifikationen und beruflichen Standards, die in der EU existieren und indischen Arbeitskräften den Zugang zu den EU-Märkten erschweren.

Die EU ihrerseits möchte, dass Indien zunächst seinen Fachdienstleistungssektor liberalisiert, insbesondere Rechnungswesen und Rechtsdienstleistungen. Das Institute of Chartered Accountants of India und der Bar Council of India jedoch sind strikt gegen eine solche Liberalisierung, da sie den Wettbewerb durch Steuer- und Rechtsberatungsunternehmen aus Übersee fürchten. Zweitens verlangt die EU massive Kürzungen der indischen Zölle auf Autos und Fahrzeugkomponenten. Für komplett zusammengebaute Autos fällt eine

¹⁰ *Trade and Investment Barriers Report 2015*, Bericht der Kommission für den Europäischen Rat, Brüssel, 17. März 2015, abrufbar unter http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/march/tradoc_153259.pdf.

¹¹ Antonia Molloy, „Alphonso mangoes: EU lifts ban on Indian mango imports“, *The Independent*, 20. Januar 2015, abrufbar unter <http://www.independent.co.uk/news/business/news/alphonso-mangoes-eu-lifts-ban-on-indian-mango-imports-9990412.html>.

Einfuhrzoll von 60 % an, die bei Autos mit einem FOB-Wert („Free on Board“) über 40.000 \$ und einem Hubraum über 3.000 ccm (Benzinfahrzeuge) bzw. 2.500 ccm (Dieselfahrzeuge) auf 75 % ansteigt. Die EU sieht dies als Protektionismus an: Der Zoll auf indische Autos, die in die EU importiert werden, liegt dagegen bei 6,5 %. Die indische Industrie fürchtet jedoch, dass Zollkürzungen den Binnenmarkt mit europäischen Autos überfluten würden, was wiederum negative Auswirkungen auf Investitionen und die „Make in India“-Kampagne haben könnte. Auch bestehen Ängste, dass Fahrzeugkomponenten zu günstigeren Preisen importiert werden könnten.

Und schließlich verlangt die EU eine extreme Reduzierung der Zölle auf Weine und Spirituosen. Indien erhebt aktuell Einfuhrzoll von 60–100 % zuzüglich Staatssteuern. Da Alkohol eine wichtige Einnahmequelle ist, erscheint es unwahrscheinlich, dass die indischen Bundesstaaten die Steuern kürzen. Die EU möchte ebenso die Rechte des geistigen Eigentums in Indien stärken. Existierende indische Gesetze verhindern das „Evergreening“ von Patenten (Verlängerung von auslaufenden Patenten, wenn nur kleine Veränderungen an dem Produkt vorgenommen wurden) oder Datenexklusivität, wodurch verschiedene Medikamente und Chemikalien nicht in Indien verkauft werden können. Indien argumentiert, dass das Land nicht in der Lage wäre, günstige Generika zu verkaufen, wenn es sich Forderungen der EU beugen würde.

Der Ausweg

Ungeachtet dieser Probleme ist das geplante Abkommen für sowohl die EU als auch Indien enorm wichtig. Drei große Vorhaben werden in der Folge die globale Handelslandschaft dominieren: das Transatlantische Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP), die Transpazifische strategische wirtschaftliche Partnerschaft (Trans-Pacific Partnership, TPP) und ein regional umfassendes wirtschaftliches Partnerschaftsabkommen (Regional Comprehensive Economic Partnership, RCEP).¹² Die parallel laufenden Verhandlungen dieser großen Abkommen erhöhen auch den Druck auf die FTA-Gespräche zwischen der EU und Indien. Sollten entweder die TTIP oder die TPP ohne ein FTA realisiert werden, könnten indische Güter Schwierigkeiten haben, auf die europäischen Märkte zu kommen. Die großen regionalen Initiativen bestärken die Schaffung von globalen Wertschöpfungsketten, in denen sich die Produktion zwischen Ländern aufteilt, um von dem

¹² Das Regional Comprehensive Economic Partnership ist ein regionales Handels- und Investitionsabkommen zwischen der ASEAN und ihren regionalen Partnern Australien, China, Indien, Japan, Neuseeland und Südkorea. Es soll eine Grundlage für die Schaffung eines 16 Länder umfassenden integrierten Marktes in der Region Asien-Pazifik mit 3,35 Milliarden Menschen und einem kombinierten BIP von 21,4 Billionen \$ oder 27 % des globalen BIP schaffen. Die Verhandlungen sollen bis Ende 2015 abgeschlossen sein.

komparativen Vorteil eines jeden Landes zu profitieren. Dabei werden Kosten gesenkt und Standards angehoben. Aktuell ist Indien so gut wie gar nicht in die Wertschöpfungsketten von europäischen Unternehmen integriert. Große Abkommen könnten Investitionen von Nichtmitgliedern abziehen, mit potenziell verheerenden Folgen für Indien.

Das FTA ist für Indien auch im Hinblick auf Investitionsströme und technische Zusammenarbeit wichtig. Mit Unterstützung der EU könnten europäische Unternehmen Indien dabei helfen, in naher Zukunft die 100 „Smart Cities“ und andere indische Initiativen zu entwickeln.

Damit ein Übereinkommen hinsichtlich des FTA trotz der sich aus den Verhandlungssagen der EU und Indiens ergebenen und des schwierigen wirtschaftlichen Klimas erzielt werden kann, müssen beide Partner die gleiche Entschlossenheit wie andere Länder, die große regionale Abkommen abschlossen, demonstrieren. Die Herausforderungen und Hürden können überwunden werden. Da sich beide Seiten zögerlich zeigen, auf die Forderungen des anderen einzugehen, sollten sie damit beginnen, die weniger schwierigen Themen auszuhandeln. Dies würde den Willen illustrieren, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren, und ein klares Signal aussenden, dass beide Seiten die Gespräche fortführen möchten. Für Indien ist es wichtig, seine Wagenburgmentalität zu überwinden, institutionelle Reformen anzugehen und inländische Interessengruppen zu konfrontieren. Bis zu einer Einigung, die für sowohl die EU als auch Indien von Vorteil wäre, ist es ein langer Weg, der trotz aller verstrichenen Fristen noch immer erfolgreich zurückgelegt werden kann.

Angela Stanzel & Christian Wagner
Schlussbemerkungen: ein
Neuanfang für Europa und
Indien

Europa hat nicht genügend Anstrengungen unternommen, um zu verstehen, was Indien denkt. Demzufolge übersieht es auch Indiens kühne Versuche, sich selbst zu transformieren. Dieser Essay-Band möchte diesem auf den Grund gehen und Wege aufzeigen, wie die Beziehung weiterentwickelt werden könnte. Das breite Meinungsspektrum, das er enthält, dürfte aufgrund der schier großen Größe Indiens, seiner linguistischen, religiösen und sozialen Heterogenität und der demokratischen Tradition des „argumentative Indian“ nicht überraschen.¹

Einen Mangel an Verständnis gibt es auf beiden Seiten: Sowohl Indien als auch die Europäische Union sind vielschichtig und schwer zu fassen. Ferner ist in beiden Verbänden die strategische Gemeinschaft, die diese Komplexität erklären und auslegen könnte, relativ klein. Es gibt nur wenige indische Staatsdiener, die sich auf Europa fokussieren – und umgekehrt. Auf indischer Seite ist die administrative Kapazität begrenzt: Das Außenministerium (Ministry of External Affairs, MEA) beschäftigt insgesamt etwa 1.800 Mitarbeiter (im Vergleich dazu: Deutschlands Auswärtiges Amt hat beinahe 6.000 Mitarbeiter).²

Die Konsequenzen dieses Mangels an Verständnis sind klar erkennbar: Der Enthusiasmus, der rund um die Vereinbarung einer strategischen Partnerschaft 2004 und dem Gemeinsamen Aktionsplan 2005 entstand, ist in den letzten Jahren abgeflaut. Die Tatsachen, dass seit 2012 kein Gipfeltreffen mehr zwischen der EU und Indien stattgefunden hat und dass die 2007 begonnenen Handelsgespräche seit 2013 auf Eis liegen, sowie der nicht

gelöste Konflikt um italienische Marineangehörige, die in Indien infolge des Todes zweier Fischer festgenommen wurden, sind nur einige wenige Dinge, die die bilaterale Beziehung belasten.

Regionale Krisen wie in der Ukraine, in Libyen und in Syrien trugen ebenfalls zur Entfremdung zwischen Indien und Europa bei. Beide haben zwar ein gemeinsames Interesse an Stabilität im Nahen Osten, verfolgen dieses aber mithilfe von unterschiedlichen Strategien. Der Aufstieg des Islamischen Staates (IS) ist für Europa aufgrund der zurückkehrenden Kämpfer eine der größten Herausforderungen, wohingegen Indien eher andere Ableger islamischer Militanz, die oft von Pakistan ausgehen, Sorgen bereiten.

In Asien ist Indien aufgrund der geografischen Nähe und eines ungelösten Grenzkonflikts sehr viel stärker und unmittelbarer von den politischen Implikationen im Zusammenhang mit Chinas wirtschaftlichem Aufstieg betroffen als Europa. Bei Besuchen in Japan und in Gesprächen mit US-Präsident Barack Obama machte Premierminister Narendra Modi deutlich, dass Indien Chinas Gebietsansprüche im Süd- und Ostchinesischen Meer ablehnt. Indien will seine politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen mit den USA ausbauen, auch wenn Washington keiner offiziellen Allianz gegen China beitreten möchte. (Neo-)

Realisten in Washington und Neu-Delhi aber wissen, dass durch den Aufstieg Indiens langfristig ein wichtiges Gegengewicht zu China geschaffen wird. Gleichzeitig existiert aber noch immer keine kohärente europäische Strategie für Asien.

Für Indien und Europa war es im Rahmen der Weltordnungspolitik stets schwierig, wirkungsvoll zusammenzuarbeiten, sei es nun in Bezug auf die Liberalisierung des Handels oder den Klimawandel. Indiens Beitrag zum Scheitern der Doha-Runde der Welthandelsorganisation ärgert Europa noch heute. Die Klimakonferenz in Paris im November 2015 wird Indizien dafür liefern, wie es um die weitere Kooperation zwischen Indien und Europa bestellt ist.

Entgegengesetzte außenpolitische Ansichten erwiesen sich für die Zusammenarbeit zwischen Indien und Europa als wahre Hindernisse. Die EU möchte multilaterale Institutionen stärken und für Normen für Menschenrechte und politische Freiheit werben. Indien hat sich zwar ebenso traditionell dem Multilateralismus verschrieben, lehnt jedoch Intervention von außen ab. Das Land verfolgt eine klassischere Außenpolitik, die darauf abzielt, Unterstützung für seine Großmachtambitionen in einer schwierigen

¹ Amartya Sen, *The Argumentative Indian: Writings on Indian History, Culture and Identity*. (London: Penguin Books, 2006)

² Siehe Kabir Taneja, „MEA budget has risen 150 per cent over the decade, but it still takes months to free Indians jailed abroad“, Scroll.in, 25. Mai 2014, abrufbar unter <http://www.scroll.in/article/664264/mea-budget-has-risen-150-over-the-decade-but-it-still-takes-months-to-free-indians-jailed-abroad>; und das Auswärtige Amt, abrufbar unter http://www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/AuswDienst/Mitarbeiter_node.html.

Region zu gewinnen. Eine gemeinsame Grundlage zu finden, wird für Europa und Indien auch weiterhin eine Herausforderung bleiben, insbesondere bei globalen Fragen.

Die Suche nach einer gemeinsamen Grundlage

Ein Gebiet, auf dem es Konsens zwischen den indischen Denkern dieses Bands zu geben scheint, ist Indiens zukünftige internationale Rolle. Dieser Konsens basiert auf einem klassischen Verständnis von Großmachtpolitik, das zwar stark von der Außenpolitik der EU abweicht, nicht aber zwangsläufig von der ihrer Mitgliedsstaaten. Die Entfremdung zwischen Indien und der EU hatte und hat demzufolge keinen Einfluss auf die Verbindungen zwischen europäischen Ländern und Indien.

Frankreich ist einer von Indiens wichtigsten Partnern auf den Gebieten Verteidigung und Atomkraft. Das Land hat im Indischen Ozean eine Militärpräsenz, die im Zusammenhang mit

der Sicherheit und den wirtschaftlichen Interessen von rund einer Million Franzosen auf den Inseln La Réunion und Mayotte steht. Deutschland ist Indiens wichtigster europäischer Handelspartner und beide Länder haben ihre Zusammenarbeit auf den Feldern Wissenschaft und Technologie ausgebaut. Indien gehört zu den wenigen Ländern, mit denen die deutsche Regierung Gespräche auf Kabinettsebene führt. Aufgrund der einflussreichen indischen Diaspora pflegt auch das Vereinigte Königreich eine ganz besondere Beziehung zu Indien – selbst wenn diese noch immer von leichter postkolonialer Bitterkeit eingefärbt ist. Nach Stationen in Frankreich, Deutschland und Irland wird Modi im November 2015 das Vereinigte Königreich besuchen – als erster Premierminister seit 2006. Es gibt große Hoffnungen, dass dieser Besuch den Handel zwischen beiden Ländern ankurbeln wird.

Während Indien seine wirtschaftliche Modernisierung vorantreibt, werden EU-Mitgliedsstaaten für das Land zweifelsohne zu wichtigen Partnern werden. Gelingt es Modi, die Führungsstrukturen zu verbessern, um Geschäfte mit dem Ausland zu vereinfachen (was er bereits als Chef der Bundesstaatsregierung von Gujarat bewerkstelligte), werden sich der Handel und Investitionen zwischen Indien und den EU-Mitgliedsstaaten verstärken. Auch der Abschluss eines bilateralen Handels- und Investitionsabkommens (Bilateral Trade and Investment Agreement, BTIA, alias Freihandelsabkommen, FTA, zwischen der EU und Indien) würde Handel und Investitionen fördern, obgleich

wohl ein entscheidender Impuls eines Mitgliedsstaates wie Deutschland, Frankreich und des Vereinigten Königreichs vonnöten ist, um einen Weg aus der Sackgasse zu finden.

Es scheint sich jedoch eine weite „Kluft zwischen den drei größten Mitgliedsstaaten“ aufzutun, wie der ECFR während unserer Zusammenkünfte in Indien erfahren hat. Von daher müssten sich vor einer Weiterentwicklung die EU und ihre Mitgliedsstaaten besser darauf verständigen, was sie von Indien möchten.

Quo vadis, Indien und Europa?

EU-Mitgliedsstaaten müssen sich klar werden, dass das FTA im europäischen Interesse ist. „Entscheidet euch, ob ihr es machen wollt oder nicht, aber bitte entscheidet euch“, bekamen wir in Indien oft zu hören. Die EU sollte sich auf eine Agenda für das nächste Gipfeltreffen zwischen der EU und Indien verständigen, die auch Themen abseits des FTA abdecken muss. Darunter Fragen, was die EU zu Indiens bedeutendsten innenpolitischen Prioritäten (wie z. B. „Clean India“, „Skill India“ und „Smart Cities“) beitragen kann, und Fragen der internationalen Kooperation, z. B. auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit. Die EU sollte eine gezielte Indienstrategie formulieren, die über den traditionellen Ansatz, den inneren Wandel Indiens zu begleiten, und Bereiche, in denen Europäer ihr Know-how einbringen können, hinausgeht. Eine strategische Initiative, die Indiens Programme für saubere Energie und nachhaltige Städte berücksichtigt, würde dabei helfen, die Lücke, die aufgrund von unterschiedlichen Ansichten zu Energie- und Umweltpolitik existiert, zu schließen.

Eine verstärkte Zusammenarbeit mit Indien muss politische und institutionelle Realitäten vor Ort berücksichtigen. Im Verlauf unserer Diskussionen wurde viel von einem indischen „Top-down“-Ansatz gesprochen – „sie interessieren sich nicht für Botschaften, sondern nur für ihre eigene Entwicklung und China.“ Von daher sind der bürokratische Dialog und die Kooperation zwischen der EU und Indien kein Ersatz für einen wirklichen politischen und strategischen „Top-down“-Dialog. Brüssel könnte ein Signal aussenden, indem es einen ranghohen Vertreter zu einem Staatsbesuch nach Indien schickt – der letzte Besuch dieser Art fand 2012 statt.

Sowohl die EU als auch Indien widmen sich der Unterstützung von fragilen Staaten, aber beide auf eine eigene Weise. Trotz vieler

Gemeinsamkeiten, z. B. im Kampf gegen Terrorismus und der Stärkung von demokratischer Staatsführung, ist es ihnen nicht gelungen, in Afghanistan zusammenzuarbeiten. Europäer sollten erörtern, inwiefern ein indisches Engagement in Afghanistan europäische Bemühungen komplementieren könnte oder ob es gar möglich wäre, eine gemeinsame Linie zu entwickeln (die sogar so weit führen könnte, einen Dialog zu Drittländern wie Pakistan aufzubauen).

Einige EU-Mitgliedsstaaten, allen voran Frankreich und das Vereinigte Königreich, teilen Indiens Interessen bezüglich der maritimen Sicherheit, beginnend mit dem Indischen Ozean und der freien Schifffahrt. Chinas Bestimmtheit veranlasste Indien dazu, eine entschiedeneren Haltung zur freien Schifffahrt einzunehmen und seine Vorbehalte diesbezüglich hinten anzustellen. Beim Schutz maritimer Handelswege steht für Europa und Indien viel auf dem Spiel. Die EU nimmt bereits durch den Kampf gegen die Piraterie im westlichen Indischen Ozean eine bestimmte Rolle ein und könnte somit leicht noch stärker eingebunden werden.

Europa und Indien können ferner auch im Rahmen von globalen und regionalen Institutionen zusammenarbeiten: Indien ist als BRICS-Staat Gründungsmitglied der New Development Bank (NDB); es ist zukünftiges Mitglied der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (Shanghai Cooperation Organisation, SCO) und ist Gründungsmitglied und zweitgrößter Interessenvertreter der neuen von China angeführten Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB), gemeinsam mit 14 europäischen Staaten.

Für eine neue Verständigung zwischen der EU und Indien sind Anstrengungen auf beiden Seiten notwendig. Dialoge und Politikempfehlungen, die von Think-Tanks ausgehen (und für die Beziehungen mit den USA, China und selbst Russland gang und gäbe sind), werden dazu beitragen, eine Interessensgemeinschaft zu fördern, die für Indien und die EU eine gemeinsame Grundlage für globale Fragen schaffen. Wir hoffen, dass dieser Band der erste Schritt in die richtige Richtung sein wird.

Über die Autoren

Rukmini Banerji ist Leiterin des ASER Centre, der Forschungsabteilung von Pratham, einer Organisation, die es sich zum Ziel gemacht hat, die Ausbildung von Kindern zu verbessern. Sie schreibt regelmäßig für verschiedene Zeitungen, darunter *The Indian Express* und *Ideas for India*, über Bildungsfragen.

Gurcharan Das ist ein indischer Autor, Berichterstatter, Intellektueller und regelmäßiger Kolumnist für sechs indische Zeitungen. Er ist der Autor von *India Unbound* (2000) und *The Difficulty of Being Good: On the Subtle Art of Dharma* (2010).

Deep K. Datta-Ray ist Assistant Professor an der Jindal School of International Affairs in Neu-Delhi. Er schreibt für die *South China Morning Post* und *The Times of India* und veröffentlichte die Monografie *The Making of Indian Diplomacy: A Critique of Eurocentrism* (2015).

Bibek Debroy ist Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied der NITI Aayog, eines im Januar 2015 geschaffenen Think-Tanks der indischen Regierung. Er ist Autor verschiedener wirtschaftswissenschaftlicher Publikationen und veröffentlicht regelmäßig Beiträge für *The Business Standard*, *The Indian Express* und *Swarajya*. Sein jüngstes Buch ist *Getting India Back on Track: An Action Agenda for Reform* (2014).

Lord Meghnad Desai ist emeritierter Professor der London School of Economics (LSE) und Mitglied des House of Lords. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen gehören *Rethinking Islamism: The Ideology of the New Terror* (2006), *The Route of All Evil: The Political Economy of Ezra Pound* (2006) und *The Rediscovery of India* (2011).

Arunabha Ghosh ist CEO des Council on Energy, Environment and Water (CEEW), einer unabhängigen Politikforschungseinrichtung. Er ist Koautor der neuen Publikation *Climate Change: A Risk Assessment* (2015) und der in Kürze erscheinenden Publikation *Human Development and Global Institutions* (2016).

Himanshu ist Associate Professor für Wirtschaftswissenschaften am Centre for Economic Studies and Planning, School of Social Sciences der Jawaharlal Nehru University (JNU). Zu seinen Publikationen und Artikeln gehören „Walking the Poverty Line“ (2012), „Poverty and Food Security in India“ (2013) und „Revisiting the Great Indian Poverty Debate“ (2014).

Happymon Jacob ist Associate Professor für Abrüstungsstudien an der School of International Studies der Jawaharlal Nehru University. Zu seinen jüngsten Büchern gehören *Kashmir and Indo-Pak Relations: Politics of Reconciliation* (2013), *Does India Think Strategically? Institutions, Strategic Culture and Security Policies* (2014) und *India and the Contemporary International System: Theory, Policy and Structure* (2014).

Bharat Karnad ist Professor für nationale Sicherheitsstudien am Centre for Policy Research (CPR). Zu seinen Publikationen gehören *Nuclear Weapons and Indian Security: The Realist Foundations of Strategy*, zweite Auflage (2005), *India's Nuclear Policy* (2008) und *Why India Is Not a Great Power (Yet)* (2015).

Sangeeta Khorana ist Associate Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Keele University in England. Sie ist Expertin für Handelsbeziehungen zwischen der EU und Indien. Sie ist Koautorin von *Bilateral Trade Agreements in the Era of Globalization: The EU and India in Search of a Partnership* (2010) und Autorin von zwei in Kürze erscheinenden Büchern: *Health Trade Governance: Economic and Legal Dimensions* (2016) und *Handbook on EU and International Trade* (2017).

Ashok Malik ist Senior Fellow an der Observer Research Foundation (ORF) und Kolumnist für führende indische und internationale Veröffentlichungen. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen gehören *India's New World: Civil Society in the Making of Foreign Policy* (2011) und *India: The Spirit of Enterprise* (2012).

Rahul Roy-Chaudhury ist Senior Fellow für Südasiens am International Institute for Strategic Studies (IISS) in London. Zu seinen jüngsten Artikeln gehören „India's new 'Activism' Towards the Indian Ocean“, „Shifts and Changes in India's Foreign and Security Policy Under Modi“ und „India's Neighbourhood Policy in the First Year of the Modi Government“.

Samir Saran ist Senior Research Fellow und stellvertretender Leiter der

Observer Research Foundation (ORF). Er ist ferner Visiting Fellow am Australia India Institute und im Kollegium einer Reihe anderer Schulen und Programme tätig. Zu seinen jüngsten Publikationen gehören *Re-Imagining the Indus: Mapping Media Reportage in India and Pakistan* (2012) und der in Koautorenschaft veröffentlichte Bericht „A Long-Term Vision for BRICS“, der 2013 für die indische Regierung erstellt wurde.

Vivan Sharan ist Berater für die BRICS-Initiative der ORF und für die Entwicklung der Forschungsagenda für multilaterale Wirtschaftsbeziehungen. Zu seinen jüngsten Artikeln gehören „The State versus the Foreign NGO“ und „The Greek Crisis and Indian Prime Time Journalism“.

Mohit Sharma ist Junior Research Associate am Council on Energy, Environment and Water (CEEW). Er ist Koautor verschiedener CEEW-Berichte, darunter „China’s Role in Global HFC Emissions Matters for Phase-Down Proposals“ (2015) und eine Arbeit über Indiens FKW-Emissionen.

Manish Tewari ist Anwalt an Indiens Supreme Court und Parlamentsabgeordneter für die Kongresspartei. Zwischen 2012 und 2014 war er Indiens Informationsminister.

Danksagung

Was denkt Indien? ist ein Sammelband, der Einblick in die gesellschaftlichen, innen- und außenpolitischen Debatten, die aktuell in Indien geführt werden, und die Rolle des Landes in der indisch-pazifischen Region und der Welt gewährt. Als Herausgeber dieses Bands bin ich natürlich vor allem unseren 16 hervorragenden Autoren für ihre Beiträge zu Dank verpflichtet. Ebenso möchte ich Christian Wagner, Senior Research Fellow der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), danken, der sich bereit erklärte, gemeinsam mit ECFR-Policy Fellow Angela Stanzel die Schlussbemerkungen zu schreiben.

Diese Publikation wäre nicht ohne den Beitrag des gesamten Asien & China-Teams der ECFR möglich gewesen, einschließlich der vielen Besuche, die im Vorfeld dieser Publikation stattfanden, und einer Studienreise mit Mitgliedern unseres Rats. Hinter diesem Projekt stehen viel gemeinsame harte Arbeit, Unterstützung und Ratschläge, die uns neue Ideen und Denkanreize für Europas zukünftigen Beziehungen mit Indien lieferten. Ganz besonders möchte ich mich bei ECFR-Programmkoordinatorin für Asien & China Abigaël Vasselier für ihren unermüdlichen Einsatz und bei Policy Fellow Angela Stanzel für ihre Hilfe bei der Kommunikation mit Kontakten in Europa und Indien bedanken. Unschätzbare Hilfe bei der Auswahl von Themen und Fragestellungen für unsere Autoren leistete uns Arnaud d'Andurain. ECFR-Herausgeber Hannah Stone und Gareth Davies halfen uns, schon bald nach unserer Reise in Druck zu gehen, und Hans Kundnani, mittlerweile für den deutschen Marshall Fund tätig, bei der Gestaltung dieses Bands. Unser Dank gilt ebenso Tara Varma und Laurent Glattli für ihre Unterstützung und Recherchen.

Diese Publikation wäre auch nicht ohne die großzügige Förderung seitens der Robert Bosch Stiftung möglich gewesen. Sie ist Teil eines größeren, vom Asien & China-Programm des ECFR in Zusammenarbeit mit der Robert Bosch Stiftung initiierten Projekts und knüpft an frühere Projekte an, die sich mit chinesischen und asiatischen Zukunftsvisionen befassten. Wir möchten insbesondere Christian Hänel sowie Clemens Spiess für ihre kontinuierliche Unterstützung und Mitwirkung an unserem Projekt, v. a. durch Einblicke und Ratschläge zu einem frühen Zeitpunkt, danken. Ferner sind wir auch der Observer Research Foundation für ihre Hilfe und Beiträge vor Ort sehr dankbar.

Auch sind wir dankbar für die Unterstützung der EU-Delegation in Indien, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der französischen Botschaft in Indien, des Tata Institute of Social Sciences und der Reserve Bank of India in Mumbai.

Was denkt Indien? skizziert politische Implikationen für Europa, die auf den Ergebnissen einer ECFR-Studienreise einer Gruppe profilierter Europäer nach Indien fußen. Im Verlaufe dieses Projekts trafen wir uns mit vielen wichtigen indischen und europäischen Regierungsvertretern, außenpolitischen Experten, Wirtschafts- und Meinungsführern, Akademikern und Medienanalysten. Für ihre Hilfe und Einblicke sind wir ihnen sehr dankbar.

Reuben Abraham, CEO und Senior Fellow, IDFC Institute; **Rishi Aggarwal**, Research Fellow, Observer Research Foundation (ORF); **Yamini Aiyar**, Senior Fellow, Centre for Policy Research (CPR); **M. J. Akbar**, nationaler Sprecher der BJP; **Lisa Amon**, französisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten; **Arnaud d'Andurain**, Politikplanung, französisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten; **Ramaiah Avatthi**, Professor, Centre for Study of Social Exclusion and Inclusive Policies, Tata Institute of Social Sciences (TISS); **Jordi Joan Banos**, Journalist, *La Vanguardia*; **Aparajita Bakshi**, Assistant Professor, Centre for Study of Developing Economies, TISS; **Rohit Bansal**, Reliance Industries; **Pratap Bhanu Mehta**, Leiter, CPR; **Amita Bhide**, Professorin und Vorsitzende, Centre of Urban Planning, TISS; **Julien Bouissou**, Büroleiter Südasiens, *Le Monde*; **Himanshu Burte**, Architekt und Assistant Professor, TISS; **Chitrapu Uday Bhaskar**, ehemaliger Leiter, Institute for Defence Studies and Analyses (IDSA); **Rajiv K. Bhatia**, Director General, Indian Council of World Affairs (ICWA); **Aryaman Bhatnagar**, Observer Research Foundation; **Rahul Bhonsle**, Leiter, Security Risks Asia; **Praveen Chakravarty**, Investmentbanker; **Anne Vaugier-Chatterjee**, Beraterin, EU-Delegation in Indien; **Ashish Chauhan**, Managing Director & Chief Executive Officer, Bombay Stock Exchange; **Pramit Pal Chaudhuri**, Senior Associate der Rhodium Group; **Leila Choukroune**, Leiterin, Centre de Sciences Humaines (CSH); **James Crabtree**, Büroleiter Mumbai, *Financial Times*; **Joao Cravinho**, ehemaliger EU-Botschafter; **Jonathan Croft**, Forschungsanalyst, Foreign and Commonwealth Office; **Professor Aparna Das**, Senior Advisor, GIZ; **Gurcharan Das**, Autor; **Deep K. Datta-Ray**, Assistant Professor, Jindal School of International Affairs; **Bibek Debroy**, permanentes Mitglied der NITI Ayog; **Lord Meghnad Desai**; **Véronique Dupont**, Senior Research Fellow, CSH; **Blaise Fernandes**, CEO, Gateway House; **Himanshu**, Research Fellow, CSH; **Xavier Houdoy**, CSH; **Professor Michael Hutt**,

Leiter des South Asia Institute, School of Oriental and African Studies, University of London; **Happymon Jacob**, Associate Professor für Diplomatie und Abrüstungsstudien, School of International Studies, Jawaharlal Nehru University (JNU); **Jabin T. Jacob**, Assistant Director und Fellow, Institute of Chinese Studies;

Christophe Jaffrelot, Forschungsleiter, Centre de Recherches Internationales (CNRS); **Niraja Gopal Jayal**, Professorin, Centre for the Study of Law and Governance, JNU; **Santosh Jha**, Joint Secretary for Policy Planning and Research, Ministry of External Affairs;

Manoj Joshi, Distinguished Fellow, ORF; **Sunjoy Joshi**, Leiter, ORF; **Bharat Karnad**, Professor, CPR; **Sanjay Kak**, freiberuflicher Kameramann; **Raphaëlle Khan**, Doktorandin, King's College London; **Srikanth Kondapalli**, Professor, JNU; **Tomasz Kozlowski**, zukünftiger Botschafter der Europäischen Union in Indien; **Manjeet Kripalani**, Executive Director, Gateway House; **V. Krishnappa**, Research Fellow, Institute for Defence Studies and Analyses (IDSA); **Dr. Mohan Kumar**, indischer Botschafter in Frankreich; **Dr. Radha Kumar**, Director General, Delhi Policy Group; **Ashok Malik**, Senior Fellow, ORF; **Victor Mallet**, Journalist, Büroleiter Südasiens, *Financial Times*; **Peter Martin**, Associate Director, Büro Neu-Delhi, APCO Worldwide; **Anand Menon**, Leiter der UK in a Changing Europe Initiative; **Murali Nair**, Projektmanager, Bertelsmann Stiftung; **Swapna Kona Nayudu**, Fellow, Centre for International Studies, London School of Economics; **Sanya Mahajan**, Intelligence Officer der Royal Bank of Scotland; **Thomas Matussek**, Head of Public Affairs, Deutsche Bank; **Geethanjali Nataraj**, Senior Fellow, ORF; **John O'Sullivan**, Korrespondent für Wirtschafts- und Finanzpolitik Südasiens, *The Economist*, Mumbai; **Rajiv Nayan**, Senior Research Associate, IDSA; **Professor S. Parasuraman**, Leiter, TISS; **Smita Patil**, Second Secretary, indische Botschaft in Paris; **Botschafterin Leela K. Ponappa**, ehemalige Stellvertretende Nationale Sicherheitsberaterin; **Suresh Prabhu**, Minister für Eisenbahnverkehr; **Alok Prasad**, ehemaliger Diplomat; **Jayant Prasad**, ehemaliger Diplomat; **Srinath Raghavan**, Senior Policy Fellow, King's India Institute und CPR; **Niranjan Rajadhyaksha**, Journalist bei HT Media; **Rajeswari Rajagopalan**, Senior Fellow, ORF; **Raghuram Rajan**, Leiter, Reserve Bank of India;

R. Ramakumar, Associate Professor, Centre for Study of Developing Economies, School of Development Studies, TISS; **Latha Reddy**, ehemalige Stellvertretende Nationale Sicherheitsberaterin; **François Richier**, französischer

Botschafter in Indien; **Gulshan Sachdeva**, Professor & Vorsitzender, Centre for European Studies, JNU; **Varun Sahni**, Professor und Vorsitzender, Centre for International Politics, JNU; **Samir Saran**, Senior Fellow und stellvertretender Leiter, ORF; **Marc Saxer**, Landesvertreter, Friedrich-Ebert-Stiftung Indien; **François-Joseph Schichan**, Berater, französische Botschaft in Indien; **Abdul Shaban**, Professor & Deputy Director, TISS; **Rajiv Sikri**, Distinguished Fellow, Vivekananda International Foundation; **Veena Sikri**, Professorin, Jamia Millia Islamia, Neu-Delhi; **Rajrishi Singhal**, Senior

Fellow, Gateway House; **Vice-Admiral Shekhar Sinha**; **Rakesh Sood**, ehemaliger Diplomat; **Eswaran Sridharan**, Academic Director des University of Pennsylvania Institute for the Advanced Study of India (UPIASI); **Leena Srivastava**, Distinguished Fellow, TERI; **Bernhard Steinruecke**, Hauptgeschäftsführer, Deutsch-Indische Handelskammer; **Nitin Sukh**, Group Executive Vice President, YES Institute; **Kabir Taneja**, Journalist; **Manish Tewari**, ehemaliger Informationsminister; **Nandan Unnikrishnan**, stellvertretender Leiter und Senior Fellow, ORF; **Pavan Kumar Varma**, Mitglied der Rajya Sabha; **Tarun Vijay**, Journalist und Mitglied der Rajya Sabha; **Christian Wagner**, politischer Berater an der deutschen Botschaft in Indien; **Christian Wagner**, Senior Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP); **Adil Zainulbhai**, ehemaliger Vorsitzender von McKinsey Indien.

Der European Council on Foreign Relations nimmt keine kollektiven Positionen ein. Wie alle Veröffentlichungen des European Council on Foreign Relations gibt dieser Band nur die persönlichen Auffassungen seiner Autoren wieder.

Indien bricht auf zu neuen Ufern – und es ist höchste Zeit, dass Europa sein Bild von Indien revidiert. Dieser eindrucksvolle Essay-Band ist dafür ein Weckruf zur richtigen Zeit.“

Jakob von Weizsäcker, Mitglied des Europäischen Parlaments

„Was denkt Indien? Indien denkt viel, reflektierend und in unterschiedliche Richtungen. Diese Sammlung an zukunftsorientierten Essays ist Zeugnis der Vielfalt, Kreativität und Stärke der Debatten, in denen indische Intellektuelle eine sich verändernde Welt konfrontieren.“

Sylvie Kauffmann, Le Monde

Mit Unterstützung von:

Robert Bosch Stiftung



ECFR/145
ISBN 978-910118-45-0